

# **Bericht des Landesvolksanwaltes**

---

**an den Vorarlberger Landtag  
gemäß Artikel 59 Absatz 6 der Landesverfassung  
und § 13 Abs 4 Antidiskriminierungsgesetz  
über seine Tätigkeit im Jahre**

## **2007**

Landesvolksanwalt von Vorarlberg - Antidiskriminierungsstelle

**Dr. iur. et phil. Felix Dünser**

Jur. Mitarbeiter: Dr. iur. Angela Bahro, Dr. iur. Josef Scherer

Büro: Hannelore Vonach, Rosmarie Streibl

Römerstraße 14, 6900 Bregenz

T 05574 47027

F 05574 47028

[buero@landesvolksanwalt.at](mailto:buero@landesvolksanwalt.at)

[www.landesvolksanwalt.at](http://www.landesvolksanwalt.at)

**Sprechstunden:**

Montag – Freitag jeweils 8 –12 und

14 – 16.30 Uhr; Dienstag bis 18 Uhr

Voranmeldung empfohlen



## Vorwort

*Seit der Kundmachung des Vorarlberger Antidiskriminierungsgesetzes im Juni 2005 übt der Landesvolksanwalt auch die Funktion der Antidiskriminierungsstelle aus.*

*Diskriminierungen auf Grund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts sind zu untersuchen. In den Medien und von den Bürgerinnen und Bürgern wurde diese neue Aufgabe im Jahr 2007 leider noch wenig wahrgenommen. Die Zahlen für das Jahr 2008 zeigen aber einen zunehmenden Bekanntheitsgrad dieses für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtigen Wirkungsbereiches.*

*Über die Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle wird erstmals in einem eigenen Kapitel informiert, auch werden die statistischen Auswertungen zusammengefasst. Dadurch weist der Tätigkeitsbericht 2007 eine etwas geänderte Gliederung auf. Breiter Raum wird wiederum der Schilderung von Einzelfällen gewidmet: Diese stellen die Probleme der Menschen mit der Verwaltung und die Arbeit des Landesvolksanwaltes verständlicher dar als jede Statistik.*

*In zwei Bereichen kann der Rückgang der Fallzahlen im Jahr 2007 als positives Zeichen gewertet werden, dass die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes Wirkung zeigt: Mehreren Empfehlungen und Anregungen zum Vollzug der Wohnbeihilfe wurde in den Richtlinien und der Verwaltungspraxis Rechnung getragen.*

*Und wie schon im letzten Bericht festgestellt, hat sich nach der Kritik am unterschiedlichen Vollzug des Sozialhilfegesetzes in den Bezirken die kritisierte BH der Verwaltungspraxis der anderen Sozialhilfebehörden angepasst; auch wurde der Sozialhilferückersatz eingeschränkt. Gegenüber 2005 (75 Fälle) haben sich Anfragen und Beschwerden zur Sozialhilfe mehr als halbiert (36 Fälle).*

*Danken möchte ich den Vertretern der Verwaltungsbehörden für die meist sehr gute Zusammenarbeit bei der Behandlung der Bürgeranliegen, dem Präsidenten, der Vorsitzenden des Volksanwaltsausschusses und den Abgeordneten des Vorarlberger Landtags für die Unterstützung meiner Tätigkeit und insbesondere meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Mithilfe.*

*Wie es nicht nur für eine Antidiskriminierungsstelle selbstverständlich sein sollte, gelten in diesem Bericht verwendete geschlechtsspezifische Bezeichnungen grundsätzlich für Frauen und Männer.*

*Bregenz, im Jänner 2009*

*DDr Felix Dünser, Landesvolksanwalt*

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Abkürzungen.....	6

### 1. Allgemeiner Teil 7

<b>1.1. Rechtsgrundlagen.....</b>	<b>7</b>
1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes .....	7
1.1.2. Zuständigkeit .....	7
1.1.3. Aufgaben .....	7
<b>1.2. Büro, Mitarbeiter und Termine .....</b>	<b>8</b>
<b>1.3. Institutionelle Kontakte .....</b>	<b>9</b>
1.3.1. Vorarlberger Landtag .....	9
1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen .....	9
1.3.3. Internationale Kontakte .....	10
<b>1.4. Öffentlichkeitsarbeit.....</b>	<b>11</b>

### 2. Statistischer Teil 12

<b>2.1. Geschäftsanfall .....</b>	<b>12</b>
2.1.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr .....	12
2.1.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung.....	12
<b>2.2. Aufteilung nach Gebietskörperschaften und Behörden .....</b>	<b>13</b>
<b>2.3. Bürgerkontakte .....</b>	<b>15</b>
2.3.1. Form der Kontaktaufnahme.....	15
2.3.2. Persönliche Merkmale der Klienten .....	15
2.3.3. Regionale Herkunft der Klienten .....	15
<b>2.4. Erledigung der Missstandsprüfungen.....</b>	<b>16</b>
<b>2.5. Verfahrensdauer .....</b>	<b>16</b>
<b>2.6. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten .....</b>	<b>17</b>
<b>2.7. Arbeitsschwerpunkte und Anliegen.....</b>	<b>18</b>
2.7.1. Bauverfahren.....	18
2.7.2. Raumplanung .....	18
2.7.3. Straßenrecht.....	19
2.7.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen .....	19
2.7.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme .....	19
2.7.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht .....	19
2.7.7. Abgaben, Gebühren und Steuern .....	20
2.7.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht .....	20
2.7.9. Dienst- und Arbeitsrecht.....	20

### 3. Besonderer Teil 21

<b>3.1. Anregungen zur Gesetzgebung.....</b>	<b>21</b>
3.1.1. Aufnahme von 3-jährigen Kindern in den Kindergarten .....	21
3.1.2. Nutzung von Ferienwohnungen als Hauptwohnsitz ermöglichen .....	22
<b>3.2. Anregungen zur Verwaltung .....</b>	<b>23</b>
3.2.1. Familienpass auch für Elternteile, die keine Familienbeihilfe beziehen.....	23
3.2.2. Regelung des Straßenverkehrs .....	24

<b>3.3. Förmliche Empfehlungen .....</b>	<b>24</b>
3.3.1. Keine Einrechnung der Kinderbetreuungsbeihilfe bei der Wohnbeihilfe.....	24
3.3.2. Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnbeihilfe nach Jahren entsprochen .....	25
<b>3.4. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes.....</b>	<b>26</b>
3.4.1. Widmung Holzlagerplatz beim Sägewerk Egg als rechtmäßig festgestellt.....	26
<b>3.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung.....</b>	<b>27</b>
3.5.1. Behandlung eines Härtefalles im Sozialhilfe-Beirat abgelehnt .....	27
3.5.2. Berechnung eines zu hohen Sozialhilfeersatzes korrigiert .....	28
3.5.3. Verwirrende Briefe über Gewährung und Rückzahlung von Wohnbeihilfe.....	29
3.5.4. Keine Wohnbeihilfe mehr bei Teilzeitbeschäftigung .....	30
3.5.5. Wohnbeihilfe für Lehrlinge nun in Ausnahmefällen möglich .....	30
3.5.6. Kürzung und teilweise Rückforderung von Wohnbauförderungsdarlehen .....	31
3.5.7. Staatsbürgerschaftsverleihung mit Hindernissen.....	32
3.5.8. EU-Widrigkeit des Tierzuchtgesetzes mit Hilfe des EU-Ombudsmannes behoben .....	32
3.5.9. Diplomierter Altenpflegerin nach über 20 Jahren Berufsausübung verboten .....	34
3.5.10. Petition blieb unbeantwortet.....	34
3.5.11. Mauer einige cm zu hoch – jahrelanger Behördenmarathon .....	35
<b>3.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden .....</b>	<b>36</b>
3.6.1. Attest über Kindergartenreife eines 3-jährigen Kindes verlangt .....	36
3.6.2. Abbruch eines ursprünglich bewilligten Wohnhauses verfügt .....	37
3.6.3. Bauverfahren wegen Ortsbildbedenken verschleppt .....	37
3.6.4. Nach 30 Jahren endlich über Berufung entschieden .....	39
3.6.5. Bauantrag jahrelang liegen gelassen.....	39
3.6.6. Strittiger Gemeingebrauch an Straßenverbindung auf Privatgrundstück .....	40
3.6.7. Gemeinestraße über private Grundstücke.....	41
3.6.8. Privatstraße ohne Information der Anrainer neu bezeichnet .....	42
3.6.9. Ballfangzaun eines Fußballplatzes nachträglich erhöht .....	43
3.6.10. Nach dem Umzug verjährte Abfallgebühren rechtswidrig eingefordert .....	44
3.6.11. Kanalanschlussgebühr nach 30 Jahren neuerlich vorgeschrieben .....	45
3.6.12. Fristgerechte Einberufung einer Stadtvertretungssitzung abgelehnt.....	45
<b>4. Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle .....</b>	<b>46</b>
<b>4.1. Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle.....</b>	<b>46</b>
<b>4.2. Einsatz für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung .....</b>	<b>46</b>
<b>4.3. Einzelfälle zu Diskriminierung und Gleichbehandlung.....</b>	<b>47</b>
4.3.1. Primärarztstellen in Vorarlberg reine Männerdomäne .....	48
4.3.2. Ausländerdiskriminierung in Wohnungsinseraten.....	50
4.3.3. Gender-Mainstreaming-Strategie nur teilweise umgesetzt.....	50
<b>5. Gesetzliche Grundlagen .....</b>	<b>52</b>
<b>5.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) .....</b>	<b>52</b>
<b>5.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt .....</b>	<b>53</b>
<b>5.3. Antidiskriminierungsgesetz (Auszug) .....</b>	<b>55</b>

## Abkürzungen

AbgVG	Abgabenverfahrensgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs ( )	Absatz
ADG	Antidiskriminierungsgesetz
aMP	amtswegige Misstandsprüfung (AZ)
AnGe	Anregungen zur Gesetzgebung (AZ)
AnVe	Anregungen zur Verwaltung (AZ)
Art	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AuBe	Auskunft und Beratung (AZ)
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BauG	Baugesetz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft, Bezirkshauptmann
bMP	beantragte Misstandsprüfung (AZ)
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
EO	Empfehlungen an oberste Organe (AZ)
EOI	Europäisches Ombudsmann Institut (Innsbruck)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
G	Gesetz
GG	Gemeindegesezt
GV	Gemeindevertretung
GVG	Grundverkehrsgesetz
GV-LK	Grundverkehrslandeskommission
idF, idgF	in der Fassung, in der geltenden Fassung
iVm	in Verbindung mit
JB	Jährlicher Tätigkeitsbericht des Landesvolksanwaltes
KanalG	Kanalisationsgesetz
Kap	Kapitel
KGG	Kindergartengesetz
LGBl	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
lit	litera (Buchstabe)
LReg	Landesregierung
LV	(Vorarlberger) Landesverfassung
LVA	Landesvolksanwalt
LVA-G	Gesetz über den Landesvolksanwalt
PA	Patientenanwalt, Patientenangelegenheiten (AZ)
RA	Ratschlag an die Allgemeinheit (AZ)
RPG	Raumplanungsgesetz
S	Seite, Sonderregister (AZ)
SH, SHG, SHV	Sozialhilfe, Sozialhilfegesetz, Sozialhilfe-Verordnung
StrG	(Vorarlberger) Straßengesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
VA	Volksanwaltschaft (des Bundes in Wien)
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VO	Verordnung
VP	Verordnungsprüfung (AZ)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

# 1. Allgemeiner Teil

## 1.1. Rechtsgrundlagen

Die **verfassungsrechtliche Grundlage** für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes wurde mit der Landesverfassung 1984 geschaffen (Art 59, 60 und 61 LV). Die **Unabhängigkeit**, auch gegenüber allen politischen Institutionen, ist durch die **6-jährige Amtsperiode** ohne Abwahlmöglichkeit und die **organisatorische Selbständigkeit** (Büro, Einstellung der Mitarbeiter, eigenes Budget) gewährleistet. Nähere Regelungen enthält das **Gesetz über den Landesvolksanwalt**. 2005 wurden dem LVA weitere Aufgaben durch das **Antidiskriminierungsgesetz** übertragen. Die Gesetzestexte finden sich in Kap.5.

### 1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes

Der LVA wird – nach öffentlicher **Ausschreibung** und **Anhörung** im Volksanwaltsausschuss - vom **Landtag** mit einer **Mehrheit von  $\frac{3}{4}$**  der abgegebenen Stimmen gewählt. Einzige Voraussetzung ist die Wählbarkeit zum Landtag, eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Am 30.10.1985 wurde **MMag Dr Nikolaus Schwärzler** zum ersten LVA von Vorarlberg gewählt und 1991 für eine zweite Amtsperiode wieder bestellt. Seit 30.10.1997 ist **DDr Felix Dünser** LVA von Vorarlberg, welcher am 08.10.2003 für eine zweite Amtsperiode (bis 29.10.2009) wieder gewählt wurde.

### 1.1.2. Zuständigkeit

Der LVA wird bestellt zur **Beratung** der Bürger und **Prüfung ihrer Beschwerden** betreffend die **Verwaltung des Landes**. Dazu gehören alle Verwaltungsangelegenheiten des **selbständigen Wirkungsbereiches des Landes**, auch als **Träger von Privatrechten**, die von Organen des Landes selbst oder von **anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden, sowie die Angelegenheiten des **eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden** aus dem Bereich der Landesvollziehung und die Tätigkeit der Gemeinden als **Träger von Privatrechten** (§ 2 Abs 5 LVA-G).

**Keine Zuständigkeit** besteht für **private Rechtsverhältnisse** und Angelegenheiten der **Bundesverwaltung**, auch wenn diese (im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung) durch Landesbehörden wahrgenommen werden. Anregungen und Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, **leitet** der LVA an die in Betracht kommenden Organe, etwa die Volksanwaltschaft, **weiter** (Art 59 Abs 5 LV).

### 1.1.3. Aufgaben

**Auskunft und Beratung:** Der LVA hat im Rahmen seiner Zuständigkeit jeden, der dies verlangt, zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen (Art 59 Abs 2 LV, § 2 Abs 1 LVA-G, § 12 Abs 2 lit a ADG).

**Anregungen zu Gesetzgebung und Verwaltung:** Jedermann kann beim LVA Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen (Art 59 Abs 2, 2. Halbsatz LV). Der LVA hat diese entgegen zu nehmen und Anregungen betreffend die **Gesetzgebung** des Landes an den **Landtag** weiter zu leiten. Anregungen betreffend die Verwaltung des Landes sind an die **Landesregierung**, in Angelegenheiten der Gemeinden an den **Gemeindevorstand** weiter zu geben (§ 3 Abs 5 LVA-G).

**Beantragte Missstandsprüfung:** Jedermann kann sich beim LVA wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede Beschwerde ist vom LVA zu prüfen und dem Beschwerdeführer das Ergebnis mitzuteilen (Art 59 Abs 3 LV, § 2 Abs 2 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

**Amtswegige Misstandsprüfung:** Der LVA ist berechtigt, von ihm vermutete Misstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen (Art 59 Abs 4 LV, § 2 Abs 3 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

**Empfehlungen an oberste Organe:** Der LVA kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung anlässlich einer Prüfung Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte **Misstand** soweit als möglich **beseitigt** und künftig **vermieden** werden kann. Dieses hat den Empfehlungen möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten zu entsprechen und dies dem LVA mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird (Art 60 Abs 1 LV, § 3 Abs 2 LV-G, § 12 Abs 2 lit c ADG).

**Ratschlag an die Allgemeinheit:** Der LVA kann in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch Ratschläge an die Allgemeinheit richten (§ 2 Abs 1, 2. Satz LVA-G).

**Anrufung des Verfassungsgerichtshofes:** Auf Antrag des LVA erkennt der VfGH über die **Gesetzwidrigkeit von Verordnungen**, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind (Art 60 Abs 2 LV), auf Antrag der LReg oder des LVA auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen LVA und LReg über die **Zuständigkeit** des LVA (Art 60 Abs 3 LV). Die bundesverfassungsrechtliche Grundlage zur Anrufung des VfGH findet sich in Art 148i iVm Art 148e und 148f B-VG.

**Einsatz gegen Diskriminierung:** Mit dem am 01.06.2005 in Kraft getretenen **Antidiskriminierungsgesetz** (ADG) ist dem LVA eine neue Aufgabe zugefallen als Antidiskriminierungsstelle (s Kap. 4).

## 1.2. Büro, Mitarbeiter und Termine

Der **Personalstand** ist mit einem **Juristen**, einer **Juristin** und zwei Mitarbeiterinnen im **Sekretariat** gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Das **Büro** befindet sich – wie schon seit 1986 - in zentraler und verkehrsgünstiger Lage **gegenüber** dem Vorarlberger **Landhaus**.



Viele Bürger wenden sich in Notlagen und oft in Unkenntnis der Aufgaben an das **Sekretariat** des LVA, welches für viele Menschen **erster Ansprechpartner** ist. **Besucher** und **Anrufer** werden von den Mitarbeiterinnen grundsätzlich **nicht abgewiesen**, sondern auf die **zuständige Behörde** oder **Rechtseinrichtung** aufmerksam gemacht.

Neben **272** vereinbarten **Terminen** im Büro und **29 Sprechtagsterminen** gab es auch zahlreiche Vorsprachen ohne Termin sowie mehrere tausend Telefonate, die zahlenmäßig aber nicht erfasst wurden.



Weiters wurden vom LVA und den juristischen Mitarbeitern **7 Ortsaugenscheine** und **20 auswärtige Besprechungen** durchgeführt. Darüber hinaus stand der LVA auch bei den **Sprechtagen der Volksanwälte** des Bundes für Auskünfte und Beschwerden zur Verfügung.

**Tabelle 1: Sprechtage des Landesvolksanwaltes und der Volksanwälte in Vorarlberg**

Datum	Ort	LVA mit Volksanwalt/Volksanwältin
20.03.2007	BH Feldkirch	Dr Peter Kostelka
20.03.2007	BH Bludenz	Dr Peter Kostelka
21.03.2007	BH Dornbirn	Dr Peter Kostelka
21.03.2007	Bregenz, Büro LVA	Dr Peter Kostelka
14.05.2007	Bregenz, Büro LVA	Rosemarie Bauer
14.05.2007	BH Bludenz	Rosemarie Bauer
08.10.2007	BH Bludenz	Mag Terezija Stoitsits
08.10.2007	BH Feldkirch	Mag Terezija Stoitsits
09.10.2007	Bregenz, Büro LVA	Mag Terezija Stoitsits

### 1.3. Institutionelle Kontakte

#### 1.3.1. Vorarlberger Landtag

Der **Volksanwaltsausschuss** befasste sich am 28.02. und 19.09.2007 mit mündlichen Berichten des LVA über die eingeleiteten und abgeschlossenen **Prüfungsfälle**, am 28.02.2007 auch mit dem **Tätigkeitsbericht 2005**. Dieser wurde in der **Plenarsitzung** des **Landtages** vom 07.03.2007 beraten.

Einer guten Tradition folgend nimmt der LVA regelmäßig an den **Sitzungen** des Landtages teil. Dies bietet neben der Information über die Beratungsgegenstände auch Gelegenheit zu Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern zu aktuellen Anliegen und Prüfungsfällen.

#### 1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen

Mit den meisten **Behördenvertretern** des Landes, der Gemeinden und des Bundes besteht eine gute und meist **problemlose Zusammenarbeit**. **Persönliche Gespräche** mit Regierungsmitgliedern, Bürgermeister, Behördenleitern und Sachbearbeitern sind oft **informativer** als langwierige Korrespondenzen und helfen manchen **Konflikt** leichter zu **lösen**.

Die Einladung zur **Bezirkshauptmännerkonferenz** am 14.03.2007 in Dornbirn bot Gelegenheit, mit den Bezirkshauptleuten und dem Landesamtsdirektor Problembereiche in der Verwaltung aufzuzeigen, Missverständnisse auszuräumen, Erfahrungen etwa mit der Aufsicht über die Gemeinden auszutauschen und Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zu erörtern.

Die Aufgaben des Landesvolksanwaltes, auch als Antidiskriminierungsstelle, vor allem aber Probleme mit Sozial- und Wohnbeihilfe wurden am 21.05.2007 in einer Lehrveranstaltung an der **Fachhochschule Dornbirn** dargelegt, ebenso bei einem Besuch von angehenden Verwaltungsassistenten aus der **Landesberufsschule Feldkirch** im Oktober 2007.

Mit dieser Thematik befasste sich der LVA auch am 11.06.2007 vor dem neu gegründeten **Arbeitskreis Netzwerk Sozialleistungen** unter dem Titel „Gefangen im Netz / aufgefangen durch das Netz.“

Eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit besteht auch mit dem **Patientenanwalt**, dem **Kinder- und Jugendanwalt** sowie **VN-Ombudsmann** Dr Gottfried Feurstein, außerhalb des Landes mit dem **Landesvolksanwalt von Tirol** und der **Volksanwaltschaft**. Diese feierte am 26.11.2007 im Parlament in Wien ihr **30jähriges Bestehen**, wozu auch die beiden LVA eingeladen waren.

Gemeinsam mit dem Tiroler LVA stellte sich der LVA am 12.04.2007 in Linz einer Diskussion im Verfassungsausschuss des **Oberösterreichischen Landtags** zu einem Antrag auf Errichtung einer Landesvolkswaltschaft für Oberösterreich. Diese wurde bisher aber ebenso wenig realisiert wie ähnliche Überlegungen in Kärnten und der Steiermark, sodass weiterhin nur Tirol und Vorarlberg über einen eigenen LVA verfügen.

Auf Einladung des Präsidenten des **Verfassungsgerichtshofes** nahm der LVA am 1.10.2007 am **Verfassungstag** in Wien teil. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des VfGH Univ.Prof. Dr. Korinek und Grußworten des Bundespräsidenten beleuchtete die frühere Präsidentin des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, Frau Univ.Prof. Dr Jutta Limbach in einem hoch interessanten Referat das Verhältnis von „Sprache und Recht“. Anschließend ergab sich die Gelegenheit zu interessanten Kontakten auf Bundesebene.

### 1.3.3. Internationale Kontakte

Bei der Generalversammlung des **Europäischen Ombudsmanninstitutes** (EOI) am 02.06.2007 in Mainz wurde LVA Dünser (bisher Schriftführer) zum **Vizepräsidenten des EOI** gewählt. Neuer Präsident ist der langjährige Bürgerbeauftragte von Rheinland-Pfalz, Staatsminister aD Ullrich Galle, weitere Vizepräsidentin die Landesvolksanwältin von Südtirol, Dr Burgi Volgger. Wichtige Funktionen am Sitz des EOI in Innsbruck bekleiden der frühere LVA von Vorarlberg, MMag Dr Nikolaus Schwärzler, als Geschäftsführer sowie der LVA von Tirol, Dr Josef Hauser, als Schatzmeister. Vorstandssitzungen des EOI fanden am 05.02.2007 in Zürich, am 01. und 02.06.2007 in Mainz sowie am 09.11.2007 in Innsbruck statt.



*Präsidium und Vorstand des Europäischen Ombudsmanninstitutes am 02.06.2007 im Landtagsaal in Mainz*

In einem vom EOI mit dem Europarat organisierten **Seminar für Vertreter türkischer Menschenrechtsinstitutionen** und Verwaltungsbehörden in Innsbruck im Februar 2007 stellte der LVA die Tätigkeit und Möglichkeiten österreichischer Volksanwälte vor.

Im Rahmen eines Symposiums des Staatswissenschaftlichen Forums der **Universität Erfurt** zum Thema Petitions- und Ombudswesen am 17.04.2007 referierte der LVA zum Thema „**Petitionsrecht neu denken – Konfliktmanagement im Staat-Bürger-Verhältnis?**“ und strich die Vorteile unabhängiger parlamentarischer Ombudseinrichtungen hervor. In Deutschland werden Bürgerbeschwerden überwiegend von Petitionsausschüssen behandelt, nur in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gibt es (mit den LVA vergleichbare) Bürgerbeauftragte.

Über Ersuchen des Innenausschusses des Landtags von **Schleswig-Holstein** gab der LVA eine eingehende **Stellungnahme** zu einem Gesetzentwurf zur Stärkung des Petitionswesens und der Neugestaltung der Aufgabenstellung der Bürgerbeauftragten dieses Landes ab.

In einer Vortragsreihe über „Moderne demokratische Grundrechte in Europa“ der **Universität Luzern** hielt der LVA am 10.05.2007 einen Vortrag über „**Das Recht auf Beschwerde zum Bürgerbeauftragten: Österreichische Erfahrungen im europäischen Vergleich**“.

Einen intensiven praxisorientierten Erfahrungsaustausch mit den LVA von Südtirol und Tirol sowie den Schweizer Ombudsleuten über „Schwierigkeiten bei der Ombudsarbeit“ bot das vierte **Seminar in Schloss Hofen/Lochau** vom 06. bis 09.09.2007.

Auf Einladung des EU-Bürgerbeauftragten und des französischen Médiateur de la République nahm der LVA vom 13. bis 16.10.2007 am **6. Seminar der Ombudsleute** aus den EU-Mitgliedsstaaten und Kandidatenländern in **Straßburg** zum Thema **Gute Verwaltung** teil.

## 1.4. Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer **Bekanntheitsgrad**, das **Ansehen** in der Öffentlichkeit sowie die Möglichkeit, auf **Misstände öffentlich hinweisen** zu können, tragen wesentlich zur **Wirksamkeit** von Ombudsleuten bei.

Bürgeranliegen und Prüfungen des LVA wurden in den **regionalen Zeitungen** sowie **TV- und Radiosendungen** immer wieder thematisiert, wie etwa die Unterschiede bei der Gewährung von Sozialhilfe, der Verzicht auf Schulerhaltungsbeiträge und die Aufnahme Dreijähriger in den Kindergarten.

Der Streit um einen Zufahrtsweg (Kap 3.6.6.) war Anlass für eine ausführliche Reportage in der NEUEN am 16.12.2007 („Zwist im Paradies“) mit einem grundsätzlichen Kommentar des LVA zu „Gemeindeautonomie und Rechtsstaat“.

In den Salzburger Nachrichten vom 06.06.2007 kommentierte der LVA die Bestellung der Volksanwälte in Österreich („Volksanwälte über Parteigrenzen hinweg“).

Die im Jahre 2003 neu gestaltete **Homepage** ([www.landesvolksanwalt.at](http://www.landesvolksanwalt.at)) wurde im Jahr 2007 überarbeitet und erweitert. Der Aufgabenbereich als Antidiskriminierungsstelle wird nun in einem eigenen Teil ausführlich dargestellt.

Die Homepage wird seit der Neugestaltung in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen. 2004 gab es 3693, 2005 schon 4875 und 2006 bereits 5461 (verschiedene) Besucher. Im Berichtsjahr 2007 fanden **9494 Besuche** durch 5838 Personen statt.

## 2. Statistischer Teil

### 2.1. Geschäftsanfall

#### 2.1.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr

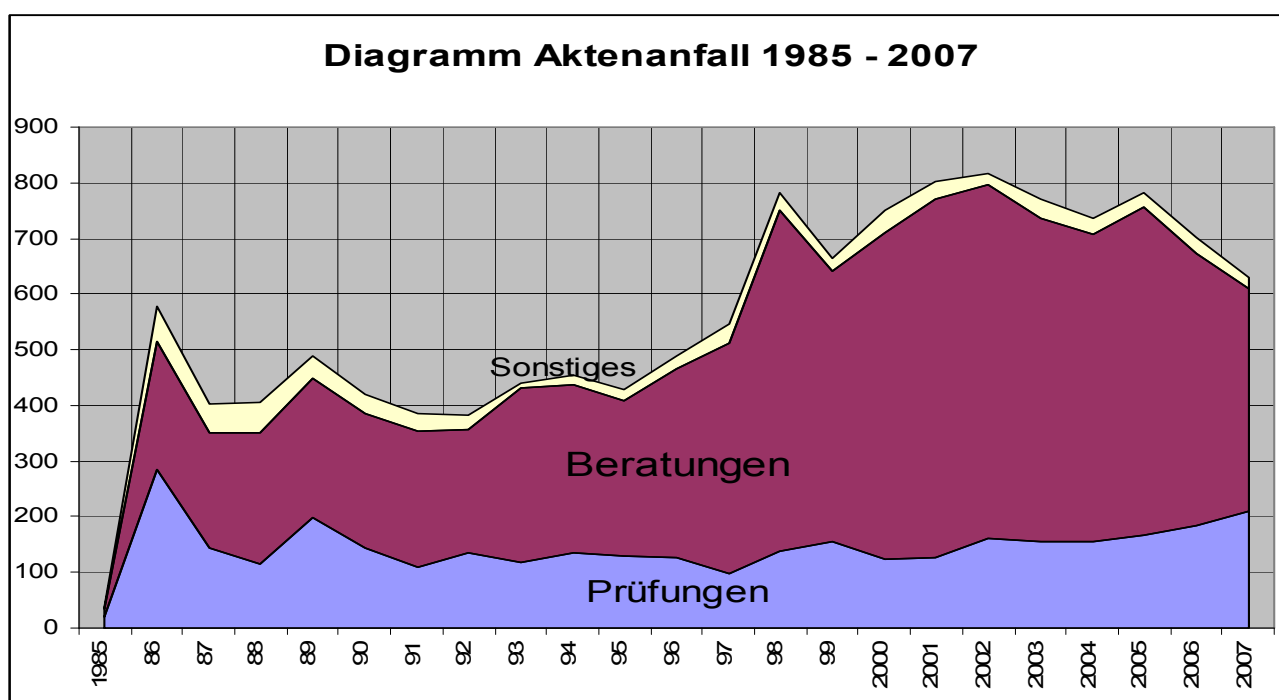
Deutlich **zugenommen** haben im Jahr 2007 wie schon im Vorjahr die **Beschwerden** und **Prüfungen**, ebenso sind die Anfragen und **Beratungsfälle** – und damit der **Gesamtanfall** - **zurück gegangen**.

**Tabelle 2: Geschäftsanfall im Vergleich zu den beiden Vorjahren**

Verfahren	AZ	Anfall 2005	Anfall 2006	Offen Ende 06	Anfall 2007	Erledigt 2007	Offen Ende 07
Amtswegige Prüfungen	aMP	8	14	5	17	18	4
Anregungen/Gesetzgebung	AnGe	1	3	2	2	4	0
Anregungen/Verwaltung	AnVe	12	7	1	5	6	0
Auskunft und Beratung	AuBe	590	488	13	400	402	11
Beantragte Prüfungen	bMP	158	171	36	192	201	27
Empfehlungen	EO	3	2	1	1	2	0
Ratschlag an Allgemeinheit	RA	1	0	0	0	0	0
Verordnungsprüfungen	VP	0	1	1	0	1	0
Sonderregister	S	10	17	0	14	14	0
<b>Insgesamt</b>		<b>783</b>	<b>703</b>	<b>59</b>	<b>631</b>	<b>648</b>	<b>42</b>

#### 2.1.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung

Trotz des Rückganges der Beratungen und des **Gesamtanfalles** liegen die Zahlen des Jahres 2007 im langfristigen Vergleich immer noch auf einem **hohen Niveau**. Die Zahl der **Prüfungsfälle** ist die **höchste** seit 20 Jahren, sie war nur kurz nach Schaffung der Landesvolksanwaltschaft 1986 noch höher.



**Tabelle 3: Aktenanfall 1985 (ab 30.10) bis 2007**

Jahr	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07
<b>Prüfungen</b>	21	286	143	116	197	144	109	134	119	134	129	127	98	138	154	124	126	161	156	155	166	185	209
<b>Beratungen</b>	13	229	209	235	251	242	246	223	311	302	278	340	414	613	486	585	644	635	579	553	590	488	400
<b>Sonstige</b>	2	62	51	54	42	34	29	24	10	19	20	23	33	32	24	41	32	20	37	27	27	30	22
<b>Summe</b>	36	577	403	405	490	420	384	381	440	455	427	490	545	783	664	750	802	816	772	735	783	703	631

## 2.2. Aufteilung nach Gebietskörperschaften und Behörden

Manche Fälle betreffen gleich **mehrere Behörden**, nicht maßgebend ist, ob diese im Rahmen der **Hoheits-** oder der **Privatwirtschaftsverwaltung** tätig wurden.

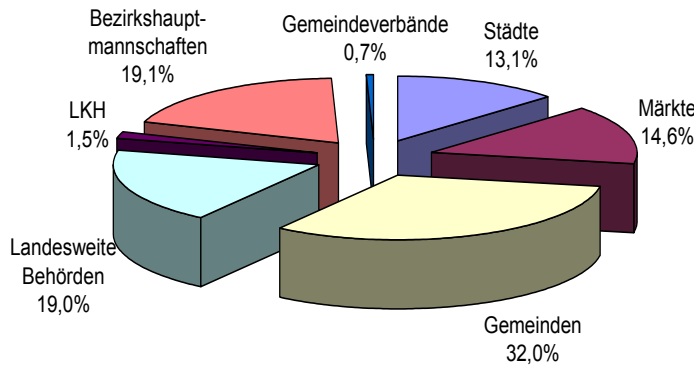
**Bundesbehörden, Gerichte** oder im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** tätige Landesbehörden sind nur dann erfasst, wenn der LVA über die Abklärung der Zuständigkeit hinaus tätig war (z.B. Weiterleitung der Beschwerde an die VA) oder parallel mit einem Verfahren in der Zuständigkeit des LVA (etwa bei Bauvorhaben) ein bundesrechtliches Verfahren (im Gewerbe-, Wasserrecht etc) läuft.

**Tabelle 4: Aufteilung der Verfahren auf Gemeinde-, Landes- und Bundesbehörden**

Behörde / Institution	Prüfungen	Beratungen	Anregungen	Summe
(Amt der) Landesregierung	42	41	2	85
Agrarbehörden (ABB, L-AS)	5	8	-	13
Grundverkehrsbehörden	3	4	-	7
Unabhängiger Verwaltungssenat	4	4	-	8
Landesweite Behörden (Summe)	54	57	2	113
Landeskrankenanstalten	5	4	-	9
BH Bludenz	11	8	-	19
BH Bregenz	14	29	-	43
BH Dornbirn	5	15	-	20
BH Feldkirch	13	19	-	32
Bezirkshauptmannschaften (Summe)	43	71	--	114
<b>BEREICH LANDESVERWALTUNG</b>	<b>102</b>	<b>132</b>	<b>2</b>	<b>236</b>
5 Städte	23	53	2	78
10 Marktgemeinden	31	56	-	87
81 Gemeinden	58	132	1	191
Gemeindeverbände	1	3	-	4
<b>BEREICH GEMEINDEVERWALTUNG</b>	<b>113</b>	<b>244</b>	<b>3</b>	<b>360</b>
LH/LR in Bundesangelegenheiten	3	3	-	6
BH als Bundesbehörde	7	17	-	24
Gerichte, Staatsanwaltschaft	6	13	-	19
Andere Bundesbehörden (FA, VGKK, PVA)	11	20	-	31
Sonst. Bundeseinrichtungen (Post, ASFINAG)	1	2	-	3
<b>BEREICH BUNDESVERWALTUNG</b>	<b>28</b>	<b>55</b>	<b>-</b>	<b>83</b>

Von den Fällen im Rahmen der Zuständigkeit entfielen wieder deutlich mehr auf die **Gemeindeverwaltung (60%)**, der allgemeine **Rückgang der Beratungsfälle** betraf vor allem die Landesregierung und die Gemeinden, bei den Bezirks-, Agrar- und Grundverkehrsbehörden war sogar ein leichter Anstieg

## Aufteilung der Fälle im Rahmen der Zuständigkeit

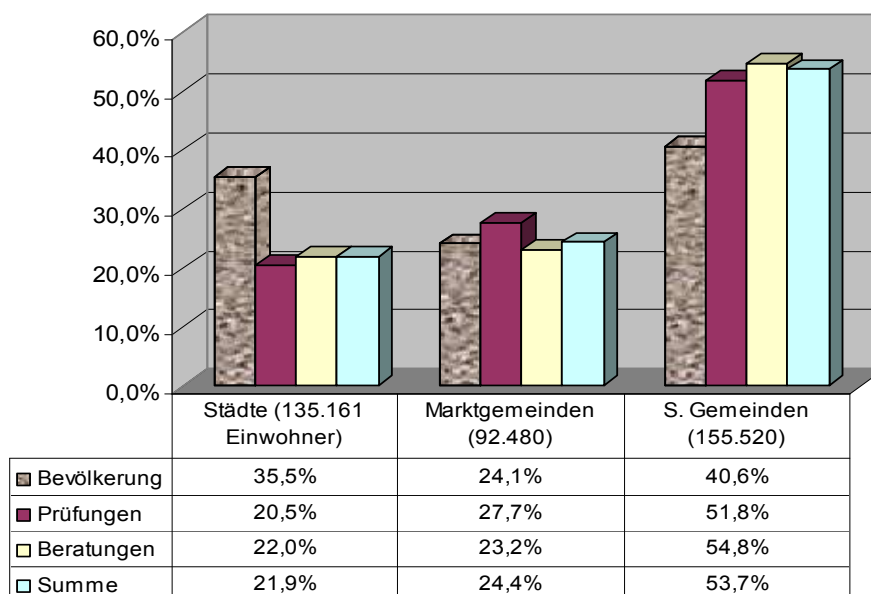


festzustellen. **Prüfungen** betreffend die Bezirkshauptmannschaften sind zurückgegangen, für andere Behörden (mit Ausnahme der Städte) aber **teils deutlich gestiegen**.

Bei Aufgliederung der die **Gemeinden** betreffenden Prüfungs- und Beratungsverfahren nach dem **Gemeindetypus** wird zwischen den 5 **Städten** (durchschnittliche Einwohnerzahl 27.032), den 10 **Marktgemeinden** (9.248) sowie den 81 übrigen **Gemeinden** (1.920) unterschieden.

Während die Zahl der **Marktgemeinden** betreffenden Prüfungen und Beratungen weitgehend dem Bevölkerungsanteil entsprach, lagen die Beratungs- und Beschwerdefälle zu **städtischen Verwaltungen** wiederum deutlich darunter. Die Verwaltung **kleinerer Gemeinden** mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 40% veranlasste hingegen über 50% der Beratungen und Beschwerden:

## Anteiliger Anfall nach Gemeindetypus



## 2.3. Bürgerkontakte

### 2.3.1. Form der Kontaktaufnahme

Jeder Akt wird nur einer Kategorie zugeordnet nach der **Information**, die zur **Einleitung** des **Verfahrens** geführt hat. Nicht maßgeblich sind eine Terminvereinbarung oder ein telefonischer Vorkontakt, ebenso wenig nachfolgende Verfahrensschritte.

Die nach persönlicher **Vorsprache im Büro** sowie elektronischen Eingaben (**Mail**) eingeleiteten Verfahren haben trotz des Anfallrückganges **zugenommen, abgenommen** hingegen die nach einem **Sprechtagstermin** oder einem **Telefonat** eröffneten Verfahren. Wiederum beruhen mehr als **2/3** aller Verfahren auf einem **mündlichen Vorbringen**.

<b>Tabelle 5: Anlass zur Einleitung des Verfahrens</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
Persönliche Vorsprache im Büro	243	38,5
Vorsprache bei auswärtigem Sprechtag	28	4,4
Telefonat mit Beratung und Information	159	25,2
<b>Summe mündliches Vorbringen</b>	<b>430</b>	<b>68,1</b>
Briefliche Beschwerde oder Ersuchen	59	9,3
Beschwerde oder Ersuchen per Telefax	30	4,8
Beschwerde oder Ersuchen per E-Mail	104	16,5
<b>Summe schriftliches Vorbringen</b>	<b>293</b>	<b>30,6</b>
Überwiesen von VA oder anderer Institution	0	0
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	8	1,3
<b>Gesamtsumme</b>	<b>631</b>	<b>100</b>

### 2.3.2. Persönliche Merkmale der Klienten

<b>Tabelle 6: Profil der Beschwerdeführer und Klienten</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
Privatperson, männlich	269	42,6
Privatperson, weiblich	224	35,5
Ehepaar, Familienangehörige gemeinsam	50	7,9
Gruppe von Privatpersonen (Miteigentümer, Nachbarn, ..)	26	4,1
Unternehmen, Unternehmensvertreter	18	2,9
Bürgerinitiativen, wahlwerbende Gruppen	12	1,9
Sozialinstitutionen, Sozialarbeiter	17	2,7
Behörden, öffentlich rechtliche Körperschaften, deren Vertreter	5	0,8
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	10	1,6
<b>Insgesamt</b>	<b>631</b>	<b>100</b>

### 2.3.3. Regionale Herkunft der Klienten

Sieht man von amtswegig eingeleiteten Verfahren, landesweiten Institutionen sowie Personen ab, deren Wohnort nicht zugeordnet werden konnte, stammten aus **Vorarlberg 580**, aus anderen österreichischen **Bundesländern 7** und aus dem europäischen **Ausland 17** Klienten.

Entsprechend dem leicht rückläufigen Trend (580 Vorarlberger statt 667 im Vorjahr) ist die Zahl der Klienten aus den **Bezirken Bregenz (-7)**, Dornbirn (-26) und Bludenz (-54) zurückgegangen, aus dem Bezirk **Feldkirch** hingegen gleich geblieben. Insgesamt bestand auch 2007 wieder eine recht **gleichmäßige Verteilung**.

Tab. 7: Regionale Herkunft (Bezirk)	Bevölkerung (31.12.2005)		Beschwerdeführer / Klienten	
	Personen	Prozentanteil	(gerundet)	Personen
Bludenz	70.144	18,3 %	17,4 %	101
Bregenz	130.991	34,2 %	38,1 %	221
Dornbirn	81.017	21,1 %	18,3 %	106
Feldkirch	101.009	26,4 %	26,2 %	152
Vorarlberg gesamt	383.161	100 %	100 %	580

Etwas mehr Bürgerinnen und Bürger kamen aus dem **Bregenzerwald** (58 statt 49) und dem Brandnertal (3 statt 2), aus allen anderen Regionen hingegen weniger: Aus der Region **Rheintal** 379 (402), dem **Walgau** 63 (96), dem **Montafon** 28 (46), dem **Leiblachtal** 24 (35), der Region **Klostertal/Arlberg** 16 (19), dem **Großen Walsertal** 6 (10) und nur einer aus dem **Kleinen Walsertal** (8).

## 2.4. Erledigung der Missstandsprüfungen

Es wird unterschieden zwischen Verfahren, die an die VA oder andere Ombudsstellen **abgetreten** oder weiter verwiesen, wegen Unzuständigkeit, Unzulässigkeit (anhängiges Verfahren) oder sonstigen Gründen (Zurückziehung der Beschwerde) **eingestellt** wurden, bei denen der **Beschwerdegrund** im Verfahren **beseitigt** oder **kein Missstand** festgestellt werden konnte, sowie jenen Fällen, in denen eine Beseitigung nicht (mehr) möglich war und eine **Beanstandung** oder **Misstandsfeststellung** erfolgte.

Erfreulich ist wiederum die **hohe Zahl** jener Fälle, in denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** werden konnte. Trotz eines großen Anstiegs der (auch erledigten) Beschwerden ist die Zahl der **Misstandsfeststellungen** und Beanstandungen nur **geringfügig gestiegen**.

Tabelle 8: Erledigung der Missstandsprüfungen	amtswegige	beantragte
Am 01.01.2007 offene Fälle	5	36
Im Jahr 2007 eingeleitete Fälle	17	192
<b>Im Jahr 2007 zu bearbeitende Fälle, davon:</b>	<b>22</b>	<b>228</b>
An VA oder andere Ombudsstellen abgetreten/weiter verwiesen	1	21
Wegen Unzuständigkeit oder als unzulässig eingestellt	0	6
Kein Fehler oder Missstand feststellbar	6	82
Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens beseitigt	4	52
Beanstandung, Misstandsfeststellung	7	24
Verfahren aus anderen Gründen eingestellt	0	16
<b>Summe der erledigten Fälle</b>	<b>18</b>	<b>201</b>
Zum 31.12.2007 offen gebliebene Fälle	4	27

## 2.5. Verfahrensdauer

Tab. 9: Verfahren abgeschlossen innerhalb von	Anzahl	Prozent	Kumuliert
einer Woche	361	55,7	55,7 %
einem Monat	112	17,3	73,0 %
drei Monaten	93	14,3	87,3 %
sechs Monaten	48	7,4	94,7 %
einem Jahr	33	5,1	99,8 %
mehr als einem Jahr	1	0,2	100,0 %
Insgesamt	648	100	



Deutlich **über die Hälfte** aller im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren wurde **innerhalb einer Woche** erledigt (vor allem **Beratungen**: 292), **über 70%** innerhalb eines **Monats**. Zugenommen haben aufwändigere Verfahren, die mehr als ein halbes Jahr in Anspruch genommen haben (34 statt 20 im Vorjahr).

## 2.6. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten

Im Gegensatz zu den Tabellen der letzten Jahre erfolgt keine detaillierte Gliederung nach einzelnen Gesetzen, sondern vielmehr nach Sachgebieten, dies im Vergleich zu den beiden letzten Jahren. Eine detaillierte **Aufschlüsselung** der wichtigsten Arbeitsbereiche nach Problemstellungen erfolgt im nachfolgenden Kapitel 2.7.

<b>Tabelle 10: Sachgebiete und Rechtsmaterien</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Abfallbeseitigung, Mülltrennung	9	10	14
Abgaben, Gebühren, Steuern	61	56	44
Agrar, Forst, Jagd, Fischerei	23	13	13
Amtshaftung	8	2	1
Auskunfts-, Umweltinformationsgesetz	8	13	7
Baugesetz und Verordnungen	193	155	175
Behindertenrecht	4	8	5
Bestattungswesen	1	7	2
Datenschutz	6	8	3
Dienst- und Arbeitsrecht	31	15	19
Diskriminierung, Gleichbehandlung	1	17	14
Fremdenrecht	1	7	4
Führerschein- und Kraftfahrzeuggesetz	10	12	8
Gemeinderecht, Gemeindeverwaltung	59	50	34
Gesundheitswesen	5	13	8
Gewerbeordnung	20	27	26
Grundverkehr	7	6	9
Jugendwohlfahrt	17	21	15
Kanalisation, Abwasser	17	35	32
Naturschutz und Landschaftsentwicklung	20	24	28
Pflegegeld	7	5	2
Raumplanung	119	104	107
Schule, Kindergarten, Bildung	41	14	16
Sicherheits- und Rettungswesen, Feuerpolizei, Katastrophenhilfe	7	11	6
Sozialhilfe	75	53	36
Sozialversicherung (ASVG, PG)	4	12	18
Sport (Schischulen, Bergführer)	3	1	2
Staatsbürgerschaft	8	10	5
Strafrecht (Justiz)	15	19	11
Straßenpolizei (StVO, Parkabgabe)	35	39	29
Straßenrecht (mit GSG)	89	100	90
Tierhaltung, Tierschutz, Tierzucht	6	7	6
Tourismus	2	3	4
Umweltrecht (UVP, Luftreinhaltung, Lärm, Immissionen)	10	18	10
Veranstaltungsrecht	4	2	1

<b>Tabelle 10: Sachgebiete und Rechtsmaterien</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
Vergabewesen	0	11	7
Verkehrsverbund, ÖPNV	6	1	1
Verwaltungsstrafrecht	26	35	25
Verwaltungsverfahren	52	63	41
Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren	7	1	2
Wasserrecht	15	23	21
Wasserversorgung	8	16	23
Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe	47	50	43
Wohnungsrecht (WGG, WEG, MRG, Wohnungsvergabe)	22	26	27
Zivilrecht allgemein (ABGB)	243	225	220

## 2.7. Arbeitsschwerpunkte und Anliegen

### 2.7.1. Bauverfahren

Die Anwendung des **Baugesetzes** und seiner **Verordnungen** ist mit **175 Fällen** (gegenüber 155 im Vorjahr) weiterhin **häufigster Anlass**, sich an den LVA zu wenden; auch die Anzahl der Beschwerden ist mit 44 gegenüber den beiden Vorjahren (30) stark gestiegen. Wie in den Vorjahren wandten sich mehr Nachbarn (80) an den LVA als Bauherrn und Grundeigentümer (73). Zentrale Anliegen waren die **Nachbarrechte** (64), vor allem wegen vorhandener oder befürchteter **Immissionen** (36) sowie Einhaltung des Bauabstandes (28). Anlass boten u.a. **Gewerbebetriebe** (23), größere **Wohnanlagen** (8), **Landwirtschaften** und **Tierhaltung** (4), Spiel- und **Sportanlagen** (3) sowie **Handymasten** und Antennen (3).

Die Vereinbarkeit von Bauwerken mit der **Flächenwidmung** (30), dem **Orts- und Landschaftsbild** (12), der **Baunutzungszahl** (8) und einem **Bebauungsplan** (5) waren ebenso Thema wie die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bei **Planabweichungen** (8) und **konsenslosen Bauwerken** (9) sowie **Vollstreckungsverfahren** (10). Mehrmals geprüft wurde die **Bewilligungspflicht** (19), etwa bei Änderungen des Verwendungszwecks (10). Auch Probleme mit der **Zufahrt** (19), **Einfriedungen** und Stützmauern (9), der **Eignung** von Baugrundstücken wegen Rutschgefahr, Lawinen, Bäumen, Steinschlag und der Nähe zu Gewässern (13), mit **Autoabstellplätzen** (7), dem **Brandschutz** (2) sowie fehlenden **Kinderspielplätzen** (2) wurden thematisiert.

18 Mal wurde die Verletzung der Entscheidungspflicht durch **Untätigkeit oder Säumnis** der Behörde geprüft, 3 Mal Verfahren zur **Baugrundlagenbestimmung** und je 2 Mal die Verweigerung der **Akteneinsicht** sowie die **Verfahrenskosten**.

### 2.7.2. Raumplanung

Unter **107 Fällen** waren 29 Prüfungen und je eine Anregung zu Gesetzgebung und Verwaltung.

59 Anliegen betrafen **Bauvorhaben** oder schon bestehende **Gebäude**, insbesondere wegen der **Vereinbarkeit** mit der Flächenwidmung oder einem Bebauungsplan.

45 Mal wurden **Umwidmungen** thematisiert: Dabei ging es um **erhoffte Baulandwidmungen** (20) und **Rückwidmungen** (8), 11 Mal wurden Umwidmungen in der Nachbarschaft **beanstandet**. Weitere Anliegen betrafen **Bebauungspläne** und **Grundteilungen** (je 11), **Betriebsanlagen** (14), **Ferienwohnungen** (9), **Umlegungen** (5), EKZ (2) sowie Ausnahmeregelungen (2).

### 2.7.3. Straßenrecht

85 Anwendungsfälle des Landes-**Straßengesetzes** (21 Prüfungen, 3 Anregungen) betrafen überwiegend **Gemeindestraßen**, häufig auch (öffentliche) **Privatstraßen** (16), nur je 2 Mal **Landes -** und **Genossenschaftsstraßen**. 14 Verfahren betrafen das **Güter- und Seilwegegesetz**, 2 das **Notwegegesetz**.

Anliegen betrafen u.a. die **Abtretung** oder **Rückstellung** von Grundstreifen bei **Verbreiterung**, Verlegung, Neuanlegung oder Auflassung von **Straßen** (18), die **Zufahrt** von öffentlichen Straßen (17), das Bestehen eines **Gemeingebrauches** (13), **Einfriedungen** (11), Beeinträchtigungen durch **Verkehrslärm**, **Schmutz**, **Abwässer** oder **Straßenbau** (10), den **Grenzverlauf** zu öffentlichen Straßen (6), den **Baubestand** (5), die **Erhaltungspflicht** samt Haftung (5), die **Auflassung** von Gemeindestraßen (4), Fuß- und **Radwege** (4), das **Parken** auf öffentlichen Straßen (3), die **Straßenbeleuchtung** (3), behauptete **öffentliche Dienstbarkeiten** über Privatgrundstücke (2) und die **Schneeräumung**.

### 2.7.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen

36 **Sozialhilfefälle**, darunter 9 Prüfungen, bedeuten einen weiteren Rückgang gegenüber dem Vorjahr (51) und eine Halbierung gegenüber 2005 (75). Diese betrafen die **Gewährung** von Sozialhilfe und deren Höhe (19), den **Rückersatz** von Sozialhilfebeziehern (1), **unterhaltspflichtigen Angehörigen** (8) sowie auf Grund eines **Schenkungswiderrufes** gemäß § 947 ABGB (3).

17 **Betroffene** wandten sich selbst an den LVA, in 12 Fällen wurden die Anliegen durch **Angehörige** oder **Sachwalter**, in 3 Fällen durch **Sozialarbeiter** vorgebracht. Weitere Fälle der sozialen Unterstützung (neben der Wohnbeihilfe, s.u.) betrafen die Förderung von Menschen mit **Behinderung** (2), den **Heizkostenzuschuss**, die **Familienförderung** sowie das **Pflegegeld** des Landes (3) und des Bundes (1).

### 2.7.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme

Von 30 Fällen zur **Wohnbeihilfe** (14 Beratungen, 13 beantragte, 2 amtswegige Prüfungen, 1 Empfehlung) betrafen 12 die Einstellung oder **Ablehnung** der Beihilfe und 7 eine unverständliche **Berechnung**. Gründe für die Ablehnung waren u.a. **Teilzeiteinkommen** (2, siehe Kap 3.5.4.), eine **Lehre** (2), ein **Studium**, eine **Lebensgemeinschaft** und eine trotz **Trennung** noch aufrechte Ehe. In jeweils drei Fällen wurde die **Rückforderung** (Einbehalt) von Wohnbeihilfe sowie die Verzögerung des Verfahrens wegen angeblich fehlender Unterlagen thematisiert.

11 Fälle (3 Beschwerden) betrafen die eigentliche **Wohnbauförderung**, u.a. die **Ablehnung** der Förderung wegen **Eigentums** an einer (vermieteten) Wohnung, die Kürzung bzw Rückforderung wegen Miteigentums an einem Haus (Kap 3.5.6.), **Kündigungen** aufgrund Vermietung der geförderten Wohnung (2), die Forderung nach einem **Schuldbeitritt** der Lebensgefährtin sowie die **Althausanierung**.

4 Wohnungssuchende sprachen die verweigerte oder verzögerte **Vergabe** einer gemeinnützigen oder **Gemeindewohnung** an. **Mietrechtliche** Probleme (11) sowie Fragen des **Wohnungseigentums-** (12) und des **Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes** (11) standen oft in Zusammenhang mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unter Aufsicht der LReg.

### 2.7.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht

Manche Probleme mit Gemeindeverwaltungen sind nach den Bestimmungen des **Gemeindegengesetzes** (27) zu beurteilen, wie etwa die **Zuständigkeit** der Gemeindeorgane und ihr Verhältnis zueinander, ebenso die Tätigkeit der **Gemeindeaufsichtsbehörden** (11). Viele Anliegen betrafen **zivilrechtliche Probleme** zwischen Bürgern und Gemeinden, in 9 Fällen etwa wegen Schäden durch schadhafte Wasser- und Kanalleitungen oder deren Verlegung.

Auch andere Probleme beim **Kanalanschluss** (3), der **Verlegung** von Abwasserkanälen (4), der **Wasser-versorgung** (7) sowie der **Abfallbeseitigung** und Mülltrennung (10) beschäftigten den LVA, ebenso die entsprechenden Abgaben (s.u.). Weitere Themen waren die Verwaltung der **Kindergärten** (8), **Pflichtschulen** (6) und des **Gemeindegutes** (3) sowie der Vollzug des Gesetzes gegen **Lärmstörung** und über das Halten von Tieren (9) und des Veranstaltungsgesetzes (1).

### 2.7.7. Abgaben, Gebühren und Steuern

Finanzielle Vorschreibungen durch Behörden auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene wurden von Bürgerinnen und Bürgern 44 Mal angesprochen. Dazu gehörten von der Gemeinde vorgeschriebene **Kanal-** (17), **Wasser-** (9) und **Abfallgebühren** (6), Ersatzleistungen für **Hand- und Zugdienste**, der **Tourismusbeitrag** (je 4), die **Grundsteuer** (3) sowie **Parkgebühren** und **Zweitwohnsitzabgabe** (je 1).

Weiters angesprochen wurden Kosten des **Bauverfahrens** (2), **Spitalsgebühren** (1), **Verwaltungsabgaben** (2) sowie allgemein **verfahrensrechtliche Probleme** (23), außerhalb der Zuständigkeit etwa **Eintragungsgebühren** für geförderte Wohnungen (2) und Einkommensteuer (1).

### 2.7.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht

**Regelungen des Straßenverkehrs** und **Verstöße** gegen die **StVO** waren Gegenstand von 6 Beschwerden, 3 Anregungen und 19 Beratungen. Diese bezogen sich auf kritisierte oder erwünschte **Fahrverbote** (6), **Parkverbote** (1), **Geschwindigkeitskontrollen** (7) und andere Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs und Verbesserung der **Verkehrssicherheit** (5), vor allem aber auf Verwaltungsstrafen (13). 8 Fälle betrafen das **Führerschein-** und **Kraftfahrwesen** im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

Von 25 Fällen (6 Beschwerden) zu **Verwaltungsstrafverfahren** standen Verstöße gegen die **Straßenverkehrsordnung** (13) sowie (außerhalb der Zuständigkeit) des Führerschein- (2) und Kraftfahrgesetzes (3) im Vordergrund, in 2 Fällen (ein PKW-Lenker, ein Radfahrer) in Zusammenhang mit **Alkohol**. Strafverfahren betrafen auch Verstöße gegen das Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung (2), das Parkabgabe-, Bau-, Kanal-, Tierschutz-, Sicherheitspolizei-, Pass-, Forst- und Aufenthaltsgesetz. Anliegen waren u.a. die **Strafhöhe** (3), **Anonymverfügungen** (3), der Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** (2), die **Stundung** und die mögliche **Verjährung**.

### 2.7.9. Dienst- und Arbeitsrecht

Die 18 dienstrechtlichen Probleme betrafen eine **Gemeinde**, den **Schuldienst** (6), die **Landeskrankenanstalten** (4) und den sonstigen **Landesdienst** (7). Eine Kindergärtnerin beklagte den Verlust der **Abfertigung** infolge unzureichender Information über eine Änderung im Gemeindedienstrecht. In drei Fällen ging es um **Kündigungen**, in zwei Fällen um den **Pensionsanspruch**, weiters um das Ausmaß der **Lehrverpflichtung**, die Entbindung von der **Amtsverschwiegenheit**, die geringe **Entlohnung** im Rahmen eines Arbeitsprojektes und die Zulässigkeit einer **Nebenbeschäftigung**.

Einem Lehrer und 5 Landesbediensteten wurde ein unhöfliches oder **dienstwidriges Verhalten** vorgeworfen, u.a. wegen Mobbing und Belästigung. Gegenstand von Prüfungen waren weiters **erfolglose Bewerbungen** um eine Primararztstelle (Kap 4.3.1.), um eine fachärztliche Ausbildungsstelle und eine behindertengerechte Stelle im Landesdienst.

## 3. Besonderer Teil

### 3.1. Anregungen zur Gesetzgebung

#### 3.1.1. Aufnahme von 3-jährigen Kindern in den Kindergarten

Die Eltern von drei Kindern wollten, dass der jüngste Sohn ab Herbst 2007 zusammen mit dem älteren Bruder den **Kindergarten** besucht. Die **Gemeinde lehnte dies ab** mit der Begründung, dass dieser erst 3 Jahre alt ist und das **Kindergartengesetz** eine **Aufnahme erst mit vollendetem 4. Lebensjahr** und nur **ausnahmsweise mit 3 Jahren** vorsieht. Es seien zwar in den letzten Jahren „**DispensKinder**“ (die zwischen dem Stichtag 01.09. und Weihnachten den 4. Geburtstag feiern) aufgenommen worden. Im Herbst 2007 sei dies aber **nicht mehr möglich**, weil mehr Kinder das 4. Lebensjahr vollendeten und den Kindergarten besuchen würden.

Nach Auffassung der **Eltern** war das jüngste **Kind**, das den Umgang mit den älteren Geschwistern gewohnt war, **reif für den Kindergarten** und ungeeignet für eine - von der Gemeinde ersatzweise angebotene - Kleinkindbetreuung. Davon abgesehen müssten dann die Eltern im Herbst drei Kinder in drei verschiedene Einrichtungen – Volksschule, Kindergarten, Kleinkindbetreuung oder Privatkinderkergarten in der Nachbargemeinde - bringen und dort wieder abholen, nur weil die beiden Söhne nicht gemeinsam den Kindergarten besuchen dürfen (07 bMP-003).

Auch nach einer Besprechung des LVA mit den Eltern und Vertretern der Gemeinde wurde die **Aufnahme** des Kindes wie auch anderer **3-Jähriger in die Gemeindekindergärten weiter abgelehnt**. In mehreren Nachbargemeinden war hingegen - zumindest bei Berufstätigkeit der Eltern - die Aufnahme 3-jähriger Kinder sehr wohl möglich.

Formal war die Berufung der Gemeinde auf § 12 Abs 2 KGG, wonach Kinder erst nach Vollendung des 4. Lebensjahres aufgenommen werden dürfen und nur ausnahmsweise bei entsprechender geistiger und körperlicher Reife schon mit 3 Jahren, korrekt. Hingegen sehen die Kindergarten- oder **Kinderbetreuungsgesetze** der **anderen Bundesländer** die **Aufnahme 3-jähriger Kinder grundsätzlich** vor und wird höchstens die Aufnahme noch jüngerer Kinder diskutiert. Deshalb leitete der LVA an den Landtag eine **Anregung** der Eltern weiter, **im Kindergartengesetz** generell **die Aufnahme von Kindern ab 3 Jahren vorzusehen** sowie einen **gesetzlichen Anspruch** auf Aufnahme in den Kindergarten (07 AnGe-001).

Die bisherige Regelung führt zu **ungleichen Bedingungen** beim Zugang zu **Kinderbetreuung** und damit bei der **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. In kleinen Gemeinden sind die Möglichkeiten außerhäuslicher Betreuung – auch durch **geringe Öffnungszeiten** – oft beschränkt. Doch auch größere und keinesfalls finanzschwache Gemeinden, wie im Anlassfall, schafften die räumlichen und personellen Voraussetzungen nicht und begründen die Ablehnung mit dem **Fehlen ausreichender Plätze**.

Die Aufnahme wurde in vielen Gemeinden noch durch **gesetzwidrige Stichtagsregelungen** erschwert, indem nicht auf die Vollendung des 4. Lebensjahres abgestellt, sondern nur Kinder aufgenommen wurden, welche bereits zum Stichtag 01.09. das 4. Lebensjahr vollendet hatten. Dadurch kamen im Herbst geborene Kinder (wie die älteste Tochter dieses Ehepaars) vielfach erst nach oder kurz vor Vollendung des 5. Lebensjahres in den Kindergarten (s JB 2005, Kap 3.5.1.).

Der LVA anerkannte die Bemühungen mancher Gemeinden und die Unterstützung des Landes, die **Betreuungssituation** für Kinder in Vorarlberg **zu verbessern**. Dennoch sind die **Möglichkeiten** von Eltern, ihre Kinder nach Vollendung des 3. Lebensjahres in einem Kindergarten unterzubringen, **regional sehr unterschiedlich**. Diese unbefriedigende Situation wurde durch das Kindergartengesetz, das nicht einmal eine Verpflichtung zur Schaffung entsprechender Plätze vorsah, noch gestützt.

Eine **frühere Aufnahme** von Kindern eröffnet zudem die Möglichkeit, vorhandene **Defizite** (etwa sprachlicher Natur) früh zu **erkennen** und durch Förderung **auszugleichen**, was auch die Chancen der Kinder beim späteren Schulbesuch verbessert.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme** wurde auf eine EntschlieÙung des Landtags vom 13.04.2005 zur Verbesserung im Kinder- und Schülerbetreuungsbereich sowie im Kindergarten verwiesen. Auf Basis dieser EntschlieÙung habe eine **Arbeitsgruppe** einen Bericht erstellt, welchen der Landtag am 09.05.2007 zur Kenntnis genommen habe. Auch wurde die LReg mit EntschlieÙung ersucht, die vorgeschlagenen Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Gemeindeverband Schritt für Schritt umzusetzen. Im Vordergrund stehe die **verstärkte Aufnahme von 3-jährigen** in den Kindergarten, die besondere Berücksichtigung von 3-jährigen bei **Personalkostenförderung** und pädagogischen Konzepten sowie die **Evaluierung** des gesamten Maßnahmenpakets mit dem Ziel der **Überarbeitung des Kindergartengesetzes**.

Etwa **ein Jahr später** beschloss der Landtag eine **Novellierung des Kindergartengesetzes** (LGBL Nr 48/2008), das neben anderen Verbesserungen nun **generell die Aufnahme 3-jähriger Kinder** vorsieht. Auch ist ein Kindergarten, dessen Rechtsträger eine Gebietskörperschaft ist, **verpflichtet**, ein angemeldetes Kind aufzunehmen, wenn es zu Beginn des Kindergartenjahres das 3. Lebensjahr vollendet hat und über die körperliche, emotionelle und soziale **Reife** verfügt. Dies gilt aber nur dann, **wenn die Unterbringung personell oder räumlich möglich** ist, was diese Verpflichtung davon abhängig macht, ob eine Gemeinde in der Lage und willens ist, diese Voraussetzungen auch zu schaffen.

### 3.1.2. Nutzung von Ferienwohnungen als Hauptwohnsitz ermöglichen

Ein Ehepaar hatte in den 60-iger Jahren ein **Ferienhaus im Bregenzerwald** errichtet. Nachdem ihr Geschäft übergeben und die Kinder aus dem Haus waren, wollten sie die bisherige **Wohnung aufgeben** und ihre **Pension im Ferienhaus** genießen. Dieses war nicht nur mit Wasser, Strom und Kanal **voll erschlossen**, sondern lag auch an einer Gemeindestraße mit öffentlichem Busverkehr. Sie wurden jedoch von der Gemeindeverwaltung darauf hingewiesen, dass sie in diesem Ferienwohngelbiet **keinen Hauptwohnsitz** begründen dürfen (06 AuBe-226).

Die Abklärung ergab, dass dieses Grundstück als **Bauwohngelbiet** gewidmet war, in dem **nur Ferienwohnungen** errichtet werden dürfen (§ 16 Abs 1 RPG). Die Gemeinde war auch nach Kontaktaufnahme des LVA **nicht bereit**, die **Widmung** dahin gehend zu **modifizieren**, dass in diesem Gebiet **auch Ferienwohnungen** errichtet werden dürfen. Begründet wurde dies mit der Entfernung der Parzelle vom Ortszentrum und der ökologisch sensiblen Umgebung. Die Gemeinde befürchtete, im Falle einer Umwidmung würden mehr Hauptwohnsitze errichtet und sie könnte dann mit Forderungen zum Ausbau der Zufahrtsstraße, des öffentlichen Nahverkehrs, der Abwasserreinigung und der Wasserversorgung konfrontiert sein.

Bei Vorliegen besonders **berücksichtigungswürdiger Umstände** kann die Gemeinde die Nutzung von Wohnungen als **Ferienwohnung auch ohne entsprechende Widmung** bewilligen, wenn dadurch die Erreichung der Raumplanungsziele nicht gefährdet wird (§ 16 Abs 4 RPG); auch § 16 Abs 4a RPG sieht nach längerer Nutzung als Hauptwohnsitz Erleichterungen vor. Hingegen gibt die geltende Rechtslage selbst bei berücksichtigungswürdigen Umständen **keine Handhabe**, eine **Ausnahme** für den Fall zu bewilligen, dass eine Wohnung in einem **nur für Ferienwohnungen gewidmetem Gebiet** als **ständiger Wohnsitz** genutzt werden kann.

Angesichts dieser Rechtslage leitete der LVA an den Landtag die **Anregung** weiter, **§ 16 RPG** dahingehend zu **ergänzen**, dass bei Vorliegen besonders **berücksichtigungswürdiger Umstände** die **Nutzung von Ferienwohnungen als ständiger Wohnsitz** bewilligt werden kann, wenn dadurch die Erreichung der in § 2 RPG genannten Raumplanungsziele nicht gefährdet ist (07 AnGe-002).

Für den LVA war kein sachlicher Grund erkennbar, eine Ausnahme nur für die Nutzung von Wohnungen ohne entsprechende Widmung als Ferienwohnung zuzulassen, nicht jedoch unter berücksichtigungswürdigen Umständen auch eine Nutzung von Ferienhäusern als Hauptwohnsitz. Die raumplanerischen Überlegungen zur **Beschränkung der Errichtung und Nutzung von Ferienwohnungen** im RPG sind gut **nachvollziehbar**, ebenso die ausnahmsweise Gestattung einer Ferienwohnungsnutzung in anderen Gebieten unter besonders berücksichtigungswürdigen Umständen.

Umso **weniger verständlich** ist es, dass im umgekehrten Fall, wenn eine Ferienwohnung oder ein **Ferienhaus als Hauptwohnsitz** genutzt werden soll, eine derartige **Ausnahme unter keinen Umständen** zulässig sein soll. Während viele Ferienhäuser nicht ganzjährig bewohnbar und schlecht erschlossen sind, sodass eine Nutzung als Hauptwohnsitz nicht in Frage kommt, liegen viele Ferienwohnungen auch in voll erschlossenen Gebieten. Unter diesen Umständen ist es gerade unter Berücksichtigung der Zielsetzungen des RPG nicht verständlich, warum eine Ausnahmegenehmigung nicht möglich sein sollte.

Der LVA verwies auch auf einen Fall vor einigen Jahren, als in einer Scheidungssituation der Ehegatte aus der bisherigen Ehwohnung ausziehen musste und den Hauptwohnsitz vorübergehend im bisherigen (voll erschlossenen) Ferienhaus begründen wollte. Auch in diesem Falle wurde die Begründung eines Hauptwohnsitzes abgelehnt und war eine Ausnahme rechtlich nicht möglich.

Auch ist es nicht verständlich, dass bei **gut erschlossenen Ferienwohnungsgebieten** eher die Widmungskategorie gewählt wird, dass dort nur Ferienwohnungen errichtet werden dürfen. Dem LVA erscheint es zielführend, wenn seitens der Aufsichtsbehörde und der Amtssachverständigen bei gut erschlossenen Gebieten darauf **hingewirkt** wird, **eher die Widmungskategorie auch Ferienwohnungen** zu wählen.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme** sah die LReg jedoch **keinen Grund**, dieser Anregung zu folgen. Auf Grund der Möglichkeit, von vornherein die **Widmung** als besondere **Fläche auch für Ferienwohnungen** vorzusehen, **bedürfte es keiner solchen Ausnahme**. Diese Frage müsse bereits bei der Widmung als besondere Fläche für Ferienwohnungen geklärt werden.

Angemerkt wurde, dass aufgrund der Verhältnisse im Anlassfall die Widmung auch für Ferienwohnungen möglich wäre und eine entsprechende Umwidmung durch die Gemeinde genehmigt werden könnte.

## 3.2. Anregungen zur Verwaltung

### 3.2.1. Familienpass auch für Elternteile, die keine Familienbeihilfe beziehen

Ein **Vater** hielt **nach der Scheidung** Kontakt zu seinen Kindern und machte mit diesen immer wieder **Ausflüge**. Dazu wollte er auch die **Vorteile des Familienpasses** nützen. Seine Wohnsitzgemeinde teilte ihm mit, dieser müsse bei der Heimatgemeinde der Kinder beantragt werden; dort erhielt er die Auskunft, nach den Richtlinien sei der **Bezug der Familienbeihilfe Voraussetzung** für die Ausstellung des Familienpasses. Dies veranlasste ihn zur **Anregung**, den **Familienpass** künftig **auch** solchen **Elternteilen** auszustellen, die nach der Trennung **keine Familienbeihilfe** beziehen, aber weiterhin Kontakt zu den Kindern halten (07 AnVe-001).

Die **Landesregierung** teilte mit, dass bezugsberechtigt alle in Vorarlberg wohnhaften Familien sind, die mindestens ein unversorgtes Kind (auch Pflegekind) haben, wenn für dieses Familienbeihilfe bezogen wird. Den veränderten Lebensverhältnissen sei in der Praxis dadurch **Rechnung getragen worden**, dass **auch „Besuchsväter/-mütter“** einen **Familienpass** für ihre eigenen Kinder **erhalten** können, aufgrund der zu überprüfenden Daten jedoch **nur** von der **Wohnsitzgemeinde der Kinder**. Dem Anliegen war daher schon entsprochen worden und beruhte die Auskunft der Gemeinde offenbar auf einem Missverständnis, das in weiterer Folge geklärt und ein Familienpass für den Vater ausgestellt wurde.

### 3.2.2. Regelung des Straßenverkehrs

Die Mehrzahl der Anregungen betraf wiederum Beeinträchtigungen durch den Straßenverkehr. So wünschten die Anwohner einer Zufahrtsstraße zu einem neu erschlossenen **Betriebsgebiet** einen **erhöhten Lärmschutz** angesichts des zu erwartenden Mehrverkehrs, insbesondere durch LKW (07 AnVe-002). Die Stadt beauftragte ein Büro mit einem Projekt zur Optimierung der Erschließung unter Berücksichtigung des Anrainerschutzes; in weiterer Folge wurden verschiedene Fahrverbote für LKW erlassen.

Ein Anliegen betraf die Erlassung einer **Geschwindigkeitsbeschränkung** auf einer Straße in schlechtem Zustand und mit einem problematischen Untergrund, wodurch angrenzende Wohnhäuser beeinträchtigt wurden (07 AnVe-003). Da diese Straße zwei Gemeinden betraf, dauerte es bis zur Umsetzung längere Zeit, im Ergebnis erließen die beiden Gemeinden jedoch entsprechende Verordnungen. Ebenfalls entsprochen wurde einer Anregung zur **verstärkten Kontrolle** einer bestehenden **Geschwindigkeitsbeschränkung** auf einer Landesstraße (07 AnVe-004).

Noch vor Kontaktaufnahme des LVA mit der Gemeinde positiv erledigt wurde ein Wunsch auf Entfernung von **Altkleider-Sammelboxen** neben einer Kirche wegen Störung des Ortsbildes (07 AnVe-005).

## 3.3. Förmliche Empfehlungen

### 3.3.1. Keine Einrechnung der Kinderbetreuungsbeihilfe bei der Wohnbeihilfe

Eine allein erziehende Mutter war nach ihrem Antrag auf **Weitergewährung der Wohnbeihilfe** damit konfrontiert, dass die LReg die bisher gewährte Beihilfe **neu berechnete** und großteils **zurück forderte**, u.a. weil sie die **Kinderbetreuungsbeihilfe des AMS** nicht gemeldet hatte und diese nun **eingerechnet** wurde. Vom **AMS** hatte sie allerdings die **Auskunft** erhalten, dass diese **Beihilfe nicht als Einkommen zu werten** ist (07 bMP-031).

Neben der Klärung widersprüchlicher Schreiben und Rückforderungen (s Kap. 3.5.3.) ersuchte der LVA auch um Klarstellung der Anrechnung von AMS-Leistungen und um Berücksichtigung der persönlichen und sozialen Situation.

Die **Landesregierung** verwies auf die Problematik, dass in **AMS-Bestätigungen** oft aktuelle Bezüge **nicht** weiter **aufgeschlüsselt** sind. Auch stelle sich die Frage der **Gleichbehandlung**, weil bei Antragstellerinnen, welche diese Förderung nicht erhalten und für Kinderbetreuung bezahlen, diese Kosten auch nicht abgezogen werden.

Beim vom LVA ebenfalls kontaktierten **AMS** zeigte man sich **verwundert**, dass diese **zweckgebundene Beihilfe** bei der Berechnung der Wohnbeihilfe als Einkommen berechnet wird. Mit dieser Beihilfe würden insbesondere Elternteile unterstützt, die eine Arbeit aufnehmen oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen und dafür eine Kinderbetreuung benötigen, die Kosten dafür aber nicht aufbringen können. Auf einer von der Soziallandesrätin einberufenen **Konferenz zu Strategien gegen Armut und Armutsrisiken** hätten sich sowohl die Landesrätin wie auch die Sozialsprecherin der Mehrheitsfraktion ausdrücklich **gegen eine Einrechnung dieser Beihilfe** ausgesprochen.

Im **Endbericht** dieser Konferenz von Univ Prof Dr Wolfgang Mazal wird auf diese Problematik Bezug genommen und heißt es wörtlich: „Am Beispiel der **Anrechnung von Kinderbetreuungsbeihilfe** auf die Einkommensgrenze wird gefordert, die Normen so zu gestalten, dass spezifisch **zweckgewidmete Beihilfen nicht** auf Einkommensgrenzen **bei Wohnbeihilfe angerechnet** werden. In diese Richtung **sollen** jedenfalls die **Richtlinien** im Wohnbauförderungsbeirat **adaptiert** werden.“



Angesichts der Tatsache, dass die vom AMS gewährte Kinderbetreuungsbeihilfe eine zweckgebundene Förderung darstellt, um insbesondere Alleinerzieherinnen die Ausübung eines Berufes zu ermöglichen, erscheint die **Einrechnung dieser Beihilfe** in das Familieneinkommen bei der Berechnung der Wohnbeihilfe **sachlich nicht gerechtfertigt**. Der LVA hatte sich zuvor schon mehrmals veranlasst gesehen, die Richtlinien und die Verwaltungspraxis der Wohnbeihilfe wegen der Anwendung **Frauen und Alleinerzieherinnen benachteiligender Kriterien** in Kritik zu ziehen.

Auch die Berücksichtigung der Kinderbetreuungsbeihilfe als Einkommen verstärkte den Eindruck, dass im Rahmen des Ermessens – aus den Richtlinien geht dies nicht hervor – die für die Betroffenen (überwiegend Frauen und Alleinerzieherinnen) **ungünstigste Auslegung gewählt** wird. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Verbesserung der Situation von allein erziehenden Elternteilen (überwiegend Müttern) und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte eine derartige **Beihilfe** als **zweckgebundene Unterstützung** und **nicht** als für den Wohnungsaufwand **verfügbares Einkommen** gesehen werden.

Aus diesem Grunde richtete der LVA an die LReg die **Empfehlung**, auf die **Einrechnung der Kinderbetreuungsbeihilfe des AMS** als Einkommen **bei der Berechnung der Wohnbeihilfe zu verzichten**.

Auf Einladung des für die Wohnbauförderung zuständigen Landesrates wurde diese Problematik mit dem LVA und dem neuen Vorstand sowie dem Sachbearbeiter der Wohnbauförderungsabteilung besprochen. Schließlich wurde zugesagt, im Anlassfall und **künftig** generell die **Kinderbetreuungsbeihilfe** des AMS **nicht mehr als Einkommensbestandteil zu berücksichtigen**, soweit dies aus vorgelegten Bestätigungen ersichtlich ist.

### **3.3.2. Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnbeihilfe nach Jahren entsprochen**

Der LVA hat **schon mehrmals Empfehlungen und Anregungen** zu den Wohnbauförderungsrichtlinien, insbesondere **zur Wohnbeihilfe**, an die LReg gerichtet. Den meisten war nicht oder nur teilweise entsprochen worden; so auch der Empfehlung vom 17.05.2007, angesichts der Anwendung Frauen benachteiligender Kriterien die Richtlinien im Sinne des Grundsatzbeschlusses der LReg zu Gender-Mainstreaming zu überprüfen (04 EO-002, s JB 2004, Seite 30-32 und auch Kap 4.3.3.). Die LReg war nicht einmal in der Lage, die Fragen über Gewährung und Ablehnung der Wohnbeihilfe nach Geschlechtern aufgeschlüsselt zu beantworten.

Umso erfreulicher war die Ankündigung wesentlicher Verbesserungen der Wohnbauförderungsrichtlinien in der Besprechung vom 14.09.2007 mit Landesrat Manfred Rein und dem neuen Vorstand der Abteilung Wohnbauförderung. In den ab 01.01.2008 geltenden **Richtlinien 2008** wurde damit auch **mehreren Empfehlungen und Anregungen** des LVA **entsprochen**.

So wird nun in jenen Fällen, in denen durch Gericht oder BH die **Uneinbringlichkeit von Unterhaltspflichten** bestätigt wird, **kein fiktiver Unterhalt** in Höhe des SH-Richtsatzes mehr eingerechnet, wie vom LVA schon im Jahre 2001 (01 EO-001, s JB 2001, S 46/47) empfohlen.

Der Empfehlung, auf **Hochrechnung von Teilzeiteinkommen** auf eine fiktive Vollbeschäftigung im Falle **fachärztlich bescheinigter Erwerbseinschränkung** zu verzichten (06 EO-002, s JB 2006, S 32), war in den Richtlinien 2007 zwar formell entsprochen, gleichzeitig aber eine **Kürzung der Wohnbeihilfe** entsprechend dem Beschäftigungsausmaß vorgenommen worden. Seit 01.01.2008 wird nun auch **von dieser Kürzung abgesehen** und die Wohnbeihilfe **vom tatsächlichen Einkommen** berechnet.

Auf Anregung des LVA wird auch beim **beruflichen Wiedereinstieg**, etwa nach längerer Arbeitslosigkeit oder Scheidung, und wenn ein Wechsel in eine Vollbeschäftigung aus **Altersgründen nicht zumutbar** ist, auf die Hochrechnung von Teilzeiteinkommen verzichtet.

Die Richtlinien 2008 brachten noch weitere **Verbesserungen** für die Bezieher von Wohnbeihilfe, etwa für **ältere Lehrlinge** (s Kap 3.5.5.).

Leider nicht beseitigt wurde jedoch die in den Richtlinien 2007 vorgenommene **Verschlechterung**, wonach nur mehr in bestimmten **Ausnahmefällen** eine Teilzeitbeschäftigung für die Gewährung von Wohnbeihilfe ausreicht, in allen anderen Fällen von **Teilzeitbeschäftigung** anstelle der früher vorgenommenen Kürzung durch Hochrechnung nun generell **keine Wohnbeihilfe mehr** gewährt wird (s Kap 3.5.4.).

### 3.4. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes

#### 3.4.1. Widmung Holzlagerplatz beim Sägewerk Egg als rechtmäßig festgestellt

Am 24.08.2005 beantragte der LVA beim VfGH die Behebung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Egg betreffend die **Umwidmung** einer bisherigen Landwirtschaftsfläche **in Sondergebiet Holzlagerplatz** für das **Sägewerk**. Dabei wurde auf seit Jahrzehnten **bestehende Rechtswidrigkeiten** hingewiesen, welche durch eine **bedenkliche Umwidmung** nachträglich **saniert** werden sollten.

Insbesondere widerspreche diese Widmung in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern dem Raumplanungsziel, wonach Gebiete für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkauf und sonstige Nutzung so einander zuzuordnen sind, dass Belästigungen möglichst vermieden werden (03 VP-001, JB 2004, Seite 26/27).

Nahezu zwei Jahre später wies der **VfGH** mit **Erkenntnis** vom 16.06.2007 den Antrag des LVA ab und räumte, wie auch in einigen zuvor ergangenen Erkenntnissen, dem **Ermessen der Raumplanungsbehörde** einen **besonders hohen Stellenwert** ein.

Aus der Darstellung des Raumplaners der Gemeinde, die vorgenommene Umwidmung könne den aktuellen Nachbarschaftskonflikt und die problematische widmungsrechtliche Situation kurzfristig lösen, nicht aber den Sägereistandort nachhaltig sichern, zog der VfGH den Schluss, dass sich die Gemeinde **bewusst** zu einer **Planung** entschlossen habe, die zur **Lösung der akuten Probleme** geeignet und auch umsetzbar ist.

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH **komme es** bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Planungsmaßnahme **nicht darauf an**, ob die vom Verordnungsgeber im Rahmen seines planerischen Gestaltungsspielraumes **getroffene Lösung** die **bestmögliche** ist. Der VfGH habe im Rahmen der Normenkontrolle nicht darüber zu befinden, welche der im Rahmen des Gestaltungsspielraumes offen stehenden Möglichkeiten **die zweckmäßigste** ist; sie **muss (nur) mit dem Gesetz im Einklang stehen**.

Da im Hinblick auf die Standortgebundenheit zum Sägewerk auch eine Widmung als Sondergebiet vom VfGH als rechtmäßig angesehen wurde, gab dieser dem **Antrag des LVA keine Folge**.

## 3.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung

### 3.5.1. Behandlung eines Härtefalles im Sozialhilfe-Beirat abgelehnt

Im Zuge der Feststellung des LVA über die **unterschiedliche Verwaltungspraxis** beim Vollzug des **SH-Gesetzes** in den verschiedenen BH's (JB 2006, Kap.2.5.6.) wurde von der zuständigen Landesrätin auf die Schaffung eines **Sozialhilfebeirates** hingewiesen. Dieser sollte für einen **einheitlichen Gesetzesvollzug** sorgen, aber auch **Härtefälle** künftig **vermeiden**. Nach Erweiterung des Beirates durch zwei Vertreter von Sozialinstitutionen wurden zu einer Sitzung auch der LVA sowie VN-Ombudsmann Dr Feurstein eingeladen und ihnen angeboten, Härtefälle dem Beirat vorzulegen.

Der erste vom LVA dem SH-Beirat vorgelegte Fall betraf jene Tochter einer Pflegeheimbewohnerin, deren **SH-Rückersatz** von der zuständigen BH **zweimal falsch berechnet** und schließlich vom UVS niedriger festgesetzt worden war (06 bMP-145, s JB 2006, Kap 2.5.8.). Auch bei der Berechnung des UVS war nicht berücksichtigt worden, dass die Tochter auf ihr **Erbeil verzichtet** hatte, weil ihr Bruder die Betreuung und Pflege ihrer Mutter übernommen hatte. Sie musste daher bis zur ersten Aufforderung durch die BH im Oktober 2005 (1  $\frac{3}{4}$  Jahre nach Heimunterbringung der Mutter) nicht damit rechnen, dafür in Anspruch genommen zu werden.

Auch unterstützte sie wegen deren **finanzieller Notlage** ihre **Töchter** sowie ein Enkelkind bei den Schulkosten, was von der BH wie vom UVS mit der Begründung unberücksichtigt geblieben war, dass die Töchter volljährig und selbsterhaltungsfähig und freiwillige Unterhaltsleistungen wie auch Schulkosten nach den Grundsätzen des Unterhaltsrechtes nicht abzugsfähig seien.

Nach Auffassung des LVA war dabei § 11 Abs 2 lit e SHV außer Acht gelassen worden, wonach zum Bedarf der unterhaltspflichtigen Person auch **Sonderausgaben** gehören, die insbesondere aufgrund anderer **unterhaltsrechtlicher Verpflichtungen**, zur Sicherung des Lebensunterhaltes oder aus gesundheitlichen Gründen berücksichtigungswürdig sind. Durch die Formulierung „Sonderausgaben, die .... berücksichtigungswürdig sind“ wird der **SH-Behörde** ein **Ermessen** eingeräumt, sodass **nicht ausschließlich** auf **durchsetzbare** gesetzliche **Ansprüche** abzustellen ist. Der Hinweis im Erkenntnis des UVS, Schulkosten seien nicht abzugsfähig, bezog sich auf einen Kommentar zum allgemeinen Unterhaltsrecht und steht im Widerspruch zur **SHV**, in welcher **Ausbildungskosten** eines Kindes ausdrücklich als **Abzugsposten** angeführt sind.

Auch wenn grundsätzlich von der aktuellen finanziellen Situation auszugehen ist, war auf Grund der **bevorstehenden Pensionierung** absehbar, dass das Einkommen der unterhaltspflichtigen Tochter bald zurückgeht und durch den notwendigen Auszug aus der Dienstwohnung erhebliche Aufwendungen für eine neue Wohnung anstehen. Der LVA legte daher den Fall daher dem **SH-Beirat** vor mit dem Ersuchen, angesichts dieser Umstände zumindest auf die **Nachzahlung** von ca € 3.500,-- zu **verzichten**.

Die **Landesregierung** teilte mit, dass der Fall dem **Beirat** zur Vereinheitlichung des SH-Vollzuges **vorgelegt** wurde. Der Beirat sei aber zum grundsätzlichen Ergebnis gelangt, dass es **nicht** seine **Aufgabe** ist, sich **rechtskräftig entschiedener Fälle** anzunehmen. Angesichts der rechtskräftigen Entscheidung des UVS betrachte sich der Beirat **nicht mehr** für **zuständig**. Es sei mit der zuständigen BH aber vereinbart worden, dass sich die betroffene Frau wegen einer Ratenzahlung sowie bei einer Änderung der Wohn- und Einkommenssituation an die BH wenden kann.

Seitens des **LVA** wurde dieser Standpunkt des SH-Beirates mit **Bedauern** zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass diese **Beschränkung der Aufgabenstellung** des Beirates den von maßgeblichen Gestaltern der SH-Politik des Landes öffentlich dargelegten Aufgaben des Beirates **widerspricht** (07 aMP-015). So hatte die zuständige **Landesrätin** in Beantwortung einer dringlichen **Anfrage** zu den Aufgaben und Zielsetzungen des Beirates dem **Landtag** gegenüber ausgeführt: „Dieser Beirat, der eine

beratende Funktion hat, arbeitet sowohl präventiv als auch begleitend, aber **auch im Nachhinein**. Mit diesem Beirat wurde ein offizielles Gremium geschaffen, das zu einer weiteren Vereinheitlichung des SH-Vollzuges sowie zu einer **Beseitigung von Härtefällen** in Einzelfällen beitragen soll.“

Die **Sozialsprecherin** der Mehrheitsfraktion hatte in einer Presseaussendung vom 10.11.2006 mit dem Untertitel „Regress: Beirat für Härtefälle wird installiert“ angeführt, dass zur künftigen **Vermeidung von Härtefällen** „ein Beirat installiert wird, der **jeden Einzelfall genau überprüft** und auf die besonderen Umstände eingehen kann“, und einen Vergleich zum Wohnbauförderungsbeirat gezogen.

Die **Grundsatzentscheidung** des SH-Beirates **widerspricht** diesen **Aussagen**, da offenbar weder eine Prüfung im Nachhinein noch eine Beseitigung von Härtefällen im Einzelfall zu den Aufgaben des SH-Beirates gehören soll. Verfehlt ist damit auch der Vergleich mit dem Wohnbauförderungsbeirat, der in vorbildlicher Weise (wenn auch nicht in allen Fällen zur Zufriedenheit es LVA) Lösungen in Härtefällen trifft, welche durch eine strikte Einhaltung der Richtlinien entstanden wären.

Der LVA ersuchte die LReg, die **Aufgabenstellung** des Beirates im Hinblick auf die Befassung mit Härtefällen zu **überdenken**. Sollte der Beirat an der Entscheidung festhalten, möge die LReg künftig in öffentlichen Äußerungen und Anfragebeantwortungen gegenüber dem Landtag die Aufgabenstellung des Beirates einschließlich allfälliger Beschränkungen **zumindest korrekt darstellen**.

Die **LReg** verwies auf die überwiegend im Rahmen der Hoheitsverwaltung getroffenen Entscheidungen in SH-Angelegenheiten durch BH, LReg und UVS, welche überdies noch beim VwGH und VfGH bekämpft werden können. In Beachtung dieses für einen Rechtsstaat üblichen Rechtszuges **halte der Beirat an** der vom LVA kritisierten **Grundsatzentscheidung fest**. Aus rechtsstaatlicher Sicht wäre es höchst bedenklich, wenn eine Angelegenheit, welche die durch Gesetz eingerichteten Instanzen durchlaufen hat und rechtskräftig geworden ist, im Anschluss daran von einer Einrichtung, die keine gleichartige Legitimation aufzuweisen hat, abgeändert bzw außer Kraft gesetzt werden könnte. Auf Grund dieser rechtsstaatlichen Überlegungen werde von der Entscheidung nicht abgegangen. Jedoch soll künftig zur Vermeidung allfälliger Missverständnisse verstärkt darauf geachtet werden, dass die dem Beirat zukommenden **Aufgaben in der Öffentlichkeit verständlicher dargestellt** werden.

### 3.5.2. Berechnung eines zu hohen Sozialhilfersatzes korrigiert

Der bereits pensionierte Sohn einer Pflegeheimbewohnerin hatte sich **2004** im Rahmen seiner Unterhaltspflicht zur Bezahlung von monatlich **€ 125,-** als **Kostenersatz** für die von der Sozialhilfe getragenen Heimkosten der Mutter verpflichtet.

Nach Vorlage von Unterlagen über sein Einkommen und die Zahlungspflichten zur Überprüfung des Kostenbeitrages wurde er im Jahr **2007 aufgefordert**, einen Vergleich über nunmehr mtl. **€ 235,-** zu unterfertigen. Er erklärte sich grundsätzlich dazu bereit, wenn die **Berechnung** für ihn **nachvollziehbar** wäre, was gemäß dem angeschlossenen Berechnungsbogen aber **nicht der Fall** war. Auch war für ihn nicht verständlich, dass der Kostenbeitrag um so viel höher ausfallen sollte, da seine **Pension nur geringfügig gestiegen** sei, sich der Wohnungsaufwand und seine Ausgaben für Medikamente und Arztbesuche hingegen deutlich erhöht hätten (07 AuBe-195).

Zur Klärung der Berechnung nahm der LVA mit der BH Kontakt auf und ersuchte um eine nachvollziehbare Begründung sowie **Überprüfung der Berechnung**. Dabei stellte sich heraus, dass aus Versehen die **Witwerpension**, welche im anderen Pensionsbescheid bereits inkludiert war, bei der Berechnung **noch einmal berücksichtigt** worden war. Nach Berichtigung dieses Fehlers ergab die Neuberechnung einen Kostenbeitrag von **€ 132,-**, welcher akzeptiert wurde.

### 3.5.3. Verwirrende Briefe über Gewährung und Rückzahlung von Wohnbeihilfe

Eine allein erziehende Mutter hatte im Juni 2006 einen **Antrag auf Weitergewährung** der Wohnbeihilfe gestellt. Bei Prüfung des Antrages stellte die LReg fest, dass sich das **Einkommen** seit der letzten Gewährung der Wohnbeihilfe **geändert** hatte, insbesondere war die **Kinderbetreuungsbeihilfe des AMS** nicht gemeldet und eingerechnet worden. Die Antragstellerin erhielt fast drei Monate später von der LReg **gleichzeitig drei Schreiben**, alle mit Datum 19.09.2006, derselben Geschäftszahl und Bezug auf Ihren Antrag vom 28.06.2006.

In einem Schreiben wurde erklärt, die bisher bewilligte **Wohnbeihilfe** werde ab August 2004 **eingestellt**, weil ihr Einkommen zu hoch sei. Sie habe von August 2004 bis Juni 2006 **€ 1.251,15** an Wohnbeihilfe zu viel erhalten und möge diesen Betrag binnen zwei Wochen **zurückzahlen**.

Im zweiten Schreiben wurde ihr ab Dezember 2005 **Wohnbeihilfe** von monatlich € 35,37 bis Ende Mai 2006 **bewilligt**. Da sie von August 2004 bis Mai 2006 jedoch **€ 1.038,93** an Wohnbeihilfe zu viel erhalten habe, werde dieser Betrag **mit der monatlichen Auszahlung verrechnet**.

Im dritten Schreiben desselben Tages wurde ihr mitgeteilt, ihr **Antrag** auf Wohnbeihilfe werde **nicht bewilligt**, weil ihr Einkommen zu hoch sei, verbunden mit der Aufforderung, die von August 2004 bis Juni 2006 **zuviel erhaltene Wohnbeihilfe** von **€ 1.038,93** binnen zwei Wochen **zurück zu überweisen**.

Nach weiterer Korrespondenz und ihren Hinweis auf die fehlende Zahlungsfähigkeit teilte ihr die LReg am **09.02.2007** mit, ihr **Antrag** vom 28.06.2006 auf Wohnbeihilfe **könne nicht bearbeitet werden**, weil noch Unterlagen fehlten. Angesichts dieser widersprüchlichen Aufforderungen der LReg und unterschiedlichen Auskünften über die Einrechnung der Kinderbetreuungsbeihilfe als Einkommen wandte sie sich schließlich an den LVA (07 bMP-031).

Nach einer ersten Stellungnahme der LReg und Einsicht in den Wohnbeihilfenakt stellte der LVA zunächst fest, dass es **verwirrend** und wohl für keine Bürgerin nachvollziehbar ist, wenn sie **drei verschiedene Schreiben** derselben Amtsstelle mit gleichem Datum erhält, dies jedoch mit unterschiedlichen und einander **widersprechenden Informationen**. Irritierend musste auch das Schreiben vom 09.02.2007 empfunden werden, wonach der am 28.06.2006 gestellte Antrag nicht bearbeitet werden könne, da noch Unterlagen fehlen. Die angeforderten Unterlagen bezogen sich dabei überwiegend auf den Zeitraum nach der Antragstellung.

Gemäß einer weiteren Stellungnahme der LReg hatte der Sachbearbeiter für die Aufrollung des Wohnbeihilfenbezuges **Systemvordrucke verwendet**, mit denen die **rechnerischen Komponenten im EDV-System** verankert und damit in der Wohnbeihilfendatei nachvollzogen werden können. Der gegenständliche Fall werde jedoch zum Anlass genommen, **künftig** in solchen Fällen **ein individuelles Schreiben** an die Förderungswerber zu richten, welches **verständlich** und **schlüssig nachvollziehbar** ist.

Ebenfalls eingeräumt wurde, dass auch das Schreiben vom 09.02.2007 ein **Vorlagetext** und deshalb **nicht glücklich** angekommen ist. Intention des Schreibens sei es gewesen, eine Hilfestellung zu geben, um durch Vorlage weiterer Unterlagen Argumente für eine nochmalige Jahresbetrachtung 2006 zu gewinnen.

Tatsächlich führte die **Neuberechnung** der bisher zustehenden Wohnbeihilfe und des Übergusses und der vom LVA empfohlene **Verzicht auf die Einrechnung der Kinderbetreuungsbeihilfe** (07 E0-001, s Kap 3.3.1.) dazu, dass sich diese Beträge bis Juni 2007 ausglich, sodass die Alleinerzieherin **ab Juli 2007** wieder **Wohnbeihilfe** erhalten konnte.

### 3.5.4. Keine Wohnbeihilfe mehr bei Teilzeitbeschäftigung

Trotz zahlreicher **Verbesserungen** in den **Wohnbeihilferichtlinien 2007** war mit Bedauern festzustellen, dass abgesehen von Ausnahmen bei Kindererziehung oder krankheitsbedingter Erwerbsminderung **Teilzeitbeschäftigte** nun generell **von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen** wurden.

Bei einer Besprechung mit dem zuständigen Landesrat und dem Vorstand der Abteilung Wohnbauförderung im November 2006 hatte der LVA die **Schlechterstellung** von Teilzeitbeschäftigten beanstandet. Diese mussten bisher eine Kürzung der Wohnbeihilfe durch Hochrechnung des Einkommens auf eine Vollbeschäftigung in Kauf nehmen und wurden ab 01.01.2007 von der Wohnbeihilfe zur Gänze ausgeschlossen. Es war in Aussicht gestellt worden, Härtefälle im Beirat zu behandeln und die Entwicklung im Jahr 2007 zu beobachten.

Im Mai 2007 richtete der LVA an die LReg die **Anfrage**, wie viele **Teilzeitbeschäftigte**, welche auf Grund der früher geltenden Richtlinien Wohnbeihilfe bezogen hätten, auf Grund der Neufassung der Richtlinien nun **keine Wohnbeihilfe mehr** erhielten und in wie vielen Fällen es zu einer **Härtefallregelung** im Beirat gekommen sei (07 aMP-010).

Die LReg teilte mit, eine Bekanntgabe der genauen **Fallzahlen** sei **nicht möglich**, da diese **EDV-mäßig nicht** erfasst bzw. **auswertbar** sind. Es sei daher im Juni 2007 eine Vollerhebung gemacht und in diesem Monat nur ein Fall festgestellt worden, der auf Grund der Neuregelung keine Wohnbeihilfe mehr bekomme. Dem **Beirat** sei wegen Teilzeitbeschäftigung **kein Härtefall** vorgelegt worden.

Das **Erfordernis** einer **Vollbeschäftigung** wurde auch in den Wohnbeihilfenrichtlinien 2008 **beibehalten**. Den Bedenken des LVA wurde aber dadurch Rechnung getragen, dass die **Ausnahmen**, bei denen ein Einkommen aus einer Teilzeitbeschäftigung (ohne Hochrechnung und Kürzung) der Berechnung der Wohnbeihilfe zu Grunde gelegt wird, deutlich **ausgeweitet** wurden (siehe Kap. 3.3.2.).

### 3.5.5. Wohnbeihilfe für Lehrlinge nun in Ausnahmefällen möglich

Ein **Küchengehilfe** entschloss sich nach **Verlust seines Arbeitsplatzes** zur besseren beruflichen Qualifikation im Alter von 28 Jahren eine **Kochlehre** zu beginnen. Um die Miete für seine Wohnung weiter bezahlen zu können, beantragte er **Wohnbeihilfe**.

Diese wurde mit einem 3-zeiligen Schreiben der LReg **abgelehnt**, weil **für** Schüler, Studenten, **Lehrlinge** und Präsenzdienler **keine Wohnbeihilfe** gewährt wird. Er wurde aber auf die Möglichkeit hingewiesen, bei der Arbeiterkammer einen Antrag auf Gewährung eines **Wohnkostenzuschusses für Lehrlinge** zu stellen. Dort wurde ihm allerdings mitgeteilt, dass ein solcher nur gewährt wird, wenn ein Lehrling einen Zweitwohnsitz benötigt, was bei ihm nicht zutraf. Er sah sich durch die Ablehnung der Wohnbeihilfe als Lehrling diskriminiert (07 bMP-088).

Die Bestimmung, dass Schüler, Studenten, Lehrlinge und Minderjährige keine Wohnbeihilfe erhalten, stützt sich wohl auf die Überlegung, dass es sich im Regelfall um junge Menschen handelt, die noch in der Familie leben. Wenn diese einen eigenen Wohnsitz gründen wollen, ist dies mit den unterhaltspflichtigen Eltern zu regeln und soll nicht zu Lasten der öffentlichen Hand gehen.

Diese **Regelung** führt aber in **Einzelfällen** zu einer **unbilligen Härte**, wenn etwa schon vor Aufnahme der Lehre oder des Studiums ein **eigener Haushalt** geführt wurde, auf Grund des Einkommens oder der Sorgepflichten für kleine Kinder die **sonstigen Voraussetzungen** vorliegen und keine andere Förderung der Wohnkosten erfolgt. Aus diesem Grunde hat der **LVA** schon vor Jahren **angeregt**, in **begründeten Ausnahmefällen** auch Lehrlingen und Studenten **Wohnbeihilfe** zu **gewähren** (JB 2003, Kap 2.2.4.).

Auch in diesem Fall lag eine solche **untypische Situation** vor. Der junge Mann hatte vor Antritt der Lehre als Küchenhilfe gearbeitet und einen eigenen Haushalt geführt. Infolge von Umsatzeinbußen hatte er den Arbeitsplatz verloren und die Gelegenheit ergriffen, sich über eine Kochlehre beruflich zu qualifizieren, und die ersten beiden Klassen der Berufsschule mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen. Hätte er sich stattdessen **arbeitslos** gemeldet, würde er **problemlos Wohnbeihilfe** erhalten.

Trotz dieser Argumente lehnte die LReg weiter die Gewährung der Wohnbeihilfe ab, bemühte sich aber um **Vermittlung eines Wohnungszuschusses** für Lehrlinge bei der Arbeiterkammer im Rahmen einer Kulanzlösung.

Dem langjährigen Anliegen des LVA entsprechend wurde aber in den **Wohnbeihilferichtlinien 2008** der **Ausschluss von Lehrlingen** von der Wohnbeihilfe doch noch **gelockert**. Zwar sind gemäß § 28 Abs 1 der Richtlinien Schüler, Studenten, Lehrlinge sowie Minderjährige weiterhin von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen; dies gilt jedoch nicht für Personen, welche aus der **Arbeitslosigkeit** oder einer **Hilfstätigkeit** zur besseren **beruflichen Qualifizierung** in ein Lehrverhältnis wechseln (Abs 2). Sonstige Wohnkostenzuschüsse sind allerdings vorher zu beantragen und werden von der Wohnbeihilfe abgezogen.

### 3.5.6. Kürzung und teilweise Rückforderung von Wohnbauförderungsdarlehen

Zwei **in Vorarlberg wohnhafte** Schwestern hatten nach dem Tod ihrer Mutter das **kleine Häuschen** der Großmutter **in Kärnten** je zur Hälfte ins Eigentum **übertragen** erhalten. Im Haus mit einer Wohnfläche von nur 76 m<sup>2</sup>, wovon nur ein Teil beheizbar war, wohnte weiterhin die Großmutter, welche sich das **Wohnrecht** sowie ein Belastungs- und **Veräußerungsverbot** vorbehalten hatte.

Nachdem die LReg vom Übergabevertrag erfahren hatte, **forderte** sie von der einen Schwester einen Teil des bereits ausbezahlten **Wohnbauförderungsdarlehens zurück**. Das **Darlehen** für die Familie der anderen Schwester, die gerade ihren Hausstand in Vorarlberg gründen wollte, sollte entsprechend **gekürzt** werden (07 AuBe-063, -064).

**Zu Recht** wird gemäß den Richtlinien **Vermögen** wie eine schon vorhandene Wohnung bei der Gewährung von Wohnbauförderung **berücksichtigt**. Allerdings lagen in diesem Fall besondere persönliche Umstände vor, die eine **differenzierte Beurteilung** rechtfertigten.

Für beide Schwestern, die ihre Familien und ihren **Lebensmittelpunkt in Vorarlberg** haben, war das nun in ihrem Miteigentum stehende **Häuschen nicht** nur wegen der geografischen Entfernung nicht **nutzbar**. Die Großmutter übte das vorbehaltene Wohnrecht tatsächlich aus, durch das Belastungs- und Veräußerungsverbot war auch eine **wirtschaftliche Verwertung nicht möglich**. Die Kürzung der Wohnbauförderung auf eine Differenzförderung wegen Berücksichtigung dieses Hausanteiles stellte daher eine **unbillige Härte** für die Schwestern und ihre Familien dar.

Nach Befassung des Wohnbauförderungsbeirates folgte die **LReg** der Auffassung des LVA und gewährte der einen Schwester nun doch die **volle Wohnbauförderung** und **verzichtete** auf die **Teilkündigung** der Wohnbauförderung gegenüber der anderen Schwester solange, als das Wohnrecht im Haus in Kärnten von der Großmutter ausgeübt wird.

### 3.5.7. Staatsbürgerschaftsverleihung mit Hindernissen

Der in Vorarlberg geborene Sohn einer **jugoslawischen Mutter** und eines **türkischen Vaters** war bei einer Pflegefamilie aufgewachsen und in jeder Beziehung **integriert**. Da auch alle anderen Voraussetzungen vorlagen, erhielt er im Mai 2005 den **Zusicherungsbescheid** auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall, dass innerhalb von 2 Jahren das **Ausscheiden** aus dem Verband des **bisherigen Heimatstaates** nachgewiesen wird.

Vom jugoslawischen Generalkonsulat hatte er einen Reisepass und 1991 eine Bestätigung erhalten, dass er Staatsbürger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist. **Bestätigungen** der Entlassung aus dem bisherigen Staatsverband **erhielt er aber nicht**, da er weder bei den türkischen Behörden noch in der (Nachfolge-)Republik Serbien als Staatsbürger aufschien. Weil er nach den erfolglosen Bemühungen **befürchtete**, nun doch **keine Staatsbürgerschaft** zu erhalten, wandte er sich vor Ablauf der 2-jährigen Frist an den LVA (07 AuBe-028).

Nach einem Zusicherungsbescheid ist **nicht nur** auf den **tatsächlichen Nachweis** des Zurücklegens der anderen Staatsbürgerschaft abzustellen. Vielmehr genügt es, wenn alle **zumutbaren Handlungen** gesetzt werden, die Entlassung aus dem bisherigen Staatsverband zu bewirken. Wenn sich dies als **unmöglich** herausstellt, kann die **Staatsbürgerschaft trotzdem verliehen** werden.

Das türkische Generalkonsulat bestätigte, dass er die **türkische Staatsbürgerschaft** seines Vaters **nicht** besitzt, weil dieser seine Eintragung in die türkische Matrikel verabsäumt hatte. Als komplizierter erwies sich die Klärung der (nunmehr) serbischen Staatsbürgerschaft. Gemäß Bestätigung des Standesamtes jener serbischen Stadt, in deren Matrikel seine Mutter eingetragen war, war auch dort seine Eintragung unterlassen worden. Dies schloss die **serbische Staatsbürgerschaft** nicht aus. Um daraus entlassen zu werden, wäre aber ein – erfahrungsgemäß Jahre dauerndes - **Feststellungsverfahren** durchzuführen gewesen, dass er diese Staatsbürgerschaft besitzt.

Auf Grund dieser Informationen war davon auszugehen, dass trotz aller Bemühungen eine **Bestätigung** der Entlassung aus dem serbischen Staatsverband in vertretbarer Frist **nicht zu erreichen** ist, sodass die Voraussetzungen für die Verleihung der Staatsbürgerschaft doch vorlagen. Kurz vor Ablauf der 2-Jahres-Frist erhielt der junge Mann daher doch noch die **österreichische Staatsbürgerschaft**.

### 3.5.8. EU-Widrigkeit des Tierzuchtgesetzes mit Hilfe des EU-Ombudsmannes behoben

Ein **Pferdezüchter** wandte sich seit 1999 (99 AuBe-132) wegen von ihm vermuteter **Widersprüche** der **Tierzuchtverordnung** und des Pferdepasses **zum Gemeinschaftsrecht** immer wieder an den LVA und andere Institutionen und regte eine **Anpassung** an die **EU-Richtlinien** an (00 AnVe-004). Da dieser Anregung und auch seiner **Kritik** an der Zuchtbuchordnung gegenüber dem Pferdezüchterverband, der Landwirtschaftskammer, der LReg und der Europäischen Kommission **nicht entsprechen** wurde, beschwerte er sich wiederum beim LVA (05 BMP-018).

Trotz Hinweis auf die entsprechenden Rechtsakte der EU und vom Züchter vorgelegte ausländische Urteile stellte sich die **Landesregierung** auf den Standpunkt, die Zuchtbuchordnung des Vereins der Vorarlberger Warmblutpferde-Züchter widerspreche weder dem Vorarlberger Tierzuchtrecht noch EU-rechtlichen Bestimmungen. Eine Beurteilung dieser **spezifischen Rechtsfrage** setzte aber besondere Kenntnisse dieses Sachgebietes voraus und war deshalb kurzfristig für den LVA nicht möglich.

Die LReg hatte im Dezember 1999 die **Europäische Kommission** um **Bekanntgabe** ihrer **Rechtsmeinung** gebeten, ob das Zuchtprogramm und die Unterteilung des Zuchtbuches in Leistungsklassen dem EU-Tierzuchtrecht entsprechen. Die Vertretung der Europäischen Kommission in Wien bestätigte den Erhalt



des Schreibens, das an die zuständige Dienststelle der Kommission in Brüssel weiter geleitet werde; trotz Urgenz lag **bis 2005** noch immer **keine Antwort** vor.

Da die **Nichtbeantwortung der Anfrage** der LReg durch so lange Zeit als **Misstand** in der Verwaltung der **Europäischen Kommission** qualifiziert werden konnte, informierte der LVA den Europäischen Bürgerbeauftragten darüber unter Anschluss der Korrespondenz zwischen LReg, Pferdezüchter und EU-Kommission. Der **Europäische Bürgerbeauftragte** Professor Diamandouros leitete daraufhin ein **Beschwerdeverfahren** ein und forderte die Europäische Kommission zur Stellungnahme auf.

Die Kommission kam zum Ergebnis, dass nicht nur die Zuchtbuchordnung für Warmblutpferde, sondern auch das **Vorarlberger Tierzuchtgesetz** in einzelnen Punkten der **Entscheidung 96/78/EG der Kommission** vom 10.09.1966 zur Festlegung der Kriterien für die Eintragung von Equiden in die Zuchtbücher **widerspricht**. Deswegen wurde gegen Österreich ein **Vertragsverletzungsverfahren** eingeleitet.

In seiner 10-seitigen Entscheidung vom 22.05.2007 stellte der **Europäische Bürgerbeauftragte** fest, dass die **Kommission** nun **Schritte zur Regelung** der Angelegenheit **unternommen** und somit dem **Anliegen** des Beschwerdeführers **entsprochen** hat, sodass der Fall abgeschlossen werden kann.

Die Feststellungen der Kommission und das eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren führten dazu, dass das **Vorarlberger Tierzuchtgesetz** überarbeitet, **den EU-rechtlichen Bestimmungen angepasst** und in der Landtagssitzung vom 12.11.2008 **neu beschlossen** wurde (LGBL Nr 1/2009).

### **Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsman)**

Er untersucht Beschwerden über die Organe und Institutionen der Europäischen Union. Dazu gehören u.a. das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, der Europäische Gerichtshof (mit Ausnahme der Rechtsprechung), der Europäische Rechnungshof, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen, die Investitions- und die Zentralbank sowie weitere Institutionen und Agenturen der EU.

Beschwerden über nationale, regionale oder kommunale Verwaltungen der Mitgliedsstaaten kann er hingegen nicht untersuchen, selbst wenn Beschwerden EU-Angelegenheiten oder die Anwendung des Gemeinschaftsrechtes betreffen. Zuständig dafür sind die nationalen, regionalen oder lokalen Ombudsleute (Volksanwälte).

Alle Bürger und Bewohner eines Mitgliedsstaates sowie juristische Personen mit Sitz in der EU können sich beim Bürgerbeauftragten über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der angeführten Organe beschweren. Missstände sind Unzulänglichkeiten auf der Verwaltungsebene, etwa wenn nicht gesetzmäßig gehandelt, Grundsätze der guten Verwaltungspraxis missachtet oder gegen Menschenrechte verstoßen wird. Die Beschwerde kann brieflich oder per Beschwerdeformular (Homepage) erhoben werden:

An den  
Europäischen Bürgerbeauftragten  
Prof Nikiforos Diamandouros  
1 Avenue du Président Robert Schuman  
67001 Strasbourg, Frankreich  
Telefon +33 (0) 3 88 17 23 13, Fax +33 (0) 3 88 17 90 62,  
<http://www.ombudsman.europa.eu>

### 3.5.9. Diplomierter Altenpflegerin nach über 20 Jahren Berufsausübung verboten

Vor 15 Jahren war eine **diplomierte Altenpflegerin**, welche in den **Niederlanden** die **2-jährige Fachausbildung** absolviert und 7 Jahre in diesem Beruf gearbeitet hatte, nach **Vorarlberg** gekommen. In einem städtischen **Altersheim** übte sie seither diesen Beruf zur vollen Zufriedenheit aus. Zahlreiche **Nachtdienste** brachten der inzwischen gegründeten Familie nicht nur finanzielle Vorteile, sondern erleichterten auch die Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen den Eltern.

Als das Heim an einen privaten Träger übergeben worden war, wurde die **Qualifizierung** der Mitarbeiter genauer unter die Lupe genommen. Der holländischen Altenpflegerin wurde mitgeteilt, dass sie **mangels Nostrifizierung** ihrer ausländischen Ausbildung **nicht einmal** die Tätigkeit einer **Pflegehelferin** ausüben und daher ab sofort auch keinen Nachtdienst mehr absolvieren dürfe.

Der Leiter einer Krankenpflegeschule verlangte in seinem Gutachten eine **Zusatzausbildung** von 50 Stunden Palliativpflege, 50 Stunden Berufe und Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen einschließlich Betriebsführung und 30 Stunden berufsspezifischer Rechtsgrundlagen. Erst wenn sie dies absolviert habe, könne die Ausbildung in den Niederlanden als einer österreichischen Berechtigung zur Ausübung des Berufs der Pflegehelferin **gleichwertig angesehen** werden (07 bMP-130).

Für die Altenpflegerin und ihren Partner war es **unverständlich**, dass die Aufnahme des Berufes in Vorarlberg zu Zeiten, als **Österreich noch nicht Mitglied der EU** war, **problemlos möglich** gewesen war und nun eine – im Vergleich zu Österreich doppelt so lange – **Ausbildung** in einem anderen **EU-Land nicht einmal anerkannt** wird. Auch hatte sie 5 Jahre lang regelmäßig Nachtdienste gemacht, immer wieder sterbende Menschen begleitet und dazu auch bereits einen speziellen Kurs absolviert.

Nach Mitteilung des **Gesundheitsministeriums** war die **Nostrifizierung notwendig**, da die Ausbildung zu einem Zeitpunkt absolviert worden war, als Österreich noch nicht EU-Mitglied war. Da dieses Verfahren in die Zuständigkeit des Bundes fällt, bot der LVA an, das Anliegen an die VA weiter zu leiten, bemühte sich aber zunächst bei der LReg um **Abklärung**.

Nach dem Nachweis einer Zusatzausbildung für Sterbebegleitung und einer Rechtsauskunft des Ministeriums, dass die Vorschreibung von Stunden für berufsspezifische Rechtsgrundlagen nicht zulässig ist, kam man der Altenpflegerin bei der zweiten Krankenpflegeschule entgegen und musste sie **nur noch 50 Stunden** absolvieren, um die (ihr auf Grund der langjährigen Berufstätigkeit großteils schon bekannten) Berufe und Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen in Vorarlberg kennen zu lernen.

**Nach Absolvierung** dieser Ausbildungsstunden erhielt sie die notwendigen Papiere, um ihren **Beruf** endlich **wieder voll ausüben** zu können. Sie und ihr Partner dankten dem LVA, dass nach der zunächst für sie **unverständlichen bürokratischen Vorgangsweise** nach der Intervention des LVA doch noch eine **vertretbare Lösung** gefunden werden konnte.

### 3.5.10. Petition blieb unbeantwortet

Ein Gemeindevertreter und früherer Bürgermeister wandte sich im Februar 2007 an die LReg mit einer **Petition** betreffend den **Gemeindevoranschlag** für das Jahr 2007. Dieser sehe eine **sinnlose Neuverschuldung** vor und widerspreche den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Die Landesregierung wurde ersucht, deshalb gegen den Voranschlag der Gemeinde Einwände zu erheben. Nachdem die Petition von der LReg im Juli 2007 noch immer **nicht beantwortet** war, wandte sich der Gemeindevertreter an den LVA (07 bMP-109).

Der LVA ersuchte die LReg um Stellungnahme unter Hinweis auf Art 10 Abs 2 der **Landesverfassung**, wonach **Petitionen innerhalb von 3 Monaten zu beantworten** sind.

Die **Landesregierung** teilte mit, sie habe auf Grund dieser Petition zwar **keine formellen Einwendungen gegen** den **Voranschlag** erhoben, in einem Schreiben vom 28.03.2007 an die Gemeinde jedoch verschiedene **Kritikpunkte und Ratschläge** zum Ausdruck gebracht. Mit diesem Schreiben sei die **Petition inhaltlich erledigt**, der **Gemeindevertreter**, der sie eingebracht hatte, darüber aber **nicht informiert** worden. Man habe sich inzwischen bei ihm **entschuldigt** und zugesichert, dieses Versäumnis zum Anlass zu nehmen, die Behandlung von per E-Mail eingebrachten Anliegen (Petitionen) zu optimieren.

### 3.5.11. Mauer einige cm zu hoch – jahrelanger Behördenmarathon

Ein **Betrieb** errichtete entlang einer Straße eine **Mauer** mit einem Rolltor, **ohne** dafür eine **Bewilligung** einzuholen. Mit Bescheid der Berufungskommission der Gemeinde vom 02.12.2002 wurde rechtskräftig festgestellt, dass es sich um ein bewilligungspflichtiges Bauwerk handelt, und der Betriebsinhaber **aufgefordert**, binnen einem Monat einen **Bauantrag** einzubringen, was jedoch **nicht erfolgte**. Mit **Bescheid** vom 28.11.2003 verfügte der Bürgermeister bis 31.01.2004 den **Abbruch** jener Teile der Mauer, welche die **Höhe von 1,80 m übersteigen**. Da der Betriebsinhaber auch dieser Verfügung nicht nachkam, ersuchte der Bürgermeister die BH um **Vollstreckung**. Im Juli 2004 wandten sich Nachbarn des Betriebes erstmals an den LVA und zeigten sich verwundert, dass trotz Fristablauf immer noch nichts geschehen war (04 AuBe-304).

Die BH als Vollstreckungsbehörde teilte mit, dass der **Abbruchbescheid** aus mehreren Gründen **unzureichend** war. So wurde kein Leistungsverpflichteter sowie eine falsche Grundstücksnummer genannt und der Abbruch nur an vier Vermessungspunkten, nicht jedoch hinsichtlich der gesamten Länge der Mauer verfügt. Aus diesen Gründen und weiteren Widersprüchen sei eine **Vollstreckung** des Bescheides **nicht möglich**. Darauf hin erließ die Gemeinde am 20.07.2004 einen **neuen Abbruchbescheid**.

Im Jänner 2005 teilten Nachbarn dem LVA mit, dass zwar 4 cm der gesamten Mauerlänge abgenommen worden seien, ein Teil der Mauer jedoch nach wie vor zu hoch sei (05 aMP-001). Die Gemeinde bestätigte, dass der Rückbau gemäß einer Nachvermessung im November 2004 tatsächlich nicht im erforderlichen Ausmaß erfolgt ist, und beantragte neuerlich die **Vollstreckung**.

Im Oktober 2005 wandten sich die Nachbarn wieder an den LVA: Die BH als **Vollstreckungsbehörde** sei **untätig**, obwohl sie bereits im Februar 2005 um Vollstreckung ersucht worden sei. Gemäß ihrer Stellungnahme hatte die BH den Verpflichteten **aufgefordert**, die Maßnahmen binnen 6 Wochen zu setzen, im Juni 2005 aber bei einem Augenschein **festgestellt**, dass zwei Punkte des Abbruchbescheides erledigt wurden, die **Mauer** aber **immer noch zu hoch** ist. Am 10.08.2005 übermittelte die Gemeinde die **neue Vermessung**, welche die BH dem Verpflichteten zur Kenntnis brachte. Im November 2005 wurden Firmen um **Kostenvoranschläge** zur Durchführung der Ersatzvornahme ersucht.

Gemäß einer weiteren Beschwerde der Anrainer (06 bMP-066) war im Sommer **2006 noch immer keine Vollstreckung** erfolgt. Begründet wurde dies von der BH damit, dass nur eine Firma einen Kostenvoranschlag vorgelegt habe, weshalb über den hochbautechnischen Amtssachverständigen zwei weitere **Voranschläge** eingeholt werden mussten. Anfang Juni 2006 wurde dem Verpflichteten wieder **Gelegenheit** gegeben, zu den nachträglich eingeholten Kostenvoranschlägen **Stellung zu nehmen**, worauf dieser durch seinen Rechtsvertreter um **Fristerstreckung** ersuchte.

Nachdem im **Dezember 2006** mit Bescheid ein **Kostenvorschuss** für die **Ersatzvornahme** vorgeschrieben worden war, teilte der Betriebsinhaber im April 2007 mit, dass er nunmehr die Mauer im erforderlichen Maße abgetragen habe. Eine Überprüfung im **Mai 2007** bestätigte, dass die über 1,80m hohen Mauerteile **abgetragen** worden sind und es sich daher nun um ein bewilligungsfreies Bauvorhaben handelt.

## 3.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden

### 3.6.1. Attest über Kindergartenreife eines 3-jährigen Kindes verlangt

Die Eltern eines **3-jährigen Bubens** meldeten diesen für den Kindergarten an. Durch den Umgang mit dem älteren Bruder und Spielkameraden und auf Grund seiner Entwicklung sei er **reif** dafür. Auch habe er seinen älteren Bruder immer wieder dorthin begleitet und **wolle** nun auch **in den Kindergarten** gehen.

Dies wurde ebenso wie der **Wunsch** anderer Eltern **auf Kindergartenaufnahme** ihrer 3-jährigen Kinder mit der Begründung **abgelehnt**, dass das KGG die **Aufnahme 3-jähriger Kinder nur ausnahmsweise** vorsieht und nicht genügend Plätze vorhanden seien. Während sich andere Eltern damit abfanden, stellten die Eltern dieses Kindes einen schriftlichen Antrag an die Gemeinde.

Der Bürgermeister wies den Antrag mit **Bescheid** ab und schrieb eine Gebühr von € 13,20 vor. Begründet wurde dies u.a. damit, dass gemäß § 12 KGG Kinder erst nach Vollendung des 4. Lebensjahres und nur ausnahmsweise ab dem 3. Lebensjahr bei entsprechender geistiger und körperlicher Reife in den Kindergarten aufgenommen werden dürfen. Das Vorliegen der vom Gesetz geforderten **besonderen Reife** werde zwar behauptet, aber **nicht wie üblich und notwendig durch ein Attest nachgewiesen** (07 aMP-016).

Gegenüber der Gemeinde sowie der LReg warf der LVA die **Frage** auf, **welche Nachweise** und Atteste über das Vorliegen der Kindergartenreife 3-jähriger Kinder „üblich und notwendig“ sind, zumal in allen **anderen Bundesländern die Aufnahme 3-jähriger Kinder Standard** ist.

Die **Landesregierung** verwies darauf, dass die Erlassung eines **Bescheides verfehlt** war, da die Gemeinde den Kindergarten als **Träger von Privatrechten** betreibt. Üblicherweise könne die jeweilige Kindergartenpädagogin bei der Probeaufnahme beurteilen, ob das Kind die notwendige Reife besitzt. Es wäre aber **zulässig**, wenn auch **nicht üblich**, die Vorlage entsprechender **Unterlagen** zu verlangen, mit denen die **geistige und körperliche Reife des Kindes** zumindest glaubhaft gemacht wird, etwa durch ein Gutachten des Gemeindearztes, der Kindergarteninspektorin oder eines Psychologen.

Die Gemeinde bestätigte, dass **3-jährige Kinder generell nicht in den Gemeindekindergarten** aufgenommen werden, hingegen im Ganztagskindergarten eine Betreuung 3-jähriger angeboten wird. Für Kinder unter vier Jahren gebe es andere (private) Einrichtungen. Da 3-jährige Kinder nur ausnahmsweise bei entsprechender geistiger und körperlicher **Reife** aufgenommen werden dürfen, **müsse** diese **nach der Gesetzeslage nachgewiesen werden**. Allerdings würde **künftig kein Attest** mehr verlangt. Auch wolle man in den nächsten Jahren 3-jährigen Kindern die Möglichkeit eines Kindergartenbesuches anbieten.

Auf Grund der vom Vater eingebrachten Berufung wurde der rechtlich verfehlt **Bescheid ersatzlos aufgehoben**, die **Aufnahme** des Kindes aber zunächst **weiter abgelehnt**.

Erst nach Urzügen des LVA und wohl auch im Hinblick auf die öffentliche Berichterstattung dazu durfte das Kind schließlich **ab Februar 2008** doch **den Kindergarten besuchen**, obwohl dies nach Ansicht des Bürgermeisters gegenüber den anderen 3-jährigen Kindern ungerecht sei. Im Hinblick auf die geplante **Änderung des KGG** (siehe dazu Kap 3.1.1.) bemühe man sich nun aber die räumliche und personelle Situation den neuen Gegebenheiten (**Aufnahme 3-jähriger Kinder**) anzupassen.

### 3.6.2. Abbruch eines ursprünglich bewilligten Wohnhauses verfügt

**1981** war einer jungen Familie die **Baubewilligung** zur Errichtung eines **Einfamilienhauses** neben dem Elternhaus des Mannes erteilt worden. Das Baugrundstück lag wie das vor Erlassung des Flächenwidmungsplanes errichtete Elternhaus aber **im Betriebsgebiet**. Von der für eine Baubewilligung notwendigen **Umwidmung** in Wohngebiet war **Abstand genommen** worden, gemäß Niederschrift des Planungsausschusses nach einer Auskunft der Raumplanungsstelle des Landes, man könne das Wohnhaus auch ohne Umwidmung bewilligen.

In den Folgejahren wurden die **angrenzenden Betriebe**, darunter ein Sägewerk, **erweitert**, was zu einer auch gesundheitlichen **Beeinträchtigung der Nachbarn** führte. Auf Grund der Beschwerden und nach Lärmmessungen stellte die BH als **Gemeindeaufsichtsbehörde** fest, dass die Baubewilligung im Betriebsgebiet nicht hätte erteilt werden dürfen. Im Dezember 2006 **hob** die BH deshalb den **Baubewilligungsbescheid** aus dem Jahre 1981 **als nichtig auf**, nur wenige Wochen später erließ der **Bürgermeister** infolge Wegfalls der Baubewilligung einen **Abbruchbescheid**.

Angesichts der **klaren Rechtslage** sowie des Umstandes, dass das Leben mitten im Betriebsgebiet für die 4-köpfige Familie unerträglich geworden war, wurden die Bescheide nicht bekämpft. Allerdings ging die Familie - auch auf Grund vorhergehender Gespräche - davon aus, dass auf Grund der Rechtswidrigkeit der Baubewilligung ein **Amtshaftungsanspruch** gegen die **Gemeinde** besteht. Da diese eine **Haftung** aber **ablehnte**, sah sich der Familienvater als Grundeigentümer zu einer **gerichtlichen Klage** veranlasst und wandte sich auch an den LVA (07 bMP-102).

In **Gesprächen** mit dem Bürgermeister, der betroffenen Familie und ihren Rechtsvertretern bemühte sich der LVA um eine **außergerichtliche Lösung**. Auch wenn die **Baubewilligung** im Betriebsgebiet damals dem **Wunsch des Bauwerbers** und seiner Eltern entsprochen hatte und ihr eine problematische Auskunft der Raumplanungsstelle zugrunde gelegen war, hätte sie **niemals erteilt werden dürfen** und war somit zu Recht von der Gemeindeaufsichtsbehörde aufgehoben worden. Es lag damit ein Fall der **Amtshaftung** vor, wobei allenfalls ein Mitverschulden des Bauwerbers zu prüfen gewesen wäre.

Nach Verhandlungen zwischen den Rechtsvertretern der Familie und der Gemeinde und auch unter öffentlichem Druck - das Problem war mehrmals Gegenstand medialer Berichterstattung - kam es zu einer **einvernehmlichen Regelung**: Die **Gemeinde kaufte** das **Grundstück**, das damit betrieblichen Zwecken zugeführt werden kann; der Familie wurde damit ein Neuanfang ermöglicht.

### 3.6.3. Bauverfahren wegen Ortsbildbedenken verschleppt

Die Erbin eines kleinen **Reihensiedlungshauses** wollte das aus den 60-iger Jahren stammende Haus sanieren und an die heutigen Wohnbedürfnisse anpassen. Im **November 2004 beantragte** sie die **Baubewilligung** für einen **geringfügigen Zubau**, nach Einwendungen des Bauausschusses nahm sie noch Planänderungen vor. Die **Nachbarn stimmten** dem Umbau ausdrücklich **zu**.

Die **Baubehörde verlangte** aber von allen Hauseigentümern der Siedlung, auch jenen ohne Nachbarstellung, eine ausdrückliche Zustimmung sowie eine **Verpflichtungserklärung**, einen allfälligen **Zu- und Umbau** an ihren Häusern in Form und Material **gleich auszuführen**. Nachdem ein Eigentümer eines Reihenhauses (ohne Parteistellung) die **Erklärung verweigert** und bei der Baubehörde interveniert hatte, **verzögerte** sich das **Bauverfahren**. (05 bMP-100).

Der LVA stellte im Oktober 2005 fest, dass die **Forderung nach Zustimmung von Hauseigentümern** ohne Nachbarstellung jeder rechtlichen Grundlage entbehrt und die **Entscheidungspflicht** gemäß § 73 AVG und § 28 Abs 1 BauG **verletzt** ist. Daraufhin erging am 19.12.2005 ein **ablehnender Baubescheid**.

Darin wurde eingeräumt, dass der **Zubau funktional und formal gut gelöst** ist und **genehmigungsfähig** wäre, sofern eine derartige Lösung **bei allen Reihenhäusern** in Form, Farbe und Materialwahl **einheitlich** wäre. Mangels Verpflichtung aller Eigentümer wurde die Ablehnung - ohne Einholung eines Gutachtens – mit dem **Schutz des Ortsbildes** begründet.

Nach Beratung mit dem LVA erhob die Bürgerin gegen den rechtlich verfehlten Bescheid **Berufung**. Erst 4 Monate später beschloss die **Berufungskommission** die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und beauftragte einen gerichtlich beeideten Sachverständigen mit Erstellung eines **Gutachtens aus orts- und landschaftsbildlicher Sicht**. Dieser kam zum Ergebnis, dass der Zubau dem Interesse der Wahrung des Orts- und Landschaftsbildes nicht entgegensteht und das **Bauprojekt** für diesen Ort **zutraglich** ist.

Am 28.06.2006 übermittelte der Bürgermeister dieses Gutachten der Antragstellerin mit dem Hinweis, dass der **Bauausschuss einhellig** empfohlen hat, dieser Meinung zu folgen und dem Bauvorhaben **zuzustimmen**. Bei der Bauverhandlung am 03.08.2006 wurden **keine Einwendungen** erhoben und angeführt, dass vor der bescheidmäßigen Erledigung das Gutachten noch in der Berufungskommission als zuständiger Behörde behandelt werde. Es war damit davon auszugehen, dass nach Klärung der Ortsbildfrage durch den Sachverständigen der Baugenehmigung keine Hindernisse entgegenstehen.

Jener **Siedlungsbewohner** aus der **übernächsten Häuserreihe**, der zuvor seine Zustimmung verweigert hatte, holte **kritische Stellungnahmen** eines **Architekten** sowie eines **Architekturinstituts** zum Bauvorhaben ein und übermittelte diese der Baubehörde. Obwohl die beiden Schriftstücke weder von der Behörde eingeholt noch von einer am Verfahren beteiligten Partei vorgelegt worden waren, veranlassten sie die **Berufungskommission** im Dezember 2006, das Verfahren zur Einholung eines **weiteren Gutachtens** an die Baubehörde 1. Instanz zurück zu verweisen.

Stattdessen holte der Bauamtsleiter ein Gutachten eines nicht als Sachverständiger beeideten Architekten ein. Dieser vertrat die Meinung, durch den Umbau werde das einheitliche **Gesamterscheinungsbild ignoriert**, weshalb diese Planung trotz des eher **kleinen Eingriffes** in die Bausubstanz wegen **negativer Auswirkungen** auf den Quartierscharakter und das nähere Ortsbild **nicht befürwortet** werde.

Im Dezember 2006 beschloss die Berufungskommission „aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung“ die Entscheidung doch selbst zu fällen. Tatsächlich erging der **Berufungsbescheid** erst zwei Monate später, weit **über ein Jahr nach Einbringung** der Berufung und mehr als ein halbes Jahr, nachdem auf Grund der Ergebnisse der Bauverhandlung im August 2006 die Sache bereits entscheidungsreif schien. Der Berufung wurde **keine Folge** gegeben und der ablehnende Baubescheid bestätigt.

Die Frage, ob damit Verfahrens- und Parteirechte verletzt wurden, war in weiterer Folge Gegenstand eines **Vorstellungsverfahrens** der BH und daher nicht vom LVA zu prüfen. Als **Misstand** festgestellt wurde aber die **Verschleppung des Bauverfahrens** sowohl in 1. wie in 2. Instanz (06 bMP-153). **Jede Instanz** hatte für ihre Entscheidung **mehr als ein Jahr** benötigt, ohne dass dies auf Grund des Verhaltens der Parteien oder aus sachlichen Gründen nachvollziehbar war. Bei dieser Beurteilung konnte die **rechtlich verfehlte Berücksichtigung von Interventionen** einer Privatperson ohne Parteistellung und der von dieser vorgelegten Stellungnahmen nicht außer Acht gelassen werden, zumal dies trotz Entscheidungsreife zu weiteren Verzögerungen geführt hatte (06 bMP-153).

Die **BH bestätigte** zwar die vom LVA festgestellten **Rechtswidrigkeiten** der überlangen Verfahrensdauer und der Nichtbeeidigung des zweiten Sachverständigen, stützte sich aber in ihrer Beurteilung ebenfalls auf das zweite Gutachten und gab der **Vorstellung keine Folge**.

Weil die Baubehörde auf Zuruf einer nicht am Verfahren beteiligten Privatperson das Verfahren lange verzögert hat, musste die Eigentümerin des Reihenhäuschens 2½ Jahre nach dem ersten Bauantrag **neue Pläne** erstellen für eine den heutigen Wohnbedürfnissen entsprechende Sanierung. Trotz anfänglicher Bedenken erteilte der Bürgermeister nach einem weiteren Gespräch mit dem LVA **im Sommer 2007** schließlich die **Baubewilligung**.

### 3.6.4. Nach 30 Jahren endlich über Berufung entschieden

Ein Bürger wollte in den 70-iger Jahren ein **Wochenendhaus** errichten. Die Grundteilung wurde 1972 von der GV-LK und gemäß § 4 des Gesetzes über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten von der Stadt genehmigt. Auf der Nachbarparzelle wurde 1972 ein Wohnhaus errichtet.

Im **Juli 1975** ersuchte er um Abklärung, ob eine Eingabe zur Errichtung eines Wochenendhauses Aussicht auf Erfolg habe, was als Ansuchen um **baubehördliche Vorprüfung** gewertet wurde. 9 Monate später wurde der Antrag mit **Bescheid** des Bürgermeisters vom 25.03.1976 **abgewiesen**, wogegen der Bürger am **07.04.1976 Berufung** erhob. Die Stadt teilte ihm am 28.06.1976 mit, wegen der grundsätzlichen Bedeutung baupolizeilicher und raumplanerischer Fragen sei das **Ermittlungsverfahren** noch **nicht abgeschlossen** und somit eine **Berufungsentscheidung** durch die Stadtvertretung **noch nicht möglich**.

Der Bürger stellte seine Baupläne zurück und nahm diese erst 2005 wieder auf. Da bei Erstellung des Flächenwidmungsplanes im Jahre **1982** das Grundstück als **Freifläche-Landwirtschaft gewidmet** worden war, suchte er am **27.02.2006** um **Umwidmung** an und wies auch auf das noch **offene Berufungsverfahren** hin. Nach Information über die negative Entscheidung der Stadtvertretung zum Umwidmungsansuchen wandte er sich an den LVA (06 bMP-118).

Die **Ablehnung des Umwidmungswunsches** war auf Grund der Lage des Grundstücks und der teilweise fehlenden Erschließung aus sachlichen und raumplanerischen Gründen nachvollziehbar. Unverständlich war jedoch, dass **über die im April 1976 eingebrachte Berufung noch immer nicht entschieden** worden war, selbst nachdem der Bürger bei einer Vorsprache Ende 2005 und in seinem Umwidmungsansuchen im Februar 2006 **ausdrücklich darauf hingewiesen** hatte.

Erst nach entsprechendem Hinweis des LVA im **Oktober 2006** wurde die Berufung der nunmehr zuständigen **Berufungskommission vorgelegt**. Diese wies mit Bescheid vom 30.01.2007 die **Berufung** aber als **unbegründet** ab. Einer gegen den Berufungsbescheid erhobenen **Vorstellung** gab die BH **keine Folge**, da auf Grund der 1982 erfolgten Widmung als Freifläche-Landwirtschaft die Voraussetzungen für eine Baubewilligung nun nicht mehr vorlagen.

### 3.6.5. Bauantrag jahrelang liegen gelassen

**1999** hatte ein Bürger die **Baubewilligung** zur Errichtung eines Schopfes auf einem als Freifläche-Landwirtschaft gewidmeten Grundstück **beantragt**. Mit **formlosem Schreiben** vom 03.11.1999 teilte der Bürgermeister mit, dass der Gemeindevorstand das Bauansuchen beraten habe und dafür **keine Ausnahmegenehmigung** nach dem RPG erteile, und stellte die **Planunterlagen zurück**. Im **Februar 2000** legte der Bürger den **Bauantrag neuerlich** vor und zeigte sich verwundert, warum eine Ausnahmegenehmigung erforderlich ist, da das geplante Bauwerk landwirtschaftlichen Zwecken dienen und auf einer Landwirtschaftsfläche errichtet werden soll.

Darauf hin holte der Bürgermeister eine **Stellungnahme der Agrarbezirksbehörde** ein. Da diese negativ ausfiel, wurde in **Abänderung des Bauantrages** um eine Bewilligung ausschließlich zum Zwecke der Bienenzucht angesucht. Trotz schriftlicher Urgegnen wurde **keiner der Bauanträge** durch Bescheid **erledigt**, bis sich der Rechtsvertreter des Bürgers im August 2006 an den LVA wandte und gleichzeitig einen **Devolutionsantrag** stellte (06 bMP-102).

Statt den Bauantrag nun zuständigkeitshalber der Gemeindevertretung vorzulegen, nahm der Bürgermeister mit dem Bürger persönlich (ohne Information seines Rechtsanwaltes) Kontakt auf und brachte ihn dazu, die Bauanträge zurück zu ziehen – nach Angaben des Rechtsvertreters durch die Zusage, dafür einen neuen Bauantrag positiv zu erledigen.

Im Jänner 2007 teilte der Bürgermeister mit, dass der Bürger nach **Zurückziehung** seiner **Bauanträge** einen **neuen Antrag** eingebracht habe. Die **Ausnahmebewilligung** für die Errichtung des kleinräumigen Gebäudes sei **erteilt** worden, je nach Schneelage werde die **Verhandlung** stattfinden und **anschließend** die **Baubewilligung** erteilt. Der LVA stellte als **Misstand** fest, dass das **Bauverfahren über Jahre nicht ordnungsgemäß fortgesetzt** worden ist und ersuchte um Übermittlung des Baubescheides.

Erst nach zwei schriftlichen **Urgenzen des LVA** und **Einschaltung der Staatsanwaltschaft** durch den Rechtsvertreter des Bürgers erteilte der Bürgermeister schließlich mit **Bescheid vom 19.06.2007** die **Bewilligung** für die Errichtung des kleinräumigen Wirtschaftsgebäudes. Derselbe Bürgermeister hatte zuvor bereits in einem anderen Verfahren auch erst nach Jahren und Einschaltung der Staatsanwaltschaft eine Baubewilligung erteilt (Bericht 2004, Kapitel 2.6.3.).

### 3.6.6. Strittiger Gemeingebrauch an Straßenverbindung auf Privatgrundstück

Der Eigentümer einer kleinen **Landwirtschaft** betrieb eine **Jausenstation** mit 8 Sitzplätzen. Im Jahre 2002 wollte er zur Existenzsicherung seiner Familie den Ausschank erweitern und **beantragte** eine **Gastgewerbekonzession** sowie die **Umwidmung** auf Sondergebiet/Ausflugsgasthof. Die Gemeindevertretung machte die Entscheidung u.a. von einer **Klärung der Zufahrt** abhängig.

Diese **Zufahrt** verlief von der Landesstraße **über** eine Gemeindestraße und ein **Privatgrundstück**, das je im Hälfteeigentum des Antragstellers und seines Nachbarn stand. Dieser Nachbar lehnte den Betrieb der Jausestation und deren Erweiterung ab. Das Privatgrundstück **verband** auch **drei Gemeindestraßen** (öffentliches Gut), welche zur Landesstraße, zu einer anderen Parzelle, einem Funkturm und einem Startplatz für Drachenflieger und Paragleiter führten. Auch wenn die Wegeverbindung seit Verlegung der Landesstraße im Jahr 1968 an Bedeutung verloren hatte, war sie weiterhin Teil einer im Ortsplan verzeichneten Strecke für Wanderer und Mountainbiker und wurde von der Gemeinde im Winter geräumt.

Eine **Hinweistafel**, dass es sich um eine Privatstraße handelt oder die Benützung eingeschränkt ist, war **niemals angebracht** worden. Trotz dieser **Umstände**, die **für einen Gemeingebrauch** sprechen, stellten sich **Bürgermeister** und Gemeindevertretung auf den Standpunkt, die **Zufahrt** sei **privatrechtlich zu regeln**. Dies führte zu zwei aufwändigen **Zivilprozessen** bis zum OGH, der im zweiten Verfahren abweichend von den Entscheidungen der Untergerichte die Feststellung eines unbeschränkten Geh- und Fahrrechtes trotz Miteigentums ablehnte.

Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, verstärkt durch die lange Verfahrensdauer, musste der Landwirt einen Teil seiner Liegenschaften samt  $\frac{1}{4}$ -Anteil am Grundstück mit der Wegeverbindung verkaufen. Nachdem die Klärung auf zivilrechtlichem Wege gescheitert war, stellte er im **Jänner 2007** einen **Antrag auf Feststellung des Gemeingebrauches** an dieser Wegeverbindung. In den nächsten 6 Monaten wurde der Antrag den beiden anderen Miteigentümern der Liegenschaft zur Äußerung und deren Stellungnahme wieder dem Rechtsanwalt des Antragstellers übermittelt. Darüber hinaus waren **keine Verfahrensschritte erkennbar** (07 bMP-100).

Gemäß **§ 20 Abs 1 StrG** sind alle dem Gemeingebrauch gewidmeten Straßen, die nicht Bundes-, Landes-, Gemeinde- oder Genossenschaftsstraßen sind, **öffentliche Privatstraßen**. Für diese ist es ohne Bedeutung, ob Sie vom Eigentümer ausdrücklich als solche erklärt oder stillschweigend dem **Gemeingebrauch** gewidmet sind. Eine **stillschweigende Widmung** liegt vor, wenn der Eigentümer der Straße den Gemeingebrauch durch mindestens **20 Jahre geduldet** hat, ohne dass er durch Absperrungen, Aufschriften und ähnliche Vorkehrungen unmissverständlich zu erkennen gegeben hat, dass er den Gemeingebrauch nicht oder nur vorübergehend duldet.

Wenn **strittig** ist, ob und in welchem Umfang eine Straße dem Gemeingebrauch gewidmet ist, hat darüber die **Behörde** (innerhalb einer Gemeinde der Bürgermeister) **zu entscheiden** (§ 2 Abs 3 StrG).



Anhaltspunkte für eine **Duldung des Gemeingebrauches** durch **über 20 Jahre** lagen **schon 2002** vor, als anlässlich des Umwidmungsantrages der Gemeingebrauch und die Berechtigung zur Benützung der Straße (als Gastwirt) durch den Nachbarn als Miteigentümer bestritten worden war. Da das **Verfahren** nicht nur auf Antrag, sondern **auch von Amts wegen** eingeleitet werden kann, war nicht nachvollziehbar, warum dies nicht schon 2002 erfolgt ist. Dann wären möglicherweise die **gerichtlichen Auseinandersetzungen** zwischen den Miteigentümern mit erheblichen Kostenfolgen **vermieden** worden.

Seit Antragstellung waren mehr als **6 Monate vergangen, ohne** dass ein **Bescheid** vorlag; auch waren **keine** konkreten **Ermittlungsschritte** feststellbar. Schließlich stellte sich die Frage der **Befangenheit** des Bürgermeisters, da es sich nach Angaben des Antragstellers beim Käufer des Miteigentumsanteils an der strittigen Grundfläche um dessen Neffen handelte.

Der **Bürgermeister** erklärte sich für **nicht befangen**: dieser sei nicht sein Neffe, sondern der Sohn seines Schwagers. Er werde dies aber mit der Gemeindeaufsicht abklären, mit der auch die bisherigen Verfahrensschritte abgesprochen worden seien. Er könne **nicht nachvollziehen**, warum eine **Privatstraße**, die nicht als solche gekennzeichnet ist, nach 20 Jahren zum **Gemeingebrauch werden** soll. Die Gemeinde sei in dieser **rechtlich schwierigen Angelegenheit** auf die Zuziehung **externer Juristen** angewiesen, weshalb die BH gebeten worden sei, die Gemeinde zu unterstützen.

Eine Woche später teilte der Bürgermeister dem Antragsteller mit, dass das **Ermittlungsverfahren abgeschlossen** und gemäß Rechtsauskunft der BH **dem Antrag** auf Erlassung eines Feststellungsbescheides **zu entsprechen** sei. Er könne daher **mit einer positiven Erledigung rechnen**, die Gemeinde bitte jedoch um **etwas Geduld**. Auf Grund der komplexen Materie, des Widerstands der Antragsgegner und der Seltenheit eines derartigen Feststellungsbescheides nehme dies Zeit in Anspruch.

Der Bürgermeister sah sich nicht in der Lage, den Bescheid in der Gemeinde selbst zu verfassen. Nachdem die BH nach Abzug einer zugeteilten Juristin aus Arbeitsüberlastung die **Erstellung des Bescheides** ablehnte, wurde der **Gemeindeverband** darum ersucht.

Der vom Gemeindeverband erarbeitete **Bescheid** fiel entgegen der Ankündigung des Bürgermeisters und der Rechtsansicht des LVA und der BH **negativ** aus; der **Antrag** auf Feststellung des Gemeingebrauches wurde **abgewiesen**. Unterschrieben war der Bescheid vom Vizebürgermeister, da die BH bestätigt hatte, dass sich der **Bürgermeister** in dieser Sache der Ausübung seines Amtes zu enthalten gehabt hätte: Gemäß § 7 Abs 1 Zif 1 AVG ist eine **Befangenheit** nicht nur bei Beteiligung eines Geschwisterkindes gegeben, sondern auch dann, wenn ein Beteiligter im gleichen Grad verschwägert ist.

Der **Berufung** gegen diesen Bescheid gab die Gemeindevertretung **keine Folge**. Mit **Vorstellungsbescheid** vom 23.09.2008 wurde der **Berufungsbescheid** aber **aufgehoben** und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an die Gemeinde **zurück verwiesen**. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Tätigkeitsberichtes, nahezu zwei Jahre nach Antragstellung, ist das Verfahren immer noch anhängig.

### 3.6.7. Gemeindefraße über private Grundstücke

Nach Übernahme des Pensionsbetriebes von seinem Bruder störte den neuen Eigentümer der Verkehr auf der schmalen Straße vor dem Eingang. Er stellte fest, dass die Straße vor Jahren **zur Gemeindefraße erklärt** worden war, aber noch immer **im Eigentum der Anrainer** stand. Da seine Eltern Dienstbarkeitsrechte zum Überfahren der Liegenschaft auf der Wegtrasse eingeräumt hatten, **bezweifelte** er, dass es sich **rechtmäßig** um eine **Gemeindefraße** handelt (06 BMP-168).

Die Prüfung ergab, dass die Gemeindevertretung im September 1988 diese Straße in einer Länge von 200 m gemäß § 9 Abs 3 StrG zur Gemeindefraße erklärt hatte. Gemäß Flächenwidmungsplan war sie auch als Wegfläche gewidmet, verlief aber immer noch über mehrere Privatgrundstücke.

Gemäß § 4 Abs 2 StrG **müssen Gemeindestraßen im Eigentum der Gemeinde** als Straßenerhalter **stehen**. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Straßengesetzes (1969) bestehende Straßen, die zu Gemeindestraßen erklärt werden, gehen dadurch in das Eigentum der Gemeinde über, soweit sie nicht schon in deren Eigentum stehen (§ 55 Abs 3 StrG).

Unklar war, warum in den **nahezu 20 Jahren** seit Erlassung der Verordnung der **rechtmäßige Grundbuchsstand** (Bildung einer eigenen Grundparzelle im öffentlichen Gut) **nicht hergestellt** worden war. Auch war zu prüfen, ob es sich tatsächlich um eine **für den Verkehr** in der Gemeinde **wichtige Straße** im Sinne des § 9 Abs 3 StrG handelt, andernfalls die Verordnung angefochten werden könnte.

Die **Gemeinde** betonte, dass die Straße insbesondere aus Gründen des Fremdenverkehrs (Erschließung mehrerer Gastgewerbebetriebe, Personalwohnhäuser und Sportanlagen) für den Verkehr in der Gemeinde wichtig ist und auch schon 1969 bestanden hat. Es sei ursprünglich **beabsichtigt** gewesen, die Straße auf 5 m **zu verbreitern**, weshalb **mit der Vermessung zugewartet** worden sei. Die Vermessung würde nun in Auftrag gegeben, um das nach den Bestimmungen des Straßengesetzes bereits bestehende **außerbücherliche Eigentum** der Gemeinde zu verbüchern.

Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten teilte der **LVA** den Standpunkt der Gemeinde, dass diese Straße **zu Recht zur Gemeindestraße erklärt** worden war und sah deshalb **keine Veranlassung zur Anfechtung der Verordnung**. In weiterer Folge stellte sich heraus, dass ein anderer Anrainer diese Verordnung bereits 1989 angefochten und der VfGH auch keine Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Verordnung erhoben hatte. Dies hinderte den betroffenen Bürger aber nicht, die Verordnung neuerlich beim VfGH anzufechten (das Verfahren ist noch anhängig).

Auch wenn im Ergebnis der **Rechtsstandpunkt** der Gemeinde **bestätigt** und der Beschwerde insoweit keine Berechtigung zuerkannt wurde, war in **Kritik** zu ziehen, dass es die Gemeinde in nahezu 20 Jahren **unterlassen** hat, die **Straße zu vermessen** und ihr Eigentum **im Grundbuch einzutragen**.

### 3.6.8. Privatstraße ohne Information der Anrainer neu bezeichnet

Vier Einfamilienhäuser waren durch eine von der Gemeindestraße abzweigende Privatstraße erschlossen. Die **Privatstraße** verfügte über **keine Bezeichnung**, die Häuser wurden nach der Gemeindestraße benannt (Nr 34, 34a, 34b und 36). Im Zuge einer Umwidmung und Grundteilung wurden anschließend an die bebauten Grundstücke **weitere Bauplätze** geschaffen, die auch über diese Privatstraße erschlossen sind.

Die **Gemeindevertretung** beschloss darauf hin, dieser **Privatstraße** einen **Namen zu geben**. Ein Eigentümer eines bestehenden Hauses führte darüber Beschwerde, dass die **Neubenennung** der Privatstraße **ohne sachliche und rechtliche Grundlage** und darüber hinaus **ohne Information** der Anrainer und Straßeneigentümer erfolgt sei (07 bMP-164).

Laut Stellungnahme der **Gemeinde** wies die Straße auf Grund der Erweiterung des Wohngebietes nun eine **Länge von 125 m** auf und **erschließe** künftig mindestens **8 Häuser**, die **nicht an der Gemeindestraße** liegen. Es handle sich somit nicht um eine reine Hauszufahrt, sondern um eine **Seitenstraße**, welche auch **als Verkehrsfläche** im Flächenwidmungsplan **ausgewiesen** ist.

Auch würde es nicht zur behaupteten widersprüchlichen Adressenbezeichnung kommen, da künftig auch die bereits **bestehenden Einfamilienhäuser** nicht mehr den **Namen** der Gemeindestraße, an der sie gar nicht liegen, sondern **dieser Seitenstraße** tragen würden.

Gemäß **§ 15 Abs 3 Gemeindegesetz** kann die Gemeinde durch Verordnung die in ihrem Gebiet gelegenen Verkehrsflächen mit Namen bezeichnen. Darüber hinaus hat sie gemäß § 15 Abs 4 alle bewohnbaren Gebäude mit einer Nummer zu bezeichnen.

Vom Beschwerdeführer zitierte **Erkenntnisse des VfGH**, wonach sich die Befugnis zur Namensgebung nur auf Verkehrsflächen der Gemeinde (öffentliche Straßen) beziehe, betrafen die gesetzliche Regelung eines **anderen Bundeslandes**. Die Verordnungsermächtigung des Vorarlberger **Gemeindegesetzes** gilt hingegen für **alle im Gemeindegebiet gelegenen Verkehrsflächen**. Nach einem Erkenntnis des VfGH kommt es bei der Ermächtigung zur Verkehrsflächenbezeichnung weder darauf an, ob eine Verkehrsfläche faktisch bereits besteht, noch darauf, ob eine bestehende oder geplante Verkehrsfläche als öffentlicher Weg dem Gemeingebrauch geöffnet ist oder nicht (VfSlg 11742/1988).

Auf Grund der Rechtslage in Vorarlberg war die **Verordnung** somit **gesetzlich gedeckt**. Da eine Reihe von Einfamilienhäusern, die nicht an der Gemeindestraße liegen, nun durch diese Straße erschlossen wird, konnte der Entscheidung auch eine **sachliche Rechtfertigung** nicht abgesprochen werden.

Zu berücksichtigen war aber, dass mit dem neuen Straßennamen auch die bestehenden **Wohnhäuser** eine **neue Bezeichnung** erhalten werden, was für die Bewohner mit Kosten verbunden sein kann. Aus diesem Grunde war **in Kritik zu ziehen**, dass die **Beschlussfassung** über die neue Straßenbezeichnung **ohne** vorher gehende **Information der betroffenen Anrainer** und Straßeneigentümer erfolgt ist und erst nach Einschreiten des LVA ein Gespräch angeboten worden war.

### 3.6.9. Ballfangzaun eines Fußballplatzes nachträglich erhöht

Eine Stadtgemeinde errichtete einen **Kunstrasenplatz** samt Flutlichtanlage. Trotz eines **6 m hohen Ballfanggitters** landeten **Fußbälle** immer wieder in einem angrenzenden **Park**, auf der vorbei führenden **Straße** und an den Wänden, Fenstern und Rollläden einer **benachbarten Wohnanlage**.

Eine **schriftliche Eingabe** von 10 Bewohnern dieser Wohnanlage an die Stadtverwaltung vom April 2007 wurde **ebenso wenig beantwortet wie** nachfolgende **E-Mails**. Die **Haftpflichtversicherung** des Fußballklubs **lehnte** jeglichen **Schadenersatz** für einen beschädigten PKW **ab**, da das 6 m hohe Ballfanggitter den österreichischen Normen für Sportstätten entspreche, der Platz im **Eigentum der Stadt** stehe und von dieser das Ballfanggitter angebracht worden sei.

Bei einer nachfolgenden Vorsprache beim **Bürgermeister** lehnte dieser auch eine Haftung der Stadt für Beschädigungen aus dem Spielbetrieb ab und sah **keine Verpflichtung zur Erhöhung des Ballfangnetzes**, sagte aber eine Überprüfung zu (07 bMP-155).

Der von einem Vertreter der Bürger kontaktierte **LVA kritisierte** die **fehlende Reaktion** der Stadt, zumal das **Schreiben** der Bürger **als Petition zu werten** und daher gemäß § 25 GG **innerhalb von zwei Monaten zu beantworten** gewesen wäre. Auch wurde die Stadt darauf hingewiesen, dass sie **zivilrechtlich** zur **Haftung** herangezogen werden könnte und die Anrainer nach den Bestimmungen des Nachbarrechtes auf **Unterlassung klagen** könnten.

Nach Aufforderung des LVA zur Stellungnahme teilte der **Bürgermeister** mit Schreiben vom 25.10.2007 dem Vertreter der Bewohner der Wohnanlage mit, dass sich die Stadt mit der Frage eingehend beschäftigt habe, das **Anliegen** für **berechtigt** halte und um die baldige Verhinderung der Beeinträchtigungen bemüht sei. Man habe den Planer der Sportanlage beauftragt, die **Planung** zu **ergänzen**. Die **Verbesserungen** sollten **so rasch wie möglich umgesetzt** werden, jedoch noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Eine Nachfrage im Mai 2008 ergab, dass dies noch immer nicht erfolgt war. Anfang August 2008 erhielt der LVA schließlich die Mitteilung, dass der **Ballfangzaun nun erhöht** wurde.

### 3.6.10. Nach dem Umzug verjährte Abfallgebühren rechtswidrig eingefordert

Eine **Familie** war **2003** in eine andere Gemeinde **umgezogen**. Fast **drei Jahre später** erhielt sie von der früheren Wohnsitzgemeinde eine „**1. Mahnung**“ über **Abfallgebühren** und **Straßentagewerk**, rückwirkend bis 1997, in Höhe von € 472,85. Da der Abfall bis 2002 in einem Container entsorgt und die Kosten an den Vermieter bezahlt worden waren und zuvor keine Vorschreibungen erfolgt seien, wandten sie sich an den Gemeindegeldkassier. Dieser meinte nur, nach dem Wegzug der Familie habe man festgestellt, dass sie solange keine Gebühren bezahlt hätte. Wegen ihrer **Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Vorschreibung** wandte sie sich an den LVA (06 BMP-044).

Über Aufforderung des LVA unter Hinweis auf eine mögliche **Verjährung** übermittelte die Gemeinde ein Kontenblatt über alle Abgaben und Zahlungen seit 1996. Durch die Zusendung von Rechnungskopien und Rückstandsrechnungen sei keine Verjährung eingetreten.

Gemäß Kontoblatt waren **andere Gebühren** sehr wohl **bezahlt** worden. Für die behaupteten, von der Familie in Abrede gestellten **Rechnungen** und **Mahnungen fehlte** hingegen jeder **Nachweis**. Dieser Umstand und die Bezeichnung „1. Mahnung“ im Jahre 2006 ließen den Schluss zu, dass die **bis 2000 fälligen Gebühren** bereits **verjährt** sind und deshalb nicht mehr geltend gemacht werden können.

Zum **Straßentagewerk** teilte die Gemeinde mit, dass die **Hand- und Zugdienste** seit 1951 in Form des **Abschätzbetrages vorgeschrieben** und **nicht mehr geleistet** würden, diese Handhabung allerdings **nicht an die Erkenntnisse des VfGH angepasst** wurde. Es werde nun eine gesetzeskonforme Verordnung ausgearbeitet und demnächst beschlossen.

Der **LVA riet** der Familie, die seit 2001 fällig gewordenen (**nicht verjährten**) **Abfallgebühren** zu **bezahlen**. Wenn die **Gemeinde** auf dem Standpunkt stehe, die zuvor angefallenen Gebühren seien noch nicht verjährt und der Ersatzbetrag für die Hand- und Zugdienste sei trotzdem gesetzlich gedeckt, muss sie diese **mit Bescheid vorschreiben**, der mit Berufung bekämpft werden kann.

Im Juni 2006 bedankte sich die Familie beim LVA; die Abfallgebühren der letzten Jahre werde sie einzahlen und sich im Falle einer Bescheidzustellung wieder melden. Ende Jänner 2007 teilte die Familie mit, dass die Gemeinde keine weiteren Forderungen gestellt habe.

Nur wenige Tage später erhielt die Familie aber einen **Rückstandsausweis** der Gemeinde über € 369,37. Gemäß § 96 AbgVG dient ein Rückstandsausweis der **Vollstreckung** bereits **rechtskräftiger Abgabenschuldigkeiten**. Der als Straßentagewerk bezeichnete Ersatzbetrag für die **Hand- und Zugdienste**, welche primär als Naturalleistungen geschuldet werden, ist aber **keine Abgabe** im Sinne des Gesetzes. Weiters darf ein Rückstandsausweis nur über vollstreckbare Abgaben erlassen werden; gemäß den übermittelten Unterlagen war aber **keine bescheidmäßige Vorschreibung** erfolgt. Die Erlassung des **Rückstandsausweises** anstelle bekämpfbarer Bescheide war somit **rechtswidrig**. Rückstandsausweise sind öffentliche Urkunden über Bestand und Vollstreckbarkeit von Abgabenschuldigkeiten, die Erstellung eines Rückstandsausweises auf Grund einer Forderung, die weder eine Abgabenschuld noch vollstreckbar ist, erscheint daher auch **in strafrechtlicher Hinsicht bedenklich**.

Der LVA forderte die Gemeinde auf, den Rückstandsausweis aufzuheben und bis zur rechtlichen Klärung von einer Vollstreckung abzusehen (07 BMP-017). Die **Gemeinde** teilte mit, trotz Zahlung von € 89,-- seien die Abfallgebühren seit 2001 nicht zur Gänze abgedeckt und noch ein Teilbetrag von € 13,66 offen; **nach Überweisung** dieses **Restbetrages** werde der **Rückstandsausweis aufgehoben**. Tatsächlich hatte die Familie nur die in der Mahnung angeführten Nettobeträge einbezahlt, da die Mehrwertsteuer nur von der Gesamtsumme angeführt war. Der LVA riet der Familie, den Restbetrag zu überweisen, womit die **rechtswidrige Vorschreibung** doch noch **endgültig erledigt** war.

### 3.6.11. Kanalanschlussbeitrag nach 30 Jahren neuerlich vorgeschrieben

Der Eigentümerin eines **seit** vielen **Jahren an den Kanal angeschlossenen Wohnhauses** wurde mit Bescheid ein **Kanalanschlussbeitrag** von € 3.560,-- zuzüglich der Verwaltungsabgabe von € 16,80 **vorgeschrieben**. In einem Schreiben teilte ihr die Gemeinde mit, Mitarbeiter des Bauhofes hätten bei einer Kontrolle von Hausanschlüssen festgestellt, dass ihr Haus an das öffentliche Leitungsnetz angeschlossen ist. Der **Kanalanschluss** müsse **ohne Wissen der Gemeinde** ausgeführt worden sein, da keine Unterlagen aus früheren Jahren, wie Beitrags- und Gebührevorschreibungen, vorliegen. Auch wurde gemäß § 83 AbgVG (**Abgabenhinterziehung**) die Kanalbenützungsgebühr für 10 Jahre nachgefordert. Obwohl sie den vorgeschriebenen Betrag von € 2.935 bezahlt hatte, wandte sie sich doch noch an den LVA (06 bMP-112).

Der **Zeitpunkt des Kanalanschlusses** konnte **nicht mehr festgestellt** werden, lag jedoch vor 1990. Nachdem die Bürgerin vom LVA über die Rechtslage und Verjährungsfristen aufgeklärt worden war, fand sie unter den Unterlagen ihrer verstorbenen Mutter einen **Anschlussbescheid** aus dem Jahr **1975** sowie die Vorschreibung der **Kanalanschlussgebühr** samt **Einzahlungsbelegen** aus dem Jahr **1976**.

Nach Vorlage dieser Unterlagen **erstattete** die Gemeinde den Kanalanschlussbeitrag **zurück** und forderte Kanalbenützungsgebühren auch lediglich für die letzten 5 Jahre, da unter diesen Umständen von **keiner Abgabenhinterziehung** ausgegangen werden konnte.

Die Bürgerin hatte das Glück, dass sie die **mehr als 30 Jahre zurück liegenden Belege noch auffinden** konnte. Hingegen ist es mit den **Grundsätzen** einer **ordentlichen Verwaltung nicht vereinbar**, dass es darüber **in der Gemeinde keinerlei Unterlagen** mehr gibt und offenbar auch über Jahrzehnte einfach **vergessen** wurde, **Kanalbenützungsgebühren vorzuschreiben**. Besonders befremdlich war es aber angesichts dieser Unzulänglichkeiten in der Verwaltung, dass der Bürgerin **Abgabenhinterziehung** und ein **illegaler Kanalanschluss vorgeworfen** worden war.

Schließlich war auch noch die zusätzliche Vorschreibung der **Verwaltungsabgabe** zu beanstanden, da Abgabenbescheide von der Verwaltungsabgabe **befreit** sind.

### 3.6.12. Fristgerechte Einberufung einer Stadtvertretungssitzung abgelehnt

Die **Fraktion** einer **Stadtvertretung verlangte** am 23.05.2007 die **Einberufung** einer Stadtvertretungssitzung zur Behandlung bestimmter Punkte. Die Stadtamtsdirektorin teilte den Antragstellern per Mail mit, diese Punkte könnten auf der ohnehin für den 26.06.2007 vorgesehenen Sitzung mitbehandelt werden. Vorher wäre die Sitzung nur am 04.06. möglich, mache jedoch keinen Sinn, danach gebe es eine Reihe **anderer Termine**, der **Bürgermeister** befände sich auf **Urlaub** und der **Vizebürgermeister** sei auf Grund anderer Verpflichtungen **nicht verfügbar** (07 bMP-075).

Nachdem sich zwei Stadtvertreter wegen der Ablehnung der rechtzeitigen Einberufung der Sitzung an die Gemeindeaufsichtsbehörde sowie den LVA gewandt hatten, verwies der LVA auf **§ 40 Abs 2 GG**, wonach der Bürgermeister die **Gemeindevertretung einzuberufen** hat, wenn es wenigstens **1/4 der Gemeindevertreter** unter Angabe eines in den Wirkungsbereich fallenden Verhandlungsgegenstandes **verlangt**. Die Sitzung hat **innerhalb von 4 Wochen** nach Einlangen des Antrages stattzufinden. Auffallend war auch, dass die **Ablehnung** der Einberufung einer Sitzung der Stadtvertretung **nicht vom Bürgermeister**, sondern von der Stadtamtsdirektorin per E-Mail erfolgt war.

Nachdem sowohl der LVA wie auch die BH auf die gesetzlichen Fristen hingewiesen hatten, erklärte sich der **Bürgermeister doch bereit, innerhalb der Frist** eine außerordentliche **Stadtvertretungssitzung** für den 19.06.2007 festzusetzen, wodurch der Beschwerdepunkt beseitigt war.

## 4. Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle

### 4.1. Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle

Mehrere **Richtlinien** der Europäischen Union sehen ein **Diskriminierungsverbot** aus verschiedenen Gründen im Bereich der **Arbeitswelt** vor, die „Antirassismusrichtlinie“ verbietet darüber hinaus jegliche Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der **ethnischen Herkunft** im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen.

Für die in die Regelungskompetenz des Landes fallenden Angelegenheiten wurden die Richtlinien weitgehend mit dem am 01.06.2005 in Kraft getretenen **Antidiskriminierungsgesetz** (ADG) umgesetzt. Dieses verbietet Diskriminierungen aufgrund der **ethnischen Zugehörigkeit**, der **Religion** oder **Weltanschauung**, einer **Behinderung**, des **Alters**, der **sexuellen Ausrichtung** oder des **Geschlechtes** in der Arbeitswelt. Dies betrifft das **Dienstrecht** des **Landes**, der **Gemeinden** und Gemeindeverbände sowie das **Land- und Forstarbeitsrecht**, etwa beim Zugang zu Erwerbstätigkeit einschließlich Aufstieg, Berufsberatung, Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung und bei beruflichen Vertretungen.

Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der **ethnischen Zugehörigkeit** gilt darüber hinaus auch für alle **Förderungen** und **Sozialleistungen** des Landes wie Sozial- und Wohnbeihilfe, Wohnbau- und Familienförderung, aber auch die Behandlung in **Krankenanstalten** und **Pflegeheimen**, Aufnahme in **Gemeindewohnungen** sowie öffentliche und private **Kindergärten**. Eine Ausweitung des Verbotes auf alle Diskriminierungstatbestände in diesen Angelegenheiten erfolgte erst 2008 (LGBL Nr 49/2008).

**Antidiskriminierungsstelle** für Patienten in Krankenanstalten, Bewohnern von Pflegeheimen und Klienten von Sozialeinrichtungen ist der **Patientenanwalt** für das Land Vorarlberg, in allen anderen Angelegenheiten der **Landesvolksanwalt** (§ 11 ADG). Der LVA ist auch Antidiskriminierungsstelle bei Dienstverhältnissen von **Landeslehrern** (§ 15 ADG, anzuwenden ist aber Bundesrecht). Damit sind auf den LVA neue Aufgaben zugekommen:

**Prüfung von Diskriminierungen:** Diese Aufgabe überschneidet sich großteils mit der bisherigen Zuständigkeit. Bei Diskriminierungen von **Land- und Forstarbeitern** oder in **privaten Kindergärten** kommt dem LVA nun auch eine Beratungs- und Prüfkompentenz für Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen zu.

**Förderung des Grundsatzes der Gleichbehandlung:** Gemäß § 12 Abs 1 und 2 lit c ADG hat der LVA die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierung zu fördern und kann Berichte und Empfehlungen zu allen Aspekten erstatten, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen.

### 4.2. Einsatz für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung

Beim **Aufbau** der **Antidiskriminierungsstelle** standen zunächst **Kontakte** mit Behördenvertretern, gesellschaftlichen Organisationen sowie den Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen des Bundes und anderer Bundesländer und die **Sammlung von Informationen** im Vordergrund.

Für die Behandlung der Diskriminierungsfälle konnte nach finanzieller Deckung im Budget ab August 2006 mit Frau **Dr. Angela Bahro** eine **weitere juristische Mitarbeiterin** auf Teilzeitbasis eingestellt werden. Ihre letzte Aufgabe als Geschäftsführerin einer Fraueninformations- und Bildungseinrichtung sowie ihre Ausbildung zur Mediatorin befähigen sie besonders für die Arbeit beim LVA mit den Arbeitsschwerpunkten Gleichbehandlung (Antidiskriminierung), soziale Angelegenheiten und Jugendwohlfahrt.

Frau Dr Bahro präsentierte den Aufgabenbereich der Antidiskriminierungsstelle u.a. am 02.05.2007 dem Migrations- und **Gleichbehandlungsausschuss** der Landeshauptstadt **Bregenz** sowie am 14.09.2007 beim **Lehrgang Interkulturelle Kompetenz** im Bildungshaus Batschuns. Sie vertrat die Antidiskriminierungsstelle auch bei einer Projektpräsentation für **interkulturelle Jugendarbeit** in Feldkirch am 18.01.2007 und hielt Kontakt mit dem **Frauenreferat** der LReg sowie Frauenorganisationen.

Gemeinsam nahmen der LVA und Frau Dr Bahro am ersten **Vernetzungstreffen der Gleichbehandlungsanwaltschaften** des Bundes und der Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsstellen der Bundesländer am 08.05.2007 im Wiener Rathaus teil, ebenso an der Tagung **Integration in Vorarlberg** am 11.10.2007 in Hohenems. Die Arbeit und einzelne Diskriminierungsfälle wurden auch beim Ausbau der **Homepage**, in **Presseaussendungen**, im Referat des LVA an der **Fachhochschule** Dornbirn am 21.05.2007, den **Berichten** des LVA im Volksanwaltsausschuss des Landtages sowie in Gesprächen mit Landtagsabgeordneten vorgestellt.

Bei der Präsentation des Tätigkeitsberichtes 2005 am 30.01.2007 bildete der neue Aufgabenbereich Gleichbehandlung und Diskriminierung einen Schwerpunkt, ebenso in den nachfolgenden Medienberichten über diese Pressekonferenz.



*Landtagspräsident Halder, LVA DDr Dünser und Dr Angela Bahro bei Pressekonferenz am 30.01.2007*

### **4.3. Einzelfälle zu Diskriminierung und Gleichbehandlung**

Trotz dieser Bemühungen wurde 2007 die Aufgabe als **Antidiskriminierungsstelle** in der Öffentlichkeit **noch wenig wahrgenommen**. Von 15 Fällen (8 Beschwerden, 3 amtswegige Prüfungen, 4 Anfragen) lagen einige außerhalb des Anwendungsbereiches des ADG. Diskriminierungen auf Grund der sexuellen Ausrichtung sowie der Religion oder Weltanschauung wurden nicht vorgebracht.

**Diskriminierungen** auf Grund der **ethnischen Herkunft** wurden 5 Mal thematisiert. Neben einer – offenbar missverstandenen – Äußerung einer Gemeindebediensteten ging es in je 2 Fällen um **diskriminierende Inserate** (siehe Kapitel 4.3.2.) und die **Verweigerung des Eintritts in Diskotheken** für Jugendliche mit dunkler Hautfarbe oder ausländischem Aussehen.

Letzteres stellt einen klaren **Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot** dar, fällt aber nicht in den Anwendungsbereich des ADG, sondern des Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes. Darüber hinaus ist es gemäß **Art III Abs 1 Zif 3 EGVG** auch als **Verwaltungsübertretung** strafbar:

*Wer ... Personen allein auf Grund ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung ungerechtfertigt benachteiligt oder sie hindert, Orte zu betreten oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die für den allgemeinen öffentlichen Gebrauch bestimmt sind, ... begeht ... eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu € 1.090,- ... zu bestrafen.*

Zweimal wurde eine Diskriminierung wegen **Behinderung** thematisiert wegen unzureichender Unterstützung behinderter Kinder und Nichteinstellung wegen eines zu geringen Beschäftigungsmaßes.

Die **Altersbegrenzung** von 35 Jahren für den Eintritt als **Notariatskandidat** ist bundesgesetzlich geregelt und damit außerhalb der Zuständigkeit des LVA. Dies wurde nicht nur als Altersdiskriminierung, sondern angesichts der beschränkten Möglichkeit von Juristinnen, nach Karenz- und Kindererziehungszeiten eine Notariatsausbildung zu machen, auch als Diskriminierung auf Grund des Geschlechts gesehen.

Zwei Beschwerden betrafen **Stellenbewerbungen in Landeskrankenhäusern**. Der Beschwerde eines deutschen Arztes, auf Grund seiner **Staatsbürgerschaft** nicht berücksichtigt worden zu sein, wurde nicht nur mangels Anwendung des ADG, sondern auch unter dem Aspekt der Freizügigkeit für EU-Bürger keine Berechtigung zuerkannt. Eine Oberärztin sah sich als Frau bei der Bewerbung um eine Primararztstelle benachteiligt (siehe Kapitel 4.3.1.).

In 3 Fällen ging es um **sexuelle Belästigungen**, davon 2 im Zusammenhang mit einem Dienstverhältnis. Eine Frau sah sich durch ein sexistisches Plakat an einem öffentlichen Gebäude belästigt. Entsprechend der Aufgabe, allgemein den Grundsatz der Gleichbehandlung zu fördern, wurde die Umsetzung des Beschlusses der LReg zu **Gender-Mainstreaming** von Amts wegen geprüft (s Kap 4.3.3.).

#### 4.3.1. Primararztstellen in Vorarlberg reine Männerdomäne

Im Zuge der Neuorganisation der Landeskrankenanstalten wurden drei Abteilungen eines LKH aufgelassen. Gleichzeitig wurden drei **Primararztstellen** an einem anderen LKH **ausgeschrieben** und auf Vorschlag des Landessanitätsrates und Empfehlung der LReg **mit den bisherigen Leitern** der aufgelassenen Abteilungen **besetzt**. Um die Primararztstelle für Anästhesiologie und Intensivmedizin hatten sich auch die bisherige Stellvertreterin des in Pension gehenden Leiters und ein weiterer Oberarzt aus einem anderen Krankenhaus beworben.

Die **Oberärztin** beschwerte sich über diese Entscheidung und sah darin eine **Diskriminierung** auf Grund ihres **Geschlechts**. Neben der Stellvertretung des bisherigen Leiters habe sie ihre Führungsqualitäten auch als Leiterin der anästhesiologischen Intensivstation, der Anästhesieambulanz, des innerklinischen und extramuralen Notarztteams, als langjährige Mittelbauvertreterin, als Leiterin der Ausbildungskommission der Ärztekammer, durch ihre Lehrtätigkeit an der Krankenpflegeschule sowie im Vorstand der ambulanten Koronargruppe bewiesen. Der erfolgreiche Bewerber habe sich schon vor dem Hearing empört über ihre Bewerbung geäußert, da seine **Berufung** ohnehin bereits **abgesprochen** sei (07 bMP-079).

In Vorarlberg war zu diesem Zeitpunkt **keine einzige Primararztstelle mit einer Frau besetzt**. Auch die Leitungsstellen der Krankenhaus-Betriebsgesellschaft und der Landeskrankenanstalten (Verwaltungsdirektionen) sind ausschließlich mit Männern besetzt, ebenso befindet sich unter den ständigen Mitgliedern des für ärztliche Stellenbesetzungen maßgebenden Landessanitätsrates keine Frau. Auch fand sich im Gegensatz zu den Stellenausschreibungen der LReg in der (geschlechtsneutral gefassten) Ausschreibung kein Hinweis, dass Bewerbungen von Frauen willkommen sind.

Die **Landesregierung** betonte in ihrer Stellungnahme, dass die übergangene **Bewerberin** als sehr qualifizierte und engagierte Mitarbeiterin und ihre bisherigen **Leistungen sehr geschätzt** werden. Ihre Kompetenzen und Qualifikationen seien bei der Beurteilung auch berücksichtigt worden, dennoch sei der **Mitbewerber** auf Grund der festgelegten Kriterien (um 7 Punkte) **höher bewertet** worden.

Bei der **Neubesetzung** von **15 Primariaten** seit 2003 seien **unter 76 Bewerbern nur 2 Frauen** gewesen. In einem Fall hätte die Kandidatin mit den besten Chancen ihre Bewerbung wegen Zuerkennung einer anderen Führungsposition zurückgezogen, im zweiten Fall seien die Voraussetzungen für



eine vordere Reihung nicht vorgelegen. Da aber der **Anteil der Frauen** in Facharztausbildung seit Jahren **steige**, sei damit zu rechnen, dass mittelfristig sich immer mehr Frauen für Primariate bewerben und über die erforderlichen Qualifikationen und Erfahrungen verfügen. Um die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie zu erleichtern, sei die **Möglichkeit** geschaffen worden, Teile der **Ausbildung** im Rahmen einer **Teilzeitregelung** zu absolvieren, und bestehe ein Anspruch auf Teilzeit nach Ende der Karenz.

An Hand der **Punktebewertung** im Bewerbungsakt wurde festgestellt, dass sich die Differenz von 7 Punkten zu Gunsten des Primararztes ausschließlich auf die höhere **Zahl** durchgeführter **Anästhesien** stützte. Dafür wurden 30 Punkte – mehr als für irgendein anderes Kriterium – vergeben und erhielt der Primar der aufgelassenen Abteilung alle 30, die Oberärztin jedoch nur 20 Punkte.

Auch wenn Erfahrung und Routine eine wichtige Rolle spielen, war die **Differenz** von 10 Punkten für dieses Kriterium angesichts der Zahl und des Spektrums der von der Oberärztin durchgeführten Anästhesien **nicht nachvollziehbar**. Aufgrund dieses Umstandes und der Nichtberücksichtigung der Lehrtätigkeit der Oberärztin ging der LVA im Ergebnis von drei **gleichwertigen Bewerbern** mit unterschiedlichen Qualifikationsschwerpunkten aus. Es wären daher sehr wohl die **Voraussetzungen** vorgelegen, erstmals **eine Frau zur Primarärztin zu bestellen**.

Auch wenn für die Stellenbesetzung durch die Krankenhaus-Betriebsgesellschaft (die an die Empfehlung nicht gebunden ist) möglicherweise **dienstrechtliche Aspekte** angesichts der Auflassung der Abteilung im anderen LKH **maßgebend** waren, wurde dadurch einer hoch qualifizierten Ärztin die **Chance genommen**, erstmals als Frau eine Leitungsfunktion in einem Vorarlberger LKH zu übernehmen.

Neben dem **problematischen Besetzungsvorgang** waren im Bereich der Landeskrankenanstalten und bei der Besetzung ärztlicher Führungspositionen auch **keine Bemühungen** erkennbar, den Grundsätzen der **Förderung der Chancengleichheit** von Männern und Frauen zu entsprechen.

Angesichts der geringen Zahl an Bewerberinnen stellt sich die Frage nach **familienfreundlichen Arbeitsbedingungen** (wie flexible Arbeitszeiten, Möglichkeit der Teilzeitarbeit), die als Leitziel zur Förderung der Chancengleichheit für Männer und Frauen angeführt werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft für **berufstätige Frauen** besser gewährleisten zu können.

Auch fehlte in der **Ausschreibung** der beim Landesdienst übliche Zusatz, dass qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert werden. Im Gegensatz zu Ausschreibungen des Bundes ist auch nicht vorgesehen, bei gleicher Qualifikation vorrangig Frauen aufzunehmen. Die Ausschreibung ließ somit **kein Bemühen** um **Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsfunktionen** erkennen.

Diese Umstände **widersprechen** nach Auffassung des LVA den EU-Richtlinien zur **Gleichbehandlung** der Geschlechter, dem Gesetz zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie dem Rahmenplan zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zu Gender-Mainstreaming.

Die **LReg** teilte zwar die Auffassung des LVA hinsichtlich der Stellenbesetzung nicht, sagte jedoch zu, der Aufforderung des LVA, alles Nötige zur **Förderung der Chancengleichheit** auch im Bereich der **Landeskrankenanstalten** und bei Besetzung von **Führungspositionen** zu unternehmen, zu entsprechen und künftig bei Stellenausschreibungen qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung aufzufordern.

Die **erste** Bestellung einer **Primarärztin** in Vorarlberg erfolgte **im Sommer 2008** am LKH Bludenz.

#### 4.3.2. Ausländerdiskriminierung in Wohnungsinseraten

In einer **Gemeindezeitung** wurde eine **Wohnung** angeboten mit dem Zusatz: „Wird **nur an Inländer** vermietet!“. Der LVA nahm nach Hinweis auf dieses Inserat mit dem Herausgeber des Gemeindeblattes Kontakt auf (07 aMP-005).

Bereits einige Monate **zuvor** hatte der LVA **auf Inländer beschränkte Stellenangebote** in derselben Gemeindezeitung kritisiert und der Herausgeber dazu mitgeteilt, die Mitarbeiterinnen des Gemeindeblattes würden künftig **keine diskriminierenden Stellenausschreibungen** mehr **annehmen** und Inserenten darauf hinweisen (JB 2006, Kap 2.6.15.). Umso mehr erstaunte das diskriminierende **Wohnungsinserat** in **derselben Gemeindezeitung**.

Der LVA betonte, dass der Ausschluss „ausländischer“ Mitbürger/innen bei der Vergabe einer Mietwohnung eine **sachlich nicht gerechtfertigte Maßnahme** darstellt, die Migranten unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft trifft. Vielfach grenzen derartige Inserate **auch Menschen** aus, die die **österreichische Staatsbürgerschaft** haben, aber aufgrund von kulturellen, religiösen, sprachlichen oder äußerlichen Charakteristika **nicht als Inländer angesehen** werden.

Das in der Gemeindezeitung veröffentlichte **Wohnungsinserat widerspricht** somit dem **Gleichbehandlungsgebot** des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes. Auch wenn sich das Verbot der diskriminierenden Wohnungsvergabe zunächst an private Wohnungseigentümer richtet und diese **mit Strafe bedroht**, ist es nicht akzeptabel, wenn eine von einem Gemeindeverband heraus gegebene Zeitung Inserate mit diskriminierendem Inhalt entgegen nimmt und veröffentlicht.

Der **Herausgeber** des Gemeindeblattes informierte den LVA darauf hin, dass die Verlagsmitarbeiterinnen in Zukunft Inserenten darüber informieren, dass **auch Wohnungsinserate** mit derartigen Texten **gegen das Diskriminierungsverbot** verstoßen.

#### 4.3.3. Gender-Mainstreaming-Strategie nur teilweise umgesetzt

Im Jahr 2002 beschloss die LReg, die **Gender-Mainstreaming-Strategie** als **Querschnittsaufgabe** für **alle Bereiche der Landespolitik** als Leitziel zu verankern und in einem Rahmenplan die Förderung der **Chancengleichheit** von Frauen und Männern umzusetzen.

Als der LVA im Jahre 2005 unter Hinweis auf Frauen benachteiligende Bestimmungen empfahl, die **Richtlinien zur Wohnbeihilfe** im Sinne dieser Strategie zu überprüfen und zu überarbeiten, **scheiterte** dies schon daran, da die aufgeschlüsselten Kriterien im Aktenverwaltungssystem nicht verfügbar waren (JB 2004, Kap 2.4.4.). Da im Landesdienst nur **wenige** und im Bereich der Landeskrankenanstalten überhaupt keine **Führungspositionen mit Frauen besetzt** sind (s Kap 4.3.1.) und auch sonst keine ernsthaften Bemühungen erkennbar waren, den angeführten Beschluss in die Praxis umzusetzen, wurde dies von Amts wegen geprüft (07 aMP-014).

Nach Einholung einer Stellungnahme der LReg und von Unterlagen der Personalabteilung und des Frauenreferates sowie persönlichen Gesprächen mit dem Landesamtsdirektor und der Frauenreferentin wurden **Ansätze** zur Anwendung der Gender-Mainstreaming-Strategie **festgestellt**, jedoch auch ein **Nachholbedarf** angesichts **früherer Benachteiligungen** und des nach wie vor bestehenden **Ungleichgewichts**.

So weisen die **Personalstatistiken** des Landes von 1997 bis 2007 **wenig Frauen** in **Führungspositionen** und den obersten Gehaltsklassen auf, aber auch ein **langsames Aufrücken** in diese Positionen. Bis zur Jahrtausendwende hatten ausschließlich Männer die obersten Verwaltungspositionen besetzt, inzwi-

schen werden 4 Abteilungen der LReg von Frauen geleitet. Insgesamt besteht aber nach wie vor ein deutliches **Übergewicht der Männer** in den **Leitungsfunktionen**, auch auf der zweiten Ebene.

In Gesprächen wurde eingeräumt, dass ein wesentlicher Grund dafür die **frühere Bevorzugung männlicher Bewerber** bei der **Aufnahme** in den gehobenen Landesdienst (Juristen, andere Akademiker) ist. Im Jahre 2000 wurde vom LVA auch eine **Benachteiligung** von Frauen bei der (inzwischen abgeschafften) **Pragmatisierung** festgestellt (JB 2000, S 63/64). Auch **scheiden** weibliche Landesbedienstete - auch Maturantinnen und Akademikerinnen **nach der Karenz** vielfach **aus**, was nicht gerade für familienfreundliche Arbeitsbedingungen spricht.

Die **verstärkte Aufnahme von Juristinnen** in den Landesdienst (auf Grund ihrer Qualifikation), die im Frauenförderplan 2002 vorgesehenen Maßnahmen und die Besetzungen von Führungspositionen in den letzten Jahren lassen **hoffen**, dass im Bereich des **Landesdienstes** trotz dieser Ausgangslage und der früheren Benachteiligung nun eine **ernsthafte Umsetzung** des angeführten Beschlusses erfolgt. Im Bereich der Gleichstellung muss erwartet werden, dass der **öffentliche Dienst Vorbildfunktion** hat.

In anderen Prüfverfahren wurde festgestellt, dass in den **Landeskrankenanstalten** bis zur ersten Bestellung einer Primaria im Jahre 2008 **keine Leitungsposition** mit einer Frau besetzt war, die **Pflichtschulen** – trotz eines überwiegenden Lehrerinnenanteils - **überwiegend von Männern geführt** werden und vielfach Gremien, die über Leitungspositionen entscheiden, vorwiegend oder ausschließlich mit Männern besetzt sind. Erst im Zuge dieser Prüfungen stellte die **LReg** in Aussicht, für **Landeslehrer** und die **Krankenanstalten** einen **Rahmenplan für Chancengleichheit** und Frauenförderung zu erarbeiten.

Abgesehen vom angeführten Bereich des eigentlichen Landesdienstes waren nur in **Randbereichen** (Förderrichtlinien, Antragsformulare im Bildungsbereich, gendergerechte Sprache, länder-gender) hauptsächlich vom **Frauenreferat** getragene **Bemühungen** erkennbar, die Gender-Mainstreaming-Strategie tatsächlich anzuwenden. Von einer **umfassenden Umsetzung** in der Landesverwaltung kann bisher hingegen **keine Rede** sein.

## **5. Gesetzliche Grundlagen**

### **5.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) <sup>1</sup>**

#### **Artikel 59**

##### **Bestellung eines Landesvolksanwaltes, Aufgaben**

(1) Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

(2) Jedermann kann beim Landesvolksanwalt Auskünfte in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes einholen und Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen.

(3) Jedermann kann sich beim Landesvolksanwalt wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom Landesvolksanwalt zu prüfen. Dem Beschwerdeführer ist das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen.

(5) Der Landesvolksanwalt leitet die ihm vorgetragene Anregungen und jene Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe weiter. Er kann dieser Mitteilung eine Äußerung anfügen.

(6) Der Landesvolksanwalt erstattet dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht.

#### **Artikel 60**

##### **Empfehlungen des Landesvolksanwaltes, Unterstützung seiner Tätigkeit, Anrufung des Verfassungsgerichtshofes**

(1) Der Landesvolksanwalt kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des aus Anlass eines bestimmten Falles geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen erteilen. Dieses Organ hat den Empfehlungen binnen zwei Monaten zu entsprechen oder zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird.

(2) Auf Antrag des Landesvolksanwaltes erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind.

(3) Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung auf Antrag der Landesregierung oder des Landesvolksanwaltes.

(4) Alle Organe des Bundes, des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Amtshilfe zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht gegenüber dem Landesvolksanwalt nicht. Dieser unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er herangetreten ist.

#### **Artikel 61**

##### **Wahl und Amtsperiode des Landesvolksanwaltes, Unvereinbarkeiten, Büro und Geschäftsführung**

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(2) Ist der Landesvolksanwalt länger als einen Monat verhindert, so wählt der Landtag für die Dauer der Verhinderung einen Stellvertreter. Dauert die Verhinderung länger als sechs Monate oder ist die Stelle dauernd erledigt, so findet unverzüglich eine Neuwahl statt.

(3) Der Landesvolksanwalt muss zum Landtag wählbar sein. Während der Amtsperiode darf der Landesvolksanwalt weder der Bundesregierung noch einer Landesregierung, noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören, noch Bürgermeister sein. Auch darf er keinen anderen Beruf ausüben.

(4) Das Land stellt dem Landesvolksanwalt für seine Tätigkeit und für den notwendigen Personal- und Sachaufwand die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

---

<sup>1</sup> LGBL.Nr.9/1999 idF 33/2001, 14/2004, 43/2004, 34/2007, 52/2007, 16/2008, 22/2008

## 5.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt <sup>2</sup>

### § 1 Allgemeines

Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

### § 2 Aufgaben des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen. Er kann Ratschläge in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch an die Allgemeinheit richten.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden über behauptete Missstände in der Verwaltung des Landes zu prüfen, wenn der Beschwerdeführer von dem behaupteten Missstand betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel dagegen nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht.

(3) Der Landesvolksanwalt kann von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen prüfen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen.

(5) Zur Verwaltung des Landes im Sinne dieser Bestimmung zählen

a) alle Verwaltungsangelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einschließlich der Tätigkeit des Landes als Träger von Privatrechten, die von Organen des Landes selbst oder von anderen Rechtspersonen im Auftrag des Landes besorgt werden,

b) die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als Träger von Privatrechten.

### § 3 Verfahren

(1) Das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt soll für die Ratsuchenden und die Beschwerdeführer möglichst einfach sein.

(2) Der Landesvolksanwalt kann aus Anlass eines Verfahrens zur Prüfung von Missständen dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Dieses Organ hat den Empfehlungen des Landesvolksanwaltes möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird. An Organe der Gemeinden gerichtete Empfehlungen sind der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(3) Im Verfahren zur Prüfung von Missständen, die auf Grund von Beschwerden eingeleitet wurden, hat der Landesvolksanwalt den Beschwerdeführern, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder der anderen Länder weiterzuleiten.

(5) Der Landesvolksanwalt hat die ihm vorgetragene Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag weiterzuleiten. Anregungen betreffend die Verwaltung sind in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. a an die Landesregierung, in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. b an den betreffenden Gemeindevorstand weiterzugeben.

(6) Die §§ 7, 10, 13, 14, 16, 18 Abs. 1 und 4, 21, 22, 45 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 46 bis 55 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind auf das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt sinngemäß anzuwenden.

### § 4 Sprechtag

Der Landesvolksanwalt ist verpflichtet, bei Bedarf auch außerhalb seines Amtssitzes Sprechtag abzuhalten. Dabei hat er auf eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Landesteile Bedacht zu nehmen.

---

<sup>2</sup> LGBl.Nr. 29/1985 idF 14/1987, 7/1998, 44/2000, 23/2001, 58/2001

## **§ 5 Abgaben- und Gebührenfreiheit**

Für Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten. Eingaben an den Landesvolksanwalt und alle sonstigen Schriften, die zur Verwendung in einem Verfahren vor dem Landesvolksanwalt ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren befreit.

## **§ 6 Berichte des Landesvolksanwaltes<sup>3</sup>**

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht zu erstatten. Der Jahresbericht ist gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag der Landesregierung zu übermitteln.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in Abständen von jeweils vier Monaten dem Volksanwaltsausschuss des Landtages über die an ihn herangetragenen Beschwerden und über die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Prüfungsverfahren schriftlich oder mündlich zu berichten.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, an Sitzungen des Landtages und des Volksanwaltsausschusses, in denen Berichte des Landesvolksanwaltes behandelt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat dem Landtag und dem Volksanwaltsausschuss über Verlangen alle zur Behandlung seiner Berichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat den Jahresbericht und schriftliche Berichte nach Abs. 2 dem Präsidenten des Landtages zu übergeben. Dieser hat sie den Mitgliedern des Landtages unverzüglich zuzuleiten. Vorher dürfen diese Berichte – vorbehaltlich der Übermittlung des Jahresberichtes an die Landesregierung (Abs. 1) – anderen Personen nicht zugänglich gemacht werden.

## **§ 6a Öffentliche Ausschreibung, Anhörung der Bewerber<sup>4</sup>**

Der Wahl des Landesvolksanwaltes hat eine öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg und in den Tageszeitungen, deren Verlagsort in Vorarlberg liegt, voranzugehen. Ferner ist vor der Wahl im Volksanwaltsausschuss eine Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber um das Amt des Landesvolksanwaltes durchzuführen.

## **§ 7 Büro des Landesvolksanwaltes**

(1) Der Landesvolksanwalt hat an seinem Amtssitz ein Büro einzurichten. Er hat das zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Personal zu bestellen und für die sachliche Ausstattung des Büros zu sorgen.

(2) Dem Landesvolksanwalt steht das Leitungs- und Weisungsrecht gegenüber dem Personal des Büros zu.

(3) Das Personal des Büros hat die ihm vom Landesvolksanwalt zugewiesenen vorbereitenden Arbeiten und sonstigen Hilfstätigkeiten zu erledigen. Der Landesvolksanwalt kann Angehörige des Büros damit betrauen, in seinem Namen Amtshandlungen von geringerer Bedeutung zu besorgen. Eine derartige Betrauung bedarf der Schriftform. Im Falle der Befangenheit hat der Leiter des Büros den Landesvolksanwalt zu vertreten.

## **§ 8 Haushalt**

(1) Den für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes anfallenden Personal- und Sachaufwand hat das Land zu tragen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat jährlich einen auf seinen Bereich beschränkten Voranschlagsentwurf zu verfassen und der Landesregierung zur Berücksichtigung bei der Erstellung des Landesvoranschlagsentwurfes zu übermitteln. Desgleichen hat er der Landesregierung zur Aufnahme in den Rechnungsabschluss eine Abrechnung über die tatsächlichen Aufwendungen vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, über die im Landesvoranschlag für seinen Bereich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Davon ausgenommen sind die im § 9 geregelten Angelegenheiten.

## **§ 9**

### **Bezüge<sup>5</sup>**

(1) Der Monatsbezug des Landesvolksanwaltes beträgt 8.850,39 Euro.

(2) Für den Landesvolksanwalt gelten die Bestimmungen des Bezügegesetzes 1998 für Mitglieder der Landesregierung. Soweit der 5. Abschnitt des Bezügegesetzes 1998 auf das Landes-Bezügegesetz verweist, ist in Verbindung mit diesem der § 9 des Gesetzes über den Landesvolksanwalt in der Fassung LGBL.Nr. 29/1985 heranzuziehen. Ein Ruhebezug fällt jedoch frühestens mit der Vollendung von 61 Lebensjahren und sechs Monaten an.

---

<sup>3</sup> idF LGBL.Nr. 44/2000

<sup>4</sup> idF LGBL.Nr. 14/1987

<sup>5</sup> idF LGBL.Nr. 7/1998, 23/2001, 58/2001

## 5.3. Antidiskriminierungsgesetz (Auszug) <sup>6</sup>

### § 1 Ziel, Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz dient dem Ziel, folgende Diskriminierungen zu vermeiden:
- a) Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit;
  - b) Diskriminierungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung; sowie
  - c) Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts.
- (2) Dieses Gesetz gilt für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:
- a) Dienstrecht der Bediensteten des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände, einschließlich Personalvertretungsrecht;
  - b) Land- und Forstarbeitsrecht;
  - c) Zugang zu selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit, einschließlich des beruflichen Aufstiegs, der Berufsberatung, der Berufsaus- und -weiterbildung sowie der Umschulung;
  - d) Mitgliedschaft und Mitwirkung in beruflichen Vertretungen, einschließlich der Inanspruchnahme von deren Leistungen.
- (3) Bei Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit (§ 1 Abs. 1 lit. a) gilt dieses Gesetz ferner für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:
- a) Sozialschutz, einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste;
  - b) soziale Vergünstigungen;
  - c) Bildung;
  - d) Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.
- (4) Im Rahmen des Anwendungsbereiches der Abs. 2 und 3 gilt dieses Gesetz für:
- a) die Hoheits- und die Privatwirtschaftsverwaltung des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
  - b) die Tätigkeit sonstiger natürlicher sowie juristischer Personen privaten oder öffentlichen Rechts, soweit sie der Regelungskompetenz des Landes unterliegt.
- (5) .....

### § 2 Begriffe

- (1) Diskriminierungen umfassen unmittelbare Diskriminierungen, mittelbare Diskriminierungen und Belästigungen.
- (2) .....

### § 3 Diskriminierungsverbot

(1) Im Anwendungsbereich dieses Gesetzes ist jede Diskriminierung (§2) von Personen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts verboten. Dieses Verbot umfasst nicht Ungleichbehandlungen, die nach § 4 gerechtfertigt sind.

(2) Abs. 1 erfasst nicht eine unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, sofern diese gesetzlich vorgegeben oder sonst sachlich gerechtfertigt ist und dem das Recht der Europäischen Union nicht entgegen steht.

(3) Die in Gesetzen, Verordnungen und auf andere Weise getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, mit denen Benachteiligungen wegen einem der Gründe nach Abs. 1 verhindert oder ausgeglichen werden sollen, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes.

.....

### § 11 Antidiskriminierungsstellen

Antidiskriminierungsstellen sind

- a) der Landesvolksanwalt, soweit es um Diskriminierungen in der Verwaltung des Landes sowie um Diskriminierungen in anderen Bereichen als jenen nach lit. b geht;
- b) die Patientenanwaltschaft, soweit es um Diskriminierungen von Patienten und Klienten geht, die dem Aufgabenbereich der Patientenanwaltschaft nach dem Patienten- und Klientenschutzgesetz unterliegen.

---

<sup>6</sup> LGBl.Nr. 17/2005

## **§ 12 Aufgaben**

(1) Die Antidiskriminierungsstelle hat die Aufgabe, im Anwendungsbereich dieses Gesetzes und ihrer sich aus § 11 ergebenden Zuständigkeit die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen zu fördern.

(2) Im Rahmen der Aufgabe nach Abs. 1 ist die Antidiskriminierungsstelle zuständig,

- a) betroffene Personen, insbesondere durch Beratung, zu unterstützen; § 7 Abs. 4 bleibt unberührt;
- b) Untersuchungen zum Thema der Diskriminierung, insbesondere auch Überprüfungen zu behaupteten Verletzungen des Diskriminierungsverbotes durchzuführen;
- c) Berichte zu erstatten sowie Empfehlungen zu allen Aspekten vorzulegen, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen.

## **§ 13 Verfahren, Allgemeines**

(1) Die Antidiskriminierungsstelle ist bei der Besorgung ihrer Aufgaben unabhängig.

(2) Die Rechtsträger, denen allfällige unmittelbare oder mittelbare Diskriminierungen zuzurechnen wären, sind verpflichtet, der Antidiskriminierungsstelle Akteneinsicht zu gewähren und auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, soweit dies zur Untersuchung allfälliger Diskriminierungen erforderlich ist.

(3) Eine Pflicht zur Amtverschwiegenheit besteht gegenüber der Antidiskriminierungsstelle nicht. Diese unterliegt der Verschwiegenheit im gleichen Umfang, wie der Rechtsträger, an den sie herangetreten ist.

(4) Der Landesvolksanwalt und die Patientenanwaltschaft haben im Rahmen ihrer gesetzlichen Berichtspflichten an den Landtag und die Landesregierung auch über ihre Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle zu berichten.

## **§ 14 Verfahren, Einzelfallprüfung**

(1) Eine durch Diskriminierung benachteiligte Person hat das Recht, sich bei der Antidiskriminierungsstelle durch eine Person ihres Vertrauens, insbesondere einen Vertreter einer Einrichtung nach § 7 Abs. 4, vertreten zu lassen. Auf Antrag ist von der Antidiskriminierungsstelle ein Vertreter einer von der benachteiligten Person namhaft gemachten Einrichtung nach § 7 Abs. 4 als Auskunftsperson beizuziehen; über dieses Antragsrecht ist die benachteiligte Person bei Einleitung der jeweiligen Untersuchung zu belehren.

(2) Die Antidiskriminierungsstelle kann im Falle der Vermutung der Verletzung des Diskriminierungsverbotes den Rechtsträger, dem die behauptete unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung zuzurechnen wäre bzw. in dessen Zuständigkeitsbereich eine Belästigung stattgefunden haben soll, zur Erstattung eines schriftlichen Berichtes auffordern. Der Bericht hat alle zur Beurteilung der Einhaltung des Diskriminierungsverbotes notwendigen Angaben zu enthalten.

(3) Stellt die Antidiskriminierungsstelle fest, dass das Diskriminierungsverbot verletzt wurde, so hat sie den betroffenen Rechtsträger davon zu benachrichtigen und ihn aufzufordern, alles Nötige zur Beendigung der Diskriminierung zu unternehmen; sie kann auch auf eine einvernehmliche Wiedergutmachung hinwirken.

(4) Die Bestimmungen des 4. Abschnittes bleiben unberührt.

## **§ 15 Landeslehrer**

(1) Das Verbot von Diskriminierungen im Zusammenhang mit Dienstverhältnissen von Landeslehrern wird durch bundesrechtliche Vorschriften geregelt.

(2) Zuständige Antidiskriminierungsstelle zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen nach Abs. 1 ist der Landesvolksanwalt. Die §§ 12 bis 14 gelten sinngemäß.